

Investitionen und ihre Finanzierungsproblematik
bei der Deutschen Bundespost
1950 bis 1955

DIPLOM-VOLKSWIRT
HANS-JOACHIM SCHNEIDER

Investitionen und ihre Finanzierungsproblematik
bei der Deutschen Bundespost
1950 bis 1955

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen

vorgelegt von
Diplom-Volkswirt
Hans-Joachim Schneider
aus Danzig-Langfuhr

Tag der mündlichen Prüfung: 17. Mai 1957



Dekan: Universitätsprofessor Dr. Hans Thomae
Referent: Universitätsprofessor Dr. Rudolf Stucken
Korreferent: Universitätsprofessor Dr. Erich Thiess

D 29

Meiner Frau



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort	9
Inhaltsverzeichnis	5
Tabellenanhang	8
 EINFÜHRUNG	 11
I. Wirtschaftliche Stellung der Post	11
1. Historischer Rückblick	11
2. Das öffentliche Unternehmen DBP	13
II. Rechnungslegung der Post	18
1. Besondere Anforderungen	18
2. Besondere Technik	19
 EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG	 23
I. Investitionsbedarf und Investitionstätigkeit	24
1. Bedeutung des Investitionsbedarfs	24
2. Der Investitionsbedarf in den Rechnungsjahren 1950 - 1955	26
3. Gegenüberstellung von Investitionsbedarf und Investitionstätigkeit in den Rechnungsjahren 1950 - 1955	28

II. Kapitalaufbringung und Kapitalverwendung 30

1. Besprechung der Kapitalrechnung	30
2. Kennzeichnung der Fristigkeit des eingesetzten Kapitals	33
3. Die Finanzierung in den Rechnungsjahren 1950 - 1955	36
a) Finanzierung des Rechnungsjahres 1950	36
b) Finanzierung des Rechnungsjahres 1951	37
c) Finanzierung des Rechnungsjahres 1952	39
d) Finanzierung des Rechnungsjahres 1953	41
e) Finanzierung des Rechnungsjahres 1954	43
f) Finanzierung des Rechnungsjahres 1955	45
4. Zusammenfassende Auswertung	46

III. Vermögensausweise und Liquidität 52

1. Besprechung der Vermögensausweise des Untersuchungszeitraumes	52
2. Bewertung der Sachgüter	55
3. Auswirkungen der Investitionstätigkeit auf die Liquidität	56
a) Vermögens- und Kapitalliquidität	57
b) Der Vermögenskreislauf	60
c) Beurteilung der Liquiditätsverhältnisse während des Untersuchungszeitraumes	61
Zusammenfassung	64

IV. Erfolgsausweise und Rentabilität 66

1. Besprechung der Erfolgsausweise des Untersuchungszeitraumes	66
a) Die Betriebsrechnung	66
b) Die Gewinn- und Verlustrechnung	68
2. Klärung der Rentabilitätsverhältnisse	69
a) Charakterisierung der Aufwendungen	69
b) Berichtigung des Erfolgsausweises	71
3. Wechselwirkungen zwischen Ertragslage und Investitionstätigkeit	75
Zusammenfassung	78

ZUR KRITIK DER INVESTITIONSFINANZIERUNG . 80

I. Zum Rentabilitätsproblem der DBP 81

1. Fassung des Rentabilitätsproblems 81

2. Kostendeckung oder Gewinnerzielung 84

II. Zum Liquiditätsproblem der DBP 86

1. Bedeutung der durchlaufenden Gelder für die Liquidität . . 86

a) Zum Postscheck-Vermögensausweis 87

b) Zum Postsparkassen-Vermögensausweis 90

c) Zu den sonstigen durchlaufenden Geldern 92

2. Fassung des Liquiditätsproblems 93

III. Grundsätzliches zum Problem der Investitions-Finanzierung bei der DBP 96

1. Finanzierungsgepflogenheiten der DRP 96

a) Die Periode von 1871 bis 1923 97

b) Die Periode von 1924 bis 1932 99

2. Das Finanzierungssystem der Aushilfen 101

3. Die Zwecksetzung der Investitionen als Kriterium
für ihre Finanzierung 104

4. Die Diskrepanz zwischen kurzfristigem Kreditangebot und
langfristiger Kreditnachfrage 109

IV. Zur Sanierung der jetzigen Kapitalstruktur . 111

Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse 114

Literaturverzeichnis 119

Verzeichnis der gebrauchten Abkürzungen 125

T a b e l l e n a n h a n g .

Tabelle I: Jährliches Wachstum der Post-Verkehrsleistungen und des Index der gesamten Industrieproduktion in v. H. des Vorjahresbestandes für die Jahre 1926 - 1938 und 1950 - 1955.

Tabelle II: Brutto-Investitionen der DBP und ihre Finanzierung in den Rechnungsjahren 1950 - 1955.

Tabelle III: Bilanzübersichten der DBP für die Rechnungsjahre 1950 - 1955.

Tabelle IV: Übersicht über die Erfolgsrechnungen der DBP in den Rechnungsjahren 1950 - 1955.

Tabelle V: Die Beteiligungen der DBP zum Ende der Rechnungsjahre 1950 - 1954.

Tabelle VI: Abschreibungstabelle der DBP.

Vorwort.

Die vorliegende Untersuchung wurde von Herrn Professor Stucken unter dem generellen Thema „Finanzprobleme der DBP“ angeregt. Da die Beschäftigung mit der einschlägigen Materie jedoch immer stärker die „Investitionen und ihre Finanzierungsproblematik“ in den Mittelpunkt dieses Problemkreises rückte, erwies es sich als zweckmäßig, die Themenstellung darauf auszurichten. Die bestehende innige Verflechtung mit weiteren „Finanzproblemen“, die sich um jenen Angelpunkt herumgruppieren, verlangte ganz von selbst ihre Einbeziehung in den Rahmen der Thematik.

Aus der vorliegenden Spezialliteratur, die nur klein ist, konnte eine ausreichende Klärung der wirtschaftlichen Stellung der DBP nicht gewonnen werden. So wurde es nötig, diese Frage einführend insoweit zu erörtern, wie es die Behandlung des Themas erforderte.

Während das Untersuchungsfeld einerseits durch die weitgehende Beschränkung auf den Zeitraum der Rechnungsjahre 1950 bis 1955 weiter eingeeengt wurde, kam es andererseits durch die Auswertung umfangreichen Materials zu einer Ausweitung. Hierbei war es uns ein Anliegen die besondere Problematik aus dem Erfahrungsmaterial herauszuholen. Das methodische Vorgehen war daher zunächst statistisch beobachtend und schließlich auswertend. Dazu wurden nicht nur die Erkenntnisse der Volkswirtschaftslehre und der Finanzwissenschaft, sondern auch die der Betriebswirtschaftslehre herangezogen.

An dieser Stelle ist es mir ein Bedürfnis, meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Rudolf Stucken, für seine Unterstützung und für seine wertvollen Anregungen, mit denen er die Arbeit gefördert hat, herzlichst zu danken.

Besonderer Dank gebührt auch den Beamten des BPM und der OPD Nürnberg, vor allem aber Herrn Ministerialrat Dr. M. Schubert für die bereitwillig erteilten Auskünfte und das zur Verfügung gestellte Material, das für das Gelingen der Arbeit unentbehrlich war.

EINFÜHRUNG

I. Wirtschaftliche Stellung der Post.

Die wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand, für die meist gemeinwirtschaftliche Gründe angeführt werden, ist vielgestaltig. Aus jener Vielgestaltigkeit öffentlicher Betätigung erwuchs eine Vielfalt öffentlicher Unternehmungsformen, die derjenigen der Privatwirtschaft kaum nachstehen dürfte. Somit erfordert unsere Thematik zunächst die Klärung der wirtschaftlichen Stellung der Post, wobei die Akzentuierung auf die finanzwirtschaftliche Seite zu legen ist. Diese ist nicht nur für deren Finanzgebarung entscheidend, sondern setzt der Behandlung unserer Problemstellung darüber hinaus gewisse Grenzen.

1. Historischer Rückblick.

„Post ist eine dem Gemeinwohl bestimmte, dauernd betriebene staatliche Anstalt zur Beförderung von Personen, Nachrichten und Kleinütern sowie zur Abwicklung von Geldverkehr und Urkundengeschäften, die ihre Einrichtungen jedermann gegen verordnete Benutzungsbedingungen, nach bestimmten Verkehrsplänen und unter Verwendung aller zur Beschleunigung des Betriebs dienenden Verkehrsmittel zur Verfügung stellt.“¹⁾

Dieser aus dem postalischen Entwicklungsgang herausgearbeiteten Definition ist zu entnehmen, daß die Post ihrem Wesen nach eine öffentliche Einrichtung ist. Verfolgt man die Postgeschichte über die Stationen „Post des Norddeutschen Bundes“, „Brandenburgisch-preußische Post“ und „Taxissche Post“ bis in ihre Anfänge zurück, so zeigt sich, daß tatsächlich schon die ersten Einrichtungen, die auf einen geordneten Nachrichtendienst abzielten, – bei den alten Ägyptern, Babyloniern, Assyriern, Phönikern und Persern – in den Händen der staatlichen und militärischen Machthaber zu finden waren. Allerdings war das Innenverhältnis zwischen dem Träger der öffentlichen Gewalt und der Posteinrichtung vielfachen Wandlungen unterworfen. Da es uns darauf ankommt, jene Entwicklung herauszustellen, die zur besonderen Stellung der DBP²⁾ führte, haben wir gerade die neueren Änderungen dieses Innenverhältnisses aufzuzeigen.

Nach dem 1. Weltkrieg kam es auf Grund des Artikels 170 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 zur völligen Vereinigung der deutschen Postverwaltungen. Die Deutsche Reichspost³⁾ erstreckte sich somit über das ganze Reichsgebiet. Sie war als Bestandteil der Staatsverwaltung in den Reichshaushalt eingegliedert und demnach finanzwirtschaftlich unselbständig. Es flossen also Einnahmen und Ausgaben durch die Reichskasse. So bestanden

¹⁾ Handwörterbuch des Postwesens, Frankfurt 1953, S. 489.

²⁾ Für die Bezeichnung „Deutsche Bundespost“ verwenden wir die gebräuchliche Abkürzung „DBP“.

³⁾ Im folgenden verwenden wir die gebräuchliche Abkürzung „DRP“.

die finanziellen Hauptsorgen des Reichspostministers wohl darin, einerseits möglichst hohe Zuweisungen zu erhalten und andererseits diese dann an der richtigen Stelle auszugeben. Damals gab es für die DRP gewissermaßen noch keine eigenen Finanzprobleme.

Die Inflation, die am 20. November 1923 ihren Höhepunkt erreicht hat, ließ auch die Betriebsverwaltung DRP zum Zuschußbetrieb werden, während zuvor in der Regel Überschüsse erwirtschaftet wurden. Die Post konnte ihre Ausgaben nicht mehr mit eigenen Einnahmen decken. Das lag besonders an den zeitlich stark nachhinkenden Tarifierhöhungen, die wiederum durch langwierige gesetzgeberische Erfordernisse bedingt waren. So traten auf einmal jene Schwächen der Organisationsform – nämlich Starrheit und mangelnde Anpassungsfähigkeit an die wirtschaftlichen Gegebenheiten – deutlich hervor. Da in diesen Jahren die meisten sog. „Regiebetriebe“ versagten, war es naheliegend, daß die öffentliche Hand nach Mitteln und Wegen suchte, um sich auch dieses lästigen „Kostgängers“ zu entledigen. Das geschah mittels des Reichspostfinanzgesetzes.¹⁾

Die bereits eingeleitete Neuorientierung der postalischen Finanzgebarung wurde durch die endgültige Formulierung des RPFG vom 18. März 1924²⁾ legalisiert. Man begründete diese Neuregelung mit der Notwendigkeit einer freieren, mit Einschränkungen kaufmännischen Betriebsführung; denn die Erfahrungen hatten allzu deutlich gelehrt, daß erfolgreiches Wirtschaften – insbesondere in Zeiten schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse – Elastizität der Betriebsführung verlangt. Mit der Verselbständigung der DRP war gleichzeitig der Wunsch des Gesetzgebers verbunden, sie kreditfähig zu machen, ein Gebaren, das nach dem Zusammenbruch der Staatsfinanzen von großer Bedeutung war. So wurde der Reichs- Post- und Telegraphenbetrieb in einen „autonomen Wirtschaftskörper ohne eigene Rechtspersönlichkeit“³⁾

umgeformt; d. h. die Post wurde sozusagen auf eigene Füße gestellt, und ihre Finanzgebarung mußte sich auf die mit Einschränkungen erlangte wirtschaftliche Selbständigkeit umstellen. Die Leitung dieser Institution übertrug man dem Reichspostminister und einem Verwaltungsrat. Gleichzeitig kam es zu einer klaren Trennung des Postvermögens vom übrigen Reichsvermögen durch die Konstituierung des „Sondervermögens DRP“. Es galt nun nicht nur sämtliche Ausgaben selbst zu bestreiten, sondern es mußten darüber hinaus noch Überschüsse in bestimmtem Umfange erzielt werden.⁴⁾ Während die Post also Hoheitsverwaltung blieb, erstreckte sich die Absonderung des Vermögens lediglich auf deren Verwaltung und Bewirtschaftung. Durch die wirt-

¹⁾ Im folgenden verwenden wir die gebräuchl. Abkürzung „RPFG“.

²⁾ RGBl. I S. 287.

³⁾ Vgl. Siegfried Ermer, Die DRP unter dem RPFG, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 176. Band, I. Teil, S. 278 ff.

⁴⁾ § 8 des RPFG bestimmt, daß die DRP Ablieferungen an das Reich zu leisten hat.

schaftliche Verselbständigung der Post wollte man eben nur jene daraus resultierende Änderung der Betriebsführung und Finanzgebarung bewirken. Die Zielsetzung bestand hauptsächlich darin, die Bewegungsfreiheit und Anpassungsfähigkeit des privaten Unternehmens bis zu einem gewissen Grade nachzubilden, um die Selbsterhaltung dieser Institution zu verbürgen. Wenn trotzdem an dem Charakter der Hoheitsverwaltung festgehalten wurde, so waren dafür besondere Gründe maßgebend. Neben politischen Faktoren war hier wohl auch jene Auffassung bedeutsam, daß die postalische- im Interesse des Gemeinwohls liegende Betätigung, die auf Erfüllung einer öffentlichen Fürsorgeverpflichtung gerichtet ist, nur dergestalt erfüllt werden könne.

In der nachfolgenden NS-Zeit wurde das RPFG durch das Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 27. Februar 1934 ersetzt.¹⁾ Dieses lehnte sich zwar stark an das RPFG an, brachte jedoch in wichtigen Punkten einschneidende Änderungen mit sich. Von besonderer Bedeutung war es, daß an die Stelle des Verwaltungsrates ein Beirat trat. Seine Entscheidungsbefugnisse gingen auf den Reichspostminister über, der somit weitgehend unabhängig wurde. Lediglich die Bindungen gegenüber dem Kabinett blieben bestehen. Inwieweit man die DRP für jene Periode noch als autonomen Wirtschaftskörper ansprechen kann, sei hier nicht weiter untersucht.

Mit dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch im Jahre 1945 hörte auch die DRP auf zu bestehen. Die Aufteilung Deutschlands in die Besatzungszonen führte zunächst zur Bildung zentraler „Zentral-Post-Verwaltungen“. Seit dem 1. April 1950 ist das Postwesen gemäß Artikel 87 des Bonner Grundgesetzes wieder zu einer „bundeseigenen Verwaltung“ zusammengefaßt. Die endgültige gesetzliche Regelung erfolgte jedoch erst durch das „Gesetz über die Verwaltung der Deutschen Bundespost“ vom 24. Juli 1953.²⁾ Hier wurde bewußt an das geschichtlich gewordene – und organisch gewachsene Verhältnis der Post zum Träger der hoheitlichen Gewalt angeknüpft, und man kann daher wohl mit einigem Recht das PVwG als eine Neufassung des RPFG bezeichnen.

2. Das öffentliche Unternehmen DBP.

Aus dem vorangeschickten Überblick können die wesentlichen Ursachen und Gründe entnommen werden, die zur wirtschaftlichen Verselbständigung der Post geführt haben. Diese waren weitgehend wirtschaftlicher-, insbesondere finanzieller Art. Des weiteren ersahen wir daraus, daß diese Institution ein Bestandteil der Hoheitsverwaltung blieb, da ihre spezifische Aufgabenstellung dies verlangte. Der sich in „hoheitlicher Verwaltung“ und „öffentlichem Unternehmen“ ausdrückende Dualismus bildet auch die Grundlage für die

¹⁾ RGBl. I S. 130.

²⁾ BGBl. I S. 676, im folgenden als PVwG abgekürzt.

wirtschaftliche Stellung der DBP. Nach herrschender Rechtsauffassung ist sie eine sog. „schlichte Hoheitsverwaltung“. Hierunter versteht man, daß die Post ihre Aufgaben¹⁾ zum Wohle aller zu erfüllen habe. Da diese Tätigkeit im Rahmen der „Daseinsvorsorge“ liegt und auf die volkswirtschaftlich optimale Bedarfsdeckung gerichtet ist, kann die postalische Betätigung als ein Wirtschaften im besten Sinne des Wortes bezeichnet werden. Die Bereitstellung ihrer Dienstleistungen verlangt gleichermaßen wie bei anderen Unternehmungen ein Disponieren über die Produktionsfaktoren unter Berücksichtigung des ökonomischen Effekts. Daraus ergibt sich, daß die materielle Aufgabe der DBP eine wirtschaftliche ist.

Versuchen wir nun die wirtschaftliche Stellung der DBP näher darzulegen. Als Ausgangspunkt dienen uns hierzu die von Schnettler²⁾ aufgestellten „bestimmenden Kriterien“ für die Rechtsform des öffentlichen Unternehmens.³⁾

Diese sind:

1. Das Unternehmen muß in der laufenden Wirtschaftsführung ohne wesentliche Einschränkung selbständig sein.
2. Es muß im Rechtsverkehr mit Dritten als selbständiges Rechtssubjekt erscheinen.
3. Es müssen Haftungsbeschränkungen zwischen dem Unternehmen und der eigenkapitalgebenden Körperschaft bestehen⁴⁾.

Fragen wir nun inwieweit obige Kriterien für die DBP zutreffen! Dabei erweist sich als zweckmäßig die Reihenfolge der Punkte umzukehren.

Zu 3. Hier ist generell festzustellen, daß das dem Post- und Fernmeldewesen „gewidmete Sondervermögen“ zwar Bundesvermögen ist, jedoch von dem übrigen Vermögen des Bundes, seinen Rechten und Verbindlichkeiten getrennt zu halten ist.⁵⁾ Des weiteren klärt § 3 Abs. 2 des PVwG diesen Punkt eindeutig.

„Für die Verbindlichkeiten der Deutschen Bundespost haftet nur das Sondervermögen; es haftet nicht für die sonstigen Verbindlichkeiten des Bundes.“

Zu 2. Diese Forderung Schnettlers zielt letztlich darauf ab, den Mangel der eigenen Rechtspersönlichkeit insoweit zu „heilen“, wie es für den Aufgaben-

¹⁾ Siehe Definition der Post, S. 11.

²⁾ Schnettler unterscheidet in seiner Systematik folgende Rechtsformen öffentlicher Betriebe:

- a) reine Regiebetriebe,
- b) verselbständigte Regiebetriebe,
- c) autonome Wirtschaftskörper ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- d) autonome Wirtschaftskörper mit eigener Rechtspersönlichkeit,
- e) öffentliche Betriebe in privatrechtlicher Form,
- f) gemischtwirtschaftliche Betriebe.

Siehe: Albert Schnettler, Öffentliche Betriebe, Essen 1956, S. 109.

³⁾ Den Begriff „öffentliches Unternehmen“ verwenden wir im Sinne von Schnettler. Zu seiner Begriffsbestimmung: Albert Schnettler, a. a. O., S. 16 ff.

⁴⁾ Vgl. Albert Schnettler, a. a. O., S. 81.

⁵⁾ § 3 Abs. 1 PVwG.

bereich und die Dispositionsfähigkeit eines autonomen Wirtschaftskörpers erforderlich ist. Auch dieser Punkt erfährt im PVwG eine eindeutige Klärung, denn der § 4 Abs. 1 legt fest:

„Die Deutsche Bundespost kann im Rechtsverkehr unter ihrem Namen handeln, klagen und verklagt werden.“

Zu 1. Während die oben ausgeführten beiden Punkte wohl eindeutig geklärt werden konnten, ist das erste Kriterium wohl schwieriger zu fassen. Grundlegend für eine „selbständige laufende Wirtschaftsführung“ sind wohl neben der gesonderten Rechnungsführung und Rechnungslegung eine selbständige Haushaltsführung. Während sich diese aus den §§ 17 bis 19 des PVwG ergeben, werden die Ausgliederung des Sondervermögens aus dem Bundeshaushalt und die Selbständigkeit der Haushaltsführung durch den § 15 Abs. 1 des PVwG bestimmt. Dort heißt es:

„Die Deutsche Bundespost hat ihren Haushalt so aufzustellen und durchzuführen, daß sie die zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verpflichtungen notwendigen Ausgaben aus ihren Einnahmen bestreiten kann. Zuschüsse aus der Bundeskasse werden nicht geleistet.“

Der so gesetzlich verankerte Grundgedanke finanzwirtschaftlicher Eigenständigkeit und Selbstverantwortlichkeit fordert demnach von der Post für die Erhaltung des ihr gewidmeten Sondervermögens selbst Sorge zu tragen. Diese Pflicht wird ihr erleichtert durch die traditionelle Stellung, die sie am Markt als Anbieter bestimmter Dienstleistungen einnimmt. Sie besitzt nämlich auf diesem Versorgungsgebiet teils ein natürliches, teils ein künstliches Monopol. Jenes beruht z. B. auf ihrem Nachrichtennetz, das in seiner Art wohl kaum ein vollkommeneres Pendant hat, dieses auf dem vom Staat aufgestellten Alleinbetriebsrecht für bestimmte Nachrichten- und Verkehrsleistungen. Allerdings kann man heute nicht mehr von einem Monopol im strengen Sinne des Wortes sprechen, denn seine Durchbrechungen sind recht mannigfaltig. „Rund die Hälfte aller Einnahmen der Bundespost stammt aus Dienstzweigen, in denen die gewerbliche Wirtschaft mit der DBP in Wettbewerb steht. Selbst auf dem Gebiet des Fernsprechwesens, das gemeinhin als das unbestrittene Arbeitsgebiet der Bundespost gilt, verfügt die Bundespost schätzungsweise nur über 70 v. H. aller in Betrieb befindlichen Nachrichtenübermittlungsanlagen.“¹⁾ Die Monopolstellung der DBP ist wohl unter dem Aspekt der gemeinwirtschaftlichen Befriedigung dieser Bedürfnisse auch als volkswirtschaftlich zweckmäßig anzusehen. Wollte man nämlich auf diesem Sektor eine Wettbewerbssituation schaffen, so wäre eine Vielzahl von derartigen Unternehmungen nötig. Sie alle müßten dann entsprechende Verkehrseinrichtungen zur Verfügung stellen, das aber würde eine volkswirtschaftliche Verschwendung von Produktionsmitteln bedeuten; denn alle diese Anlagen könnten dann nur zu einem Bruchteil ausgenutzt werden, da sich das für eine Anlage genügende Maß der Nutzung nun auf viele verteilen müßte. Die Wurzeln dieses Post-Monopols sind einerseits historischen Ur-

¹⁾ Georg Garbe, Die Bundespost als wirtschaftliches Unternehmen, in: ZPF Nr. 11/1956, S. 416.

sprungs und folgen andererseits aus rationalen Erwägungen der öffentlichen Hand. Ohne auf die hier auftauchende Problematik weiter einzugehen, läßt sich feststellen, daß in der Monopolstellung ein weiterer Grund für den Charakter der DBP als Hoheitsverwaltung vorliegt.

Neben der rechnerischen – und der finanzwirtschaftlichen Verselbständigung gehört zu einer selbständigen laufenden Wirtschaftsführung auch eine entsprechende verwaltungsmäßige Selbständigkeit, die sich in den Befugnissen der Leitungsorgane äußert. Der § 1 Abs. 1 des PVwG stellt hierfür gewissermaßen eine Art Generalklausel dar. Er lautet:

„Die Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens der Bundesrepublik Deutschland ist Bundesverwaltung. Sie wird unter der Bezeichnung „Deutsche Bundespost“ von dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen unter Mitwirkung eines Verwaltungsrates nach Maßgabe dieses Gesetzes geleitet.“

Damit wird der öffentlich - rechtliche Charakter dieser Institution in der Form der Bundesverwaltung ausdrücklich festgelegt, und die Führung der Geschäfte wird einem Minister übertragen. Während dieser etwa mit dem Vorstand einer AG vergleichbar wäre, hat der Verwaltungsrat einen ähnlichen Charakter wie der Aufsichtsrat einer AG. Jedoch ist das eine Leitungsorgan – der Bundespostminister¹⁾ – gleichzeitig Mitglied des obersten staatlichen Aufsichtsorgans. Somit wird die Wirtschaftsführung der DBP weitgehend auf jenes Terrain eingeeengt, das „die Grundsätze der Politik der Bundesrepublik Deutschland“ zuläßt.²⁾ Den Verwaltungsrat könnte man daher als eine Art „countervailing - power“ gegen ein mögliches –, einseitig wirksam werdendes politisches– und fiskalisches Interesse bezeichnen. Er stellt eine Art Gewissen und Sprachrohr der Volkswirtschaft dar. Jedoch gelten die folgenden Prinzipien für beide Leitungsorgane:

„Bei der Leitung der Verwaltung der Deutschen Bundespost ist den Interessen der deutschen Volkswirtschaft Rechnung zu tragen . . .“³⁾

„Die Anlagen der Deutschen Bundespost sind in gutem Zustand zu erhalten und technisch und betrieblich den Anforderungen des Verkehrs entsprechend weiter zu entwickeln und zu vervollkommen.“⁴⁾

Für die Klärung des 1. Kriteriums erscheint es uns schließlich als nötig, im folgenden noch zu zeigen, inwieweit die ständige Wirtschaftsführung die einzelnen Leitungsorgane berührt. Dabei wollen wir uns auf die wesentlichsten Punkte beschränken und unser Augenmerk besonders auf den finanzwirtschaftlichen Bereich richten. Nach § 12 Abs. 1 des PVwG hat der Verwaltungsrat selbständig zu beschließen über:

- „1. die Feststellung des Voranschlages einschließlich etwaiger Nachträge und die zugehörige Enlastung,
2. die nachträgliche Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben,

¹⁾ Im folgenden wird die Abkürzung „BPMIn“ verwendet.

²⁾ Siehe hierzu § 2 Abs. 1 des PVwG..

³⁾ § 2 Abs. 2 des PVwG.

⁴⁾ § 2 Abs. 3 des PVwG.

3. die Genehmigung des Jahresabschlusses (§ 19 Abs. 1) und über den Voranschlag für die Verwendung eines Gewinnes oder die Deckung eines Verlustes (§ 20 Abs. 5),
4. die Bedingungen für die Benutzung der Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens einschließlich der Gebührenbemessung,
5. die Übernahme neuer, die Änderung oder die Aufgabe bestehender Dienstzweige,
6. die Durchführung grundlegender Neuerungen oder Änderung technischer Anlagen.“

Neben diesen, zweifellos wesentlichen Entscheidungsbefugnissen sind dem Verwaltungsrat die folgenden, dem BpMin obliegenden Angelegenheiten zur Stellungnahme zuzuleiten:

- „1. die Grundsätze über die Aufnahme von Krediten und die Übernahme von Bürgschaften,
2. die Höhe der Schuldentilgung,
3. die Festlegung der Grundsätze für die Anlegung der Rücklagen,
4. die Festlegung der Grundsätze für die Anlegung der Postscheck- und Postsparkassenguthaben,
5. die Geschäftsberichte.“¹⁾

Hieraus ergibt sich, daß dem Verwaltungsrat nicht nur eine bedeutsame beschließende Tätigkeit obliegt, sondern ihm auch ein Mitspracherecht in bestimmten Angelegenheiten des BpMin's eingeräumt wurde. Der Einfluß des Verwaltungsrates auf die Wirtschaftsführung und besonders die Finanzgebarung der DBP wäre demnach sehr stark. Aber durch das Vetorecht des BpMin's gegen die Beschlüsse des Verwaltungsrates²⁾ und die besonderen, an die Aufnahme von Krediten geknüpften Bedingungen, sowie jene Voraussetzungen, die für die Erstellung des Voranschlages bindend sind, werden die Befugnisse des Verwaltungsrates in ihrer Wirkung wieder gravierend eingeschränkt. Sichtbaren Ausdruck finden diese Einschränkungen auch in jenem vom Gesetzgeber geforderten „Einvernehmen zwischen dem Bundesfinanzminister und dem BpMin“³⁾. Die hier angedeuteten Einengungen treffen also nicht nur den Verwaltungsrat, sondern auch beide Leitungsorgane, ein Umstand, der sich zwangsläufig auf den Dispositionsspielraum der Wirtschaftsführung auswirken muß. Trotzdem kann festgestellt werden, daß auch das erste Kriterium Sch n e t t l e r s bei der DBP gegeben ist.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die bestimmenden Kriterien eines „öffentlichen Unternehmens“ bei der DBP generell vorliegen. Ihre wirtschaftliche – und finanzwirtschaftliche Eigenständigkeit folgt notwendigerweise aus der Verselbständigung des Vermögens, der Rechnungs-, Geschäfts- und Haushaltsführung. Jedoch ist – wie wir darzulegen versucht haben – diese Selbständigkeit teilweise eingengt. Die vielfältigen Ursachen, die weitgehend durch den Charakter der Hoheitsverwaltung bedingt sind, werden – soweit es thematisch erforderlich ist – an anderer Stelle zu erwähnen sein. Diese Gegebenheiten stellen für die Behandlung unserer Problemstellung ein Datum dar.

¹⁾ § 12 Abs. 3 des PVwG.

²⁾ § 12 Abs. 5 des PVwG.

³⁾ §§ 17 Abs. 4, 22 Abs. 1 des PVwG.

II. Rechnungslegung der Post.

Wenn im folgenden die Besonderheiten der postalischen Rechnungslegung aufzuzeigen sind, so hat dies zwei Gründe:

- 1) Das Ergebnis des vorangegangenen Abschnitts verlangt die Herausarbeitung der aus ihm herzuleitenden Anforderungen an die Rechnungslegung.
- 2) Für die Untersuchung erweist sich die Kenntnis der Rechnungstechnik als unabdingbare Forderung.

Dabei müssen wir uns auf eine fragmentarische Darstellung beschränken.

1. Besondere Anforderungen.

Die Eigenart des Rechnungswesens der Post ist einerseits durch ihre dualistische Stellung und andererseits durch ihre Zielsetzung bedingt.

Aus der Loslösung dieses, dem Post- und Fernmeldewesen gewidmeten Sondervermögens des Bundes folgt die gesonderte Haushalts- und Rechnungsführung. Da die DBP Bundesverwaltung ist und die „fremden Gelder“ nach bestimmten Richtlinien, die in dem alljährlich zu erstellenden Haushaltsplan ihren Niederschlag finden, zu verwalten hat, ist eine entsprechende Buchführung und Rechnungslegung nach kameralistischen Grundsätzen erforderlich. Auf diese Art und Weise legt die DBP Rechenschaft ab, inwieweit die Einnahmen und Ausgaben mit den Ansätzen des sog. Haushaltsplanes übereinstimmen. Es wird so der Nachweis über die Einnahmen und Ausgaben für ein Rechnungsjahr erbracht und der Kassenüberschuß oder Kassenzuschuß festgestellt. Hier zeigt sich die straffe Bindung an die Kontrollorgane.

Da das Sondervermögen jedoch nicht nur erhalten werden muß, sondern auch Überschüsse erwirtschaften soll und für ihre Verbindlichkeiten ausschließlich alleine haftet, sind auch die Ergebnisse der kaufmännischen Buchführung gefordert. Über das Ziel der kameralistischen Buchführung hinaus geht die daraus resultierende

periodische Ermittlung des Vermögens und des Erfolgs.

Somit ist also die laufende Rechnung derart zu führen, daß nicht nur der Vergleich mit den Ansätzen des Haushaltsplanes (Voranschlag) ermöglicht wird, sondern daß das derart aufbereitete Zahlenmaterial auch die Erstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zuläßt.

Den so skizzierten Anforderungen wird das postalische Buchhaltungssystem, wie noch zu zeigen ist, gerecht. In der Literatur bezeichnet man dieses Rechnungswesen meist mit „gehobener Kameralistik“. Die Anwendung dieses „terminus technicus“ erscheint uns jedoch nur dann als gerechtfertigt, wenn berücksichtigt wird, daß die Kameralistik eine Zweckrechnung darstellt, deren Hauptvorteil gerade darin liegt, sich den jeweiligen Erfordernissen geschmeidig und zweckentsprechend anzupassen. So muß also die Ausgestaltung dieser Systematik recht mannigfaltig sein.¹⁾

¹⁾ Vgl. Erich Thiess, Kameralistische Abschlußtechnik, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Jahrgang 1934, S. 446.

Wenn wir nun auf die Technik der Rechnungslegung eingehen, so geschieht das nur in dem Umfange, der für das Verständnis der empirischen Untersuchung nötig ist. Dabei wollen wir aufzeigen, wie die postalische Rechnung den obigen Anforderungen gerecht wird.

2. Besondere Technik.

Wenn man die Schwierigkeiten der postalischen Rechnungslegung, die gewissermaßen aus einem kameralistischen und einem kaufmännischen Abschluß besteht, erkennen will, so ist die Kenntnis der Rechnungsführung Voraussetzung. Daher sollen zunächst Voranschlag und Rechnungsführung erläutert werden.

Aus der im § 3 des PVwG verankerten, selbständigen Haushalts- und Rechnungsführung ist der gesonderte eigene Voranschlag herzuleiten, der vom BpMin „im Einvernehmen“ mit dem Bundesfinanzminister „zu erstellen“ und vom Verwaltungsrat „festzustellen“ ist. Dieser bildet für die Haushaltsführung, nämlich die Bewirtschaftung der Einnahmen und Ausgaben, in gleicher Weise wie auch für die Buchführung und Jahresrechnung Rahmen und Grundlage. Bis auf die Bezüge des BpMin's¹⁾ werden hier alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt. Jene werden geschätzt, diese bestimmt. Um eine möglichst klare Übersicht über die Finanzgebarung zu erreichen, erfolgt die Veranschlagung nach dem Bruttoprinzip (also in einer Aufgliederung nach Kapiteln und Titeln)²⁾.

Für das Verfahren der Rechnungsführung, das grundsätzlich kameralistisch ist³⁾, folgt daraus, daß Einnahmen und Ausgaben innerhalb der Rechnungsperiode in der Gliederung des Voranschlages aufzuzeichnen sind; denn es müssen ja die Quellen der Einnahmen und die Verwendungszwecke der Ausgaben zu erkennen sein. Die Notwendigkeit, so vorzugehen, ergibt sich aus der kameralistischen Zielsetzung, die vollzogenen Einnahmen und Ausgaben mit den Etatansätzen vergleichbar zu machen. So kann hier im Unterschied zur kaufmännischen Buchführung nur der Geldverkehr nachgewiesen werden. Das bedeutet, daß nur diejenigen Vorgänge verbucht werden, die eine kassenmäßige Auswirkung nach sich ziehen. Der jährliche Abschluß dieser Rechnung muß den Einnahmen- oder Ausgabenmehrbetrag nachweisen und den Kassenbestand ergeben. Mit dieser skizzenartigen Darstellung versuchten wir herauszustellen, daß in der „einfachen Verwaltungsbuchführung“, die meist als Kameralistik bezeichnet wird, nur tatsächliche Kassenvorgänge buchhalterisch erfaßt werden.

¹⁾ Siehe beispielsweise Bundeshaushaltsplan 1953, Einzelplan 60.

²⁾ Auf die spezifischen Abweichungen und Besonderheiten gegenüber dem Bundeshaushaltsplan wird nicht weiter eingegangen. Wir beschränken uns auf die Feststellung, daß bei der DBP weder in ordentlichen und außerordentlichen Haushalt, noch in einmalige und fortlaufende Ausgaben unterschieden wird.

³⁾ Vgl. O. Gebbe, Das Wesen der Bilanz und die Aufstellung der Bilanzen bei der Deutschen Reichspost nach dem Stande der Rechnungsführung von 1934, Berlin 1934, S. 37.

„Das Wesentlichste (der Verwaltungs-Kameralistik)¹⁾ ist, daß sie einen unbedingt zuverlässigen und übersichtlichen Vergleich des Rechnungsergebnisses mit dem Voranschlag und damit die Prüfung ermöglicht, ob die ausführende Verwaltung Voranschlagsätze überschritten oder sonstige Etalvorschriften verletzt hat.“²⁾

Da aus den Aufzeichnungen neben dem kameralistischen Abschluß auch der kaufmännische Abschluß, also Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, zu erstellen ist, war es nötig in das System einzubauen:

1. Die Trennung in erfolgswirksame und erfolgsunwirksame Vorgänge,
2. die Erfassung der Kreditvorgänge und
3. die Erfassung der Vermögensbestandteile, die zu Beginn der Rechnungsperiode vorhanden waren.

Der Trennung in erfolgswirksame und erfolgsunwirksame Buchungen wird man dadurch gerecht, daß die Geldrubrik in zwei Spalten aufgeteilt wird, und zwar in die „Anlage“- und die „Betriebs“-Spalte. Diese Bezeichnungen treffen wohl nicht ganz den Kern. Man könnte sie besser mit „Vermögens“- und „Erfolgs“-Rechnung betiteln. Während die erste Spalte also jene Buchungen aufnimmt, die, verglichen mit der kaufmännischen Buchführung, auf Bestandskonten stehen, enthält die Betriebsspalte jene Buchungen, die auf Erfolgskonten zu verrechnen sind. So werden also in dieser nur Aufwendungen oder Erträge, in jener erfolgsneutrale Vorgänge ausgewiesen. Zur Verdeutlichung diene folgendes Beispiel:

EINNAHMEN		TEXT	AUSGABEN	
Betrieb	Anlage		Betrieb	Anlage
10000.—		Einnahmen aus Gebühren		
	10000.—	Erlös aus Fahrzeugverkauf zum Buchwert		
		Lohnzahlungen	10000.—	
		Kauf eines Fahrzeuges		10000.—

Wir ersehen daraus, daß die Trennung in erfolgswirksame — und erfolgsunwirksame Kassenvorgänge erfolgt, ohne daß deshalb eine doppelte Verbuchung nötig ist. Das Kassenergebnis bleibt von dieser Trennung unberührt.

Die Erfassung der Kreditvorgänge bereitet insofern Schwierigkeiten, als in einer Soll-/Ist-Rechnung ja nur die Kassenvorgänge berücksichtigt werden können; denn die Gegebenheiten der Verwaltungsbuchführung bedingen die Ermittlung von reinen Umsatzzahlen. Somit wird es nötig, Vermögensänderungen, die keine kassenmäßige Auswirkung zur Folge haben, wie z. B. Abschreibungen, Wertberichtigungen, u. a., außerhalb der Rechnung zu ermitteln. Diese können dann nach Fertigung des kameralistischen Abschlusses — also nachträglich — „durch die Rechnung gezogen“ werden. Das soll folgendermaßen veranschaulicht werden:

¹⁾ Vom Verfasser eingefügt.

²⁾ O. Gebbe, a. a. O., S. 49.

TEXT	AUSGABEN	
	Betrieb	Anlage
Kameralistischer Abschluß:		
Ausgaben		1 000 000.—
Abschreibungen	10 000.—	-/- 10 000.—
=	1 010 000.—	990 000.—

So kommt es hier einerseits zur Erhöhung des betrieblichen Aufwands und andererseits zur Minderung der Ausgaben für Anlagegüter. Demnach werden, um bei diesem wichtigen Beispiel zu bleiben, die Abschreibungen buchhalterisch als Investitionen behandelt, die nicht das Vermögen vergrößern, sondern durch den betrieblichen Erfolg zu decken sind. Wir sehen auch hier wieder, daß diese nachträglich durchzuführenden Buchungen auf das kassenmäßige Ergebnis ohne Einfluß sind, da sie stets einmal als Ausgabe und einmal als Minusausgabe behandelt werden.

Wie oben bereits angeführt, werden in der Anlagespalte diejenigen Kassen- und Nichtkassenvorgänge erfaßt, die Vermögensveränderungen darstellen. Es werden jedoch lediglich die Änderungen ausgewiesen, die auf das Rechnungsjahr entfallen. Die Bestände, die aber schon zu Beginn der Periode vorhanden waren, fehlen in dieser Rechnung. Sie werden daher außerhalb der Rechnung auf gesonderten Konten geführt. Jährlich nach Rechnungsschluß erfolgt dann auf Grund der Ergebnisse der Anlagespalte die Fortschreibung der Konten. Durch Addition lassen sich so die einzelnen neuen Bilanzpositionen ermitteln.

Die Vermögens- und die Erfolgsrechnung bilden zusammen gewissermaßen den nach kaufmännischen Grundsätzen ermittelten Jahresabschluß der Rechnungsführung¹⁾. Wie wir bereits wissen, dienen die zwei Geldspalten „Anlage“ und „Betrieb“ hierfür als Basis.

Aus der Betriebsspalte, aufgeschlüsselt in Einnahmen und Ausgaben, entsteht die „Betriebsrechnung“. Sie kann als eine Art Vorkonto der Gewinn- und Verlustrechnung bezeichnet werden, das die „betrieblichen“ Aufwendungen und Erträge enthält. In dieser Rechnung wird eine wichtige Umbuchung vorgenommen. Jene Löhne und anteiligen Kosten, die zur Erstellung von Anlagen dienen, werden vom betrieblichen Aufwand abgezogen und dafür der Anlagespalte zugerechnet. Die verbleibende Differenz zwischen „Betriebs“-Einnahmen und -Ausgaben bildet den „Betriebs“-Gewinn oder -Verlust. Die-

¹⁾ Auf den kameralistischen Jahresabschluß ist in unserem Zusammenhang nicht weiter einzugehen.

ser Saldo wird in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen. Hinzu kommen hier noch die „betriebsfremden“ Aufwendungen und Erträge. Das Ergebnis aus beiden stellt den rechnerischen Reingewinn oder Reinverlust für das jeweilige Rechnungsjahr dar.

Aus der Anlagespalte entsteht die „Kapitalrechnung“, die auf der Kapitalverwendungsseite (Soll) die „Anlage“-Ausgaben und auf der Kapitalaufbringungsseite (Haben) die „Anlage“-Einnahmen ausweist. Die Kapitalrechnung enthält gewissermaßen jene Vermögensänderungen, die sich bilanzmäßig während des Rechnungsjahres ergeben haben, und zwar die Veränderungen aller Bilanzpositionen. Die einzelnen Posten werden dann aus der Kapitalrechnung auf die Vermögenskonten übertragen. Durch Addition gelangt man dann, wie wir wissen, zu den neuen Werten der Schlußbilanz. Die Bilanz der DBP weicht jedoch in zwei Punkten von der kaufmännischen Bilanz ab. Sie ist einmal keine Stichtagsbilanz und außerdem enthält sie nicht die durchlaufenden Posten. Der eine Punkt erfährt seinen sichtbaren Ausdruck durch die Feststellung: Bilanz „zum Schluß des Rechnungsjahres“. Das bedeutet, daß die DBP ihre Bilanz für den fiktiven Stichtag des Rechnungsschlusses erstellt. Dieses Vorgehen hat seine Ursache in bestimmten haushaltsmäßig bedingten Gegebenheiten¹⁾. Bei den durchlaufenden Posten, dem zweiten Punkt, nämlich den nichtplanmäßigen Einnahmen und Ausgaben²⁾ unterstellt man, daß sich diese zum Zeitpunkt des Rechnungsschlusses ausgleichen. Tatsächlich ist das nicht der Fall. Hierbei handelt es sich zumindest zeitweilig um ganz bedeutende Beträge, die außerhalb der Rechnungsführung erfaßt und „schwebend“ (in der Fachsprache) geführt werden.

Wir stellen abschließend fest, daß Vermögens- und Erfolgsrechnung in engstem Zusammenhang stehen. Sie erfassen einerseits Einnahmen und Ausgaben der Jahresrechnung, je nachdem, ob sie unter Anlage oder Betrieb verbucht sind, und andererseits die Nichtgeldvorgänge. Indem die Bilanz den Nachweis über das nominelle Reinvermögen, die Erfolgsrechnung aber den Nachweis über den rechnerischen Gewinn oder Verlust erbringt, stellen beide Rechnungen nur zwei Seiten der gleichen Sache dar. Sie kontrollieren sich also auch gegenseitig, denn das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung muß dem Unterschied des Reinvermögens gegenüber dem Vorjahr entsprechen.

¹⁾ Die Notwendigkeit eines zweckmäßigen Vergleichs der Sollzahlen lt. Voranschlag mit den Istzahlen lt. Rechnungsergebnis bedingt, daß in der Jahresrechnung die Einnahmen und Ausgaben enthalten sind, die auch diesem Rechnungsjahr haushaltsmäßig zuzurechnen sind. Zu diesem Zweck bleiben die Bücher nach dem Jahresschluß noch eine bestimmte Zeit offen, um so die Einnahmen und Ausgaben des abgelaufenen Rechnungsjahres noch für diesen Zeitraum abzuwickeln.

²⁾ Hierbei handelt es sich insbesondere um die Ein- und Auszahlungen im Postscheck-, Postsparkassen-, Postanweisungs- und Rentendienst, sowie um Zeitungsbezugsgelder, Erlöse für fremde Wertzeichen u. a.

EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG

Unsere Untersuchung am konkreten Material erstreckt sich auf die Periode der Rechnungsjahre 1950 bis 1955. Die seit dem Kriegsende vorangegangenen Jahre mußten außerhalb unserer Betrachtung bleiben, da die DBP erst seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland besteht. Abgesehen davon, daß die Posteinrichtungen zuvor von den Besatzungsmächten getragen wurden, erwies sich das verfügbare Material für eine derartige Untersuchung als unzureichend. Dieser relativ kurze Untersuchungszeitraum gestattet allerdings eine erschöpfende Auswertung der Unterlagen.

In diesem Teil kam es uns darauf an, alle verfügbaren Quellen auszuschöpfen, um zu einem möglichst umfassenden Bild des Stoffes zu gelangen. Erst dann ist damit zu rechnen, daß unser Versuch gelingt, die generelle Problematik des Themas aus der Materie herauszuarbeiten.

I. Investitionsbedarf und Investitionstätigkeit.

Der Sinn jeder betrieblichen Betätigung besteht darin, Güter materieller Art zu produzieren oder Güter immaterieller Art bereitzustellen¹⁾. Letzteres entspricht, wie wir wissen, der betrieblichen Aufgabenstellung der Post. Zu ihrer Erfüllung bedarf der postalische Leistungsprozeß der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Durch die „kombinative Funktion“²⁾ werden sie zu jener Einheit verbunden, die Voraussetzung des betrieblichen Leistungsvollzuges ist.

Daraus ergibt sich, daß die Post grundsätzlich – wie jeder andere Betrieb – gewisse Anlagen (im weitesten Sinne) benötigt, z. B. Gebäude, Leitungsnetze, Kraftfahrzeuge usw. Die Beschaffung derartiger Sachgüter mittels Geldkapitals werden als Sach-Investitionen bezeichnet. Dagegen wollen wir unter Finanz-Investitionen die Hergabe von Geldkapital verstehen, für die eine entsprechende Forderung erworben wird.

1. Bedeutung des Investitionsbedarfs.

In der Regel wird das Investitionsvolumen privater Unternehmungen durch ihre Leitungsorgane festgelegt. Ihre Erwägungen dürften letztlich weitgehend von den Gewinnerwartungen bestimmt werden. Die Leitungsorgane der DBP sind vor eine wesentlich schwierigere Aufgabe gestellt. Ihre Dispositionsfähigkeit ist nicht unerheblich gehemmt. Man denke nur daran, daß der Voranschlag im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzminister zu gestalten ist. So besteht die Gefahr, daß die entscheidende Begrenzung des postalischen Investitionsvolumens auf Grund fiskalischer Interessen und durch die vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten gezogen wird³⁾. Aber auch in der Erschließung derartiger Quellen sind die Leitungsorgane eingeengt, und zwar nicht nur in der Tarifgebarung, sondern auch in der Kreditaufnahme⁴⁾. Die Möglichkeit der Kapitalfehlleitung ist also gegeben. Gleich wie durch reichlich ausschöpfbare Kapitalquellen die Investitionstätigkeit aufgebläht werden kann, ist auch bei Mangel an Mitteln eine zu starke Einschränkung denkbar. Die Tendenz zu dieser Entwicklung hin zeigt sich denn auch im Verlauf der letzten zweieinhalb Jahrzehnte.

Eine Ausrichtung des postalischen Investitionsvolumens an den vorhandenen Finanzierungsmitteln erscheint uns jedoch nicht als allein ausreichend, um das volkswirtschaftlich erforderliche Maß an Investitionen zu bestimmen. Das bestätigt auch die – auf Grund des Kontrahierungszwanges – der DBP auferlegte Verpflichtung jede wirksam auftretende Nachfrage zu befriedigen. Das setzt voraus, daß die DBP Verkehrseinrichtungen in ausreichendem Maße zur Verfügung stellt.

¹⁾ Vgl. E. Gutenberg, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1. Band, „Die Produktion“, Berlin 1951, S. 1.

²⁾ In der Terminologie von Gutenberg.

³⁾ Siehe S. 30 f.

⁴⁾ § 22 des PVwG.

Von dieser Forderung ausgehend wollen wir versuchen, die bestimmenden Faktoren des Investitionsbedarfs zu erkennen. Aus der Notwendigkeit und dem Zwang, die Anlagen der DBP in gutem Zustand zu erhalten¹⁾, ergibt sich der Ersatzbedarf. Der Erweiterungsbedarf hängt von der Ausdehnung der wirksamen Nachfrage ab. Wie die Tabelle I zeigt, ist diese vor allem von der Wirtschaftslage abhängig. Aber auch die Bevölkerungszahl²⁾, die Gewohnheiten der Wirtschaftssubjekte, die Preisstellung und anderes mehr beeinflussen die Nachfrage. Wenn an dieser Stelle auch nicht näher auf die Vielfalt der sich auf die Nachfrage auswirkenden Momente eingegangen werden kann, so zeichnen sich doch in der obigen Tabelle auch qualitative Änderungen der Nachfrage ab. Der Trend der letzten Jahrzehnte äußert sich in einem verstärkten Übergang zu den unkörperlichen, anlageintensiven Nachrichtenmitteln, nämlich dem Fernmeldewesen³⁾. So kann es also auch im Rahmen der quantitativen Nachfrage zu Strukturverschiebungen kommen, die relativ steigende Investitionen erfordern. Über den nachfragebedingten Bedarf hinaus geht der Rationalisierungsbedarf; denn auch die Post hat unter Berücksichtigung des ökonomischen Effekts zu wirtschaften, d. h. das Kostengefüge möglichst niedrig zu halten. Durch die momentane Verknappung von Arbeitskräften wird nach dieser Richtung hin geradezu ein gewisser Zwang ausgeübt. Ferner ist der DBP im Rahmen des PVwG der Anschluß an den technischen Fortschritt sogar zur Auflage gemacht worden. Diese Forderung löst ebenfalls einen entsprechenden Investitionsbedarf aus. Schließlich ist noch der politisch bedingte Investitionsbedarf zu erwähnen, der sich als Ausfluß der Hoheitsverwaltung kundtut. Hierher gehören etwa der Einbau des deutschen Nachrichtennetzes in das internationale oder strategische Erfordernisse.

Mit dieser Aufzählung glauben wir jene Schwierigkeiten angedeutet zu haben, die sich bei der Bestimmung des postalischen Investitionsbedarfs ergeben. Die Bedeutung der vielfältigen Faktoren erscheint uns derart groß, daß sie ein wichtiges Instrument – vielleicht das entscheidende – darstellen, an dem die Investitionstätigkeit zu messen wäre. Wir wollen im nachfolgenden Abschnitt den Versuch machen, den Investitionsbedarf für die Rechnungsjahre 1950 bis 1955 rechnerisch zu ermitteln. Dabei müssen wir uns angesichts des zur Verfügung stehenden Materials allerdings erhebliche Beschränkungen auferlegen. Es kann lediglich angestrebt werden, vom Ersatz- und dem nachfragebedingten Erweiterungsbedarf eine annähernde Größenordnung zu errechnen.

1) § 2 Abs. 3 des PVwG.

2) Der langfristige Trend läuft auf eine steigende Nachfrage pro Kopf der Bevölkerung hinaus.

3) Während die Briefsendungen von 1936 bis 1954 um 44,9 % zugenommen haben, sind die Ferngespräche um 177 % gestiegen. Vgl. Geschäftsbericht der DBP über das Rechnungsjahr 1954, S. 18.

2. Der Investitionsbedarf in den Rechnungsjahren 1950–1955.

Der Ersatzbedarf dient der Anlagenunterhaltung. Er ist vor allem abhängig vom Ausmaß der vorhandenen Sachanlagen, deren Nutzungsdauer und dem technischen Fortschritt. Unterstellt man, daß die von der DBP angesetzten Abschreibungsquoten der tatsächlichen Abnutzung entsprechen, so ergibt sich der Ersatzbedarf aus den Abschreibungen. Diese betrugen in den Rechnungsjahren.

1950	1951	1952	1953	1954	1955	Insgesamt
136.1	159.5	180.0	212.6	178.6	292.9	1 159.7 Mio. DM ¹⁾ .

Neben dem Ersatzbedarf besteht bei der Post ein erheblicher Nachholbedarf, der sich hauptsächlich aus Kriegsfolgeschäden ergibt. Aber auch der Mangel an Ersatzinvestitionen während des 2. Weltkrieges ist hierunter zu subsumieren. Da genauere zahlenmäßige Unterlagen nicht verfügbar sind, müssen wir uns mit der hierfür in der „DM-Eröffnungsbilanz“ ausgewiesenen Rückstellung begnügen. Sie beruht auf Schätzungen, da zu jenem Zeitpunkt keine genaueren Ermittlungen angestellt werden konnten. In der „DM-Eröffnungsbilanz“ der Post des Vereinigten Wirtschaftsgebietes wurde ein Betrag von 190 Mio. DM ²⁾, in der Anfangsbilanz der Deutschen Post für das französische Besatzungsgebiet ein Betrag von 25 Mio. DM ³⁾ zurückgestellt. Die gesamte einmalige Summe betrug am 21. Juni 1948 also 215 Mio. DM. Dieser Posten ist während des Untersuchungszeitraumes zum Teil abgebaut worden.

Den Privilegien der Post, die sich vor allem aus ihrer Marktstellung ergeben, stehen auch entsprechende Verpflichtungen gegenüber. Insbesondere sind dies der Kontrahierungszwang und die Betriebspflicht. Nicht zuletzt fordert das PVwG einen Ausbau der Posteinrichtungen in dem Umfang, daß die Nachfrage aufgabengemäß befriedigt werden kann ⁴⁾. Daraus folgt die Notwendigkeit einer Anlagenerweiterung, falls die Kapazitäten nicht mehr ausreichen. Wir wollen hier davon ausgehen, daß in dem Umfange Erweiterungsinvestitionen nötig sind, wie die Frequenz der postalischen Dienstleistungen zunimmt. Zur Ermittlung des Erweiterungsbedarfes dient uns daher das durchschnittliche Wachstum der Postleistungen. Es betrug in den einzelnen Rechnungsjahren:

1950	1951	1952	1953	1954	1955
17.6	9.4	9.5	7.8	7.4	7.5 % ⁵⁾ .

¹⁾ Quelle: Tabelle IV.

²⁾ Vgl. DBP-Geschäftsbericht über das Rechnungsjahr 1949, S. 105.

³⁾ Vgl. DBP-Geschäftsbericht über das Rechnungsjahr 1949, S. 118.

⁴⁾ § 2 Abs. 3 des PVwG.

⁵⁾ Quelle: Tabelle I.

Da sich in der Zunahme der Postleistungen des Jahres 1950 noch gewisse Sonderfaktoren auswirkten und zu Beginn dieses Jahres die vorhandenen Anlagen noch nicht voll ausgenutzt waren, wollen wir das Wachstum der Postleistungen im Jahre 1950 gegenüber 1949 (17.6 %) nicht berücksichtigen. Für die Bezifferung der Erweiterungsinvestitionen bedürfen wir nun noch einer Basis. Als Ausgangspunkt wäre der betriebsnotwendige Erweiterungsbedarf des Rechnungsjahres 1950 am zweckmäßigsten. Da sich dieser objektiv nicht annähernd feststellen läßt, wählen wir als Ersatz den Wirtschaftsplan des Rechnungsjahres 1950. Daß damit keinesfalls zu hoch, vielmehr eher zu niedrig gegriffen wurde, ergibt sich schon daraus, daß die Planungskapazität der DBP im 1. Jahr ihres Bestehens gering gewesen sein dürfte und die Finanzierungsquellen knapp waren¹⁾. So errechnet sich nachfolgender Erweiterungsbedarf:

1950	1951	1952	1953	1954	1955	Insgesamt
333 ²⁾	364	400	431	461	496	2 485 Mio. DM

Der so ermittelte Investitionsbedarf basiert auf dem Preisniveau des Jahres 1950. Dieses ist während des Untersuchungszeitraumes jedoch nicht unerheblich gestiegen. Da es für die Post-Investitionen keinen Markt gibt, wollen wir als Ersatz von den „Erzeugerpreisen für inländische Investitionsgüter“ ausgehen³⁾. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen auf diesem Sektor gelangt man zu dem folgenden wertmäßigen Investitionsbedarf:

Errechneter Investitionsbedarf für die Rechnungsjahre 1950 - 55.
In Mio. DM⁴⁾

Rechnungs- jahr	Ersatz- bedarf	Erweiterungs- bedarf	Nachhol- bedarf ⁵⁾	Insges. ⁶⁾
1950	136	333	209	469
1951	187	426	225	613
1952	229	508	204	737
1953	268	539	190	807
1954 ⁷⁾	218	400	162	618
1955 ⁸⁾	363	615	132	978
Insgesamt 1950 - 55	1 401	2 821		4 222

¹⁾ Die DBP konnte zu dieser Zeit weder an den Kapitalmarkt herantreten, noch durfte sie Geldmarkttitel ausgeben.

²⁾ DBP-Geschäftsbericht über das Rechnungsjahr 1950, S. 69.

³⁾ Geschäftsbericht der Bank Deutscher Länder für das Jahr 1955, S. 2.

⁴⁾ Auf- bzw. abgerundet.

⁵⁾ Hier werden lediglich die an das Preisniveau angeglichenen, noch nicht realisierten Rückstellungen ausgewiesen.

⁶⁾ Ohne Spalte „Nachholbedarf“.

⁷⁾ Das Rechnungsjahr 1954 war ein Rumpfgeschäftsjahr und umfaßte nur 9 Monate.

⁸⁾ In diesem Jahr kommt der Bedarf der LPD Berlin hinzu, da diese ab 1955 in die Rechnung der DBP einbezogen wurde.

Stellen wir nun den oben errechneten Investitionsbedarf den tatsächlichen Investitionen gegenüber. Es sei nochmals hervorgehoben, daß in der von uns aufgestellten Rechnung weder der Rationalisierungsbedarf, noch der aus dem technischen Fortschritt- und aus außerökonomischen Gründen resultierende Investitionsbedarf berücksichtigt wurde. Dies wäre wohl auch kaum möglich gewesen, ohne dabei den Weg der Spekulation einzuschlagen. Es wurde auch nicht weiter geprüft, ob die Abschreibungen, die als Basis des Ersatzbedarfes dienen¹⁾, ausreichen, um das Vermögen realiter zu erhalten. Des weiteren blieb der Kapazitätseffekt der Investitionen unberücksichtigt; der aber dürfte beim Postbetrieb verhältnismäßig niedrig sein. Nicht zuletzt sei erwähnt, daß bei Ermittlung des Erweiterungsbedarfes von dem durchschnittlichen Wachstum der Postleistungen ausgegangen wurde. Wir verzichteten also auf eine Gewichtung der einzelnen Dienstzweige, obwohl die Nachfrage bei den anlageintensiven Dienstzweigen verhältnismäßig stärker angestiegen ist. Schließlich kam es uns hier lediglich darauf an, ein ungefähr zutreffendes Bild von der Größenordnung des postalischen Investitionsbedarfes während des Untersuchungszeitraumes zu vermitteln.

3. Gegenüberstellung von Investitionsbedarf und Investitionstätigkeit in den Rechnungsjahren 1950 - 1955.²⁾

In Mio. DM³⁾

Rechnungs- jahr	Ersatz- bedarf	Ersatz- investi- tionen	Erweite- rungs- bedarf	Erweite- rungs- investit.	Bedarf insge- samt ⁴⁾	Brutto- investi- tionen ⁵⁾
1	2	3	4	5	6	7
1950	136	136	333	211	469	347
1951	187	160	426	272	613	432
1952	229	180	508	261	737	441
1953	268	213	539	289	807	502
1954	218	179	400	327	618	506
1955	363	293	615	466	978	759
Insgesamt						
1950 - 55	1 401	1 161	2 821	1 826	4 222	2 987

Der von uns ermittelte Investitionsbedarf beruht auf gewissen Annahmen. Dabei handelt es sich also nur um einen Annäherungswert, der jedoch keinesfalls zu hoch (wahrscheinlich zu knapp) bemessen wurde. Gleichwohl ergibt die Gegenüberstellung, daß die tatsächliche Investitionstätigkeit wäh-

¹⁾ Die Abschreibungen werden bei der DBP nach dem Grundsatz der nominalen Kapitalerhaltung errechnet.

²⁾ Quellen: Tabelle II, Tabelle IV und die Übersicht „Errechneter Investitionsbedarf für die Rechnungsjahre 1950 - 55“, S. 27.

³⁾ Auf- bzw. abgerundet.

⁴⁾ Ohne Nachholbedarf.

⁵⁾ Ohne die Investitionen zur Deckung des Nachholbedarfes.

rend des Untersuchungszeitraumes um ca. 30% hinter dem errechneten Bedarf zurückbleibt. In welchem Ausmaß davon die einzelnen Dienstzweige betroffen werden, konnte auf Grund fehlender Unterlagen nicht ermittelt werden.

Der Unterschied zwischen dem Ersatzbedarf und Re-Investitionen ist verhältnismäßig gering. Er beruht ja auch lediglich auf Preisveränderungen, denn wir unterstellten, daß der Ersatzbedarf gleich den (bilanzmäßigen) Abschreibungen sei. Die Abschreibungen werden in der postalischen Rechnungslegung grundsätzlich wie durchgeführte Ersatzinvestitionen behandelt¹⁾. Inwieweit dieser Rechenvorgang auch tatsächlich realisiert wird, kann von uns nicht nachgeprüft werden. Das heißt also: Die DBP kann tatsächlich in größerem, wie auch in geringerem Umfange Ersatzinvestitionen tätigen, ohne daß dies aus der Rechnungslegung hervorgeht. Demnach muß die rechnungsmäßige Trennung in Neu- und in Ersatzinvestitionen nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen.

Die entscheidende Diskrepanz liegt zwischen dem Erweiterungsbedarf und den tatsächlich durchgeführten Erweiterungsinvestitionen. Sie bleiben um 35,3% hinter dem Bedarf zurück. Wir können daher konstatieren, daß insbesondere die Erweiterungsinvestitionen in dieser Zeit zu niedrig waren. Unsere Feststellung, die nicht nur generell, sondern auch für die einzelnen Rechnungsjahre gilt, erfährt in den Geschäftsberichten der DBP ebenfalls ihre Bestätigung, wie folgende Zitate zeigen:

„... dem raschen Anstieg des Verkehrsumfanges war die Investitionstätigkeit der DBP bisher nicht gewachsen. ... Die Investitionsrückstände hatten sich trotz eines guten Wirtschaftsergebnisses nicht vermindert, sondern im Gegenteil erhöht, ...“²⁾

„Mit dem Beginn des Rechnungsjahres 1952 ist folgende Lage gegeben:

a) Die Investitionsrückstände haben sich nicht ermäßigt ...“³⁾

„Mit dem Beginn des Rechnungsjahres 1953 ist folgende Lage gegeben:

a) ein Abbau der Investitionsrückstände war nicht möglich;

b) weitere Verkehrssteigerungen erfordern mehr Investitionen ...“⁴⁾

„Nach wie vor ist der Investitionsbedarf auf dem Gebiete des Fernmeldewesens besonders groß.“⁵⁾

„... als angesichts des hohen allgemeinen Investitionsbedarfs der Deutschen Bundespost Rationalisierungs-Investitionen nur in beschränktem Umfange vorgenommen werden konnten. Auch in Zukunft werden beträchtliche Investitionen nötig sein.“⁶⁾

„Die ständige Zunahme des Verkehrs hat zur Folge, daß die Betriebsanlagen laufend erweitert und verbessert werden müssen.“⁷⁾

Die Hauptursache für diese von der DBP selbst erkannten Investitionslücke lag, wie das nachfolgende Zitat zeigt, in den mangelnden Finanzierungsmöglichkeiten.

1) Siehe S. 19 ff.

2) DBP-Geschäftsbericht über das Rechnungsjahr 1950, S. 8.

3) DBP-Geschäftsbericht über das Rechnungsjahr 1951, S. 8.

4) DBP-Geschäftsbericht über das Rechnungsjahr 1952, S. 8.

5) DBP-Geschäftsbericht über das Rechnungsjahr 1953, S. 10.

6) DBP-Geschäftsbericht über das Rechnungsjahr 1954, S. 10.

7) ZPF, Nr. 15/1956, S. 577.

„Wenn also die Frage einer besseren Kapitalausstattung der Bundespost nicht in absehbarer Zeit grundsätzlich gelöst wird, muß zwangsläufig das langfristige Investitionsprogramm der Bundespost, . . . , in Not geraten. Für das Jahr 1956 hat es sich nicht ganz vermeiden lassen, erhebliche Abstriche an dem vorgesehenen und dringend notwendigen Investitionsprogramm vorzunehmen, . . .“¹⁾

Fassen wir nun das Ergebnis dieses Abschnittes zusammen!

Einerseits ergab die Beurteilung der Investitionstätigkeit, daß von einer Überinvestition nicht gesprochen werden kann. Diese Feststellung ist wohl für den Fortgang der Untersuchung von grundsätzlicher Bedeutung. Andererseits läßt obiges Zitat erkennen, daß die vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten für das Investitionsvolumen der DBP von bestimmendem Einfluß sind. Des weiteren wurde die darin liegende Problematik für ein gemeinschaftliches Unternehmen, wie es die DBP ist, angedeutet. Auf eine tiefer eindringende Auseinandersetzung mit diesem Problembereich muß im Rahmen der Arbeit verzichtet werden. Nicht zuletzt stellte dieser Abschnitt das besondere Gewicht unserer thematischen Fragestellung fest.

II. Kapitalaufbringung und Kapitalverwendung.

Der I. Abschnitt der im Rahmen unserer Untersuchung eine gewisse Sonderstellung einnimmt, ergab, die Bedeutung des Themas aufzeigend, daß die tatsächlichen Investitionen insgesamt während des Untersuchungszeitraumes als nicht ausreichend anzusprechen sind. Jene Ausführungen mußten sich zwangsläufig auf die Sach-Investitionen beschränken, da es für eine externe Untersuchung wohl nicht möglich ist, die Bedarfsskala der betriebsnotwendigen Finanz-Investitionen (insbesondere die Hingabe von Darlehen und die Erwerbung von Beteiligungen) zu ermitteln. In diesem Abschnitt werden jedoch die Finanz-Investitionen in die Betrachtung einbezogen. Materiell die Kapitalrechnungen auswertend, bildet der Abschnitt den Mittelpunkt des empirischen Teils.

1. Besprechung der Kapitalrechnung.

Für die Durchleuchtung der Finanzierung bedienen wir uns der Kapitalrechnung, die jährlich als Bestandteil der postalischen Rechnungslegung erstellt wird. Sie weist die Vermögensänderungen, sowie die hieraus resultierenden finanzwirtschaftlichen Auswirkungen in einer der Bewegungsbilanz ähnelnden Form aus. Während die Kapitalaufbringungsseite nachweist, woher die verwendeten Finanzierungsmittel des Jahres stammen (Quellen), zeigt die Kapitalverwendungsseite, für welche Zwecke diese Beträge eingesetzt wurden. Im Unterschied zum Vergleich zweier aufeinanderfolgender Bilanzen, der die strukturellen Vermögens- und Kapitalveränderungen er-

¹⁾ Dr. Siegfried Balke, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen: Die Deutsche Bundespost, ihre wirtschaftlichen und technischen Probleme, in: Wirtschaftliche Mitteilungen der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel, 12. Jahrg., Nr. 8, 15. April 1956.

kennen läßt, sind aus der Kapitalrechnung jene Vorgänge zu ersehen, die während der Periode diese Vermögensänderungen bewirkten. Betrachten wir nun die aus den Kapitalrechnungen des Untersuchungszeitraumes zusammengestellte Tabelle II.

Die Kapitalaufbringungsseite wurde in I. Eigenmittel und II. Fremdmittel gegliedert. Unter 1. „Aus der Verwertung eigener Bestände“ werden jene Geldmittel ausgewiesen, die aus dem Verkauf von Sachwerten, aus Rücklagen oder Sonstigem stammen. Beim ersten Posten handelt es sich um die Veräußerung ausmusterungsreifer Gegenstände, die zumeist nur den Altmaterialwert erbringen. Der zweite Posten umfaßt die aufgelösten Rücklagenwerte, die weitgehend aus Resten des Vorjahres resultieren. Lediglich 1952 wurde ein größerer Posten, und zwar 50 Mio. DM, der gesetzlichen Rücklage zur Verlustdeckung entnommen. Unter „Sonstiges“ wird vor allem die Verminderung der Vorräte ausgewiesen, soweit sie dem Anlagevermögen gewissermaßen ohne Gegenleistung zugewachsen sind¹⁾. Wie die Tabelle erkennen läßt, ist diese Kapitalquelle von untergeordneter Bedeutung.

Dagegen umfaßt die nachfolgende zweite Position, der „finanzwirtschaftliche Überschuß“, den entscheidenden Anteil der verfügbaren Eigenmittel. Zunächst ist hier das Ergebnis des Erfolgsausweises eingesetzt. Dann folgen die Abschreibungen, die hinzugefügt werden müssen, denn wir haben ja eine Bruttorechnung vor uns. In der Spalte „Sonstiges“ werden vor allem die zu berücksichtigenden Rechnungsabgrenzungsposten, Wertberichtigungen und Rückstellungen ausgewiesen. Überblickt man diese Position, so zeigt der Untersuchungszeitraum eine völlig diskontinuierliche Entwicklung, die mit dem Leistungsvolumen der Post nicht in Einklang zu bringen ist²⁾. Wir werden diese Frage im Verlauf der Arbeit wieder aufgreifen.

Den Eigenmitteln folgt das Fremdmittelaufkommen. Nur im Jahre 1955 wird in der 1. Position „Anleihen“ ein Betrag, und zwar in Höhe von 124.4 Mio. DM, ausgewiesen. Das sind die Einnahmen für die im gleichen Jahr begebene Anleihe im Betrage von 125 Mio. DM. Die Laufzeit beträgt 15 Jahre; jedoch wird mit der Tilgung – gemäß der Anleiheausstattung – nach 10 tilgungsfreien Jahren durch Auslosung von jährlich 20 % zu beginnen sein. Es handelt sich hierbei also um eine echte, langfristige Kreditnahme der DBP.

Die 2. Position „Schuldscheindarlehen“ stellt den Schwerpunkt des Fremdmittelaufkommens während des Untersuchungszeitraumes dar. Ein begrenzter Teil stammt aus dem Postbankgeschäft (Postscheck- und Postsparkassen-

¹⁾ Es handelt sich hier um jenen Teil der Vorräte, der im Rahmen der Erstellung posteigener Anlagen Verwendung fand.

²⁾ Siehe Tabelle I.

geschäft). Auch aus dem ERP - Fonds sind der DBP kleinere Beträge zugeflossen. Der größte Teil der Mittel wird in der Spalte „Sonstige Kreditgeber“ ausgewiesen. Hauptsächlich dürfte es sich bei jenen Kapitalgebern um Versicherungsträger handeln, da die Schuldscheindarlehen der DBP deckungsstockfähig sind¹⁾. Die nachfolgenden Abzahlungs- und sonstigen Lieferantenkredite haben, wie die Tabelle zeigt, an Gewicht verloren. Im Rechnungsjahr 1955 wurden derartige Kredite überhaupt nicht mehr hereingenommen. Überblickt man die Struktur dieser Position, so erweist es sich wohl als unmöglich, sie nach ihrer Fristigkeit zu beurteilen. Es ist also notwendig, hier eine Trennung vorzunehmen. Während die gewissermaßen posteigenen Mittel und die ERP - Mittel sehr wahrscheinlich langfristigen Charakters sein dürften, die Lieferanten- und Abzahlungskredite aber mehr zur Kurzfristigkeit tendieren, läßt sich über die Schuldscheindarlehen von sonstigen Kreditgebern wenig sagen.

Die 3. Position weist die begebenen „unverzinslichen Postschatzanweisungen“²⁾ aus. Erstmals konnte sich die Post zu Beginn des Jahres 1952 dieser beweglichen Finanzierungsquelle bedienen, da die Bank Deutscher Länder der DBP einen derartigen Plafond einräumte. Die Postschätze haben eine durchaus unterschiedliche Ausstattung. Will man derartige Papiere unterbringen, so ist es nötig, ihre Laufzeit und Stückelung der Nachfrage anzupassen. Der Trend während des Untersuchungszeitraumes ging dahin, die Laufzeiten, die halb-, ein-, eineinhalb- und zwei Jahre betragen, zu verlängern. Wie die ausgewiesenen Werte zeigen, hat dieses Finanzierungsinstrument steigende Bedeutung erlangt. Wir können also konstatieren, daß es sich hierbei um eine ausgesprochen mittelfristige Kreditnahme handelt.

Die 4. Position „Sonstiges“ umfaßt die Zunahme der Verbindlichkeiten aus dem laufenden Geschäft. Sie ist wertmäßig unbedeutend und stellt eine ausgesprochen kurzfristige Kreditnahme dar.

Nach Charakterisierung der Kapitalaufbringungsseite wenden wir uns nun der Kapitalverwendungsseite zu. Hieraus ergibt sich die Verwendung des aufgebrachten Geldkapitals. Diese Seite der Rechnung gliedert sich in Sachanlage-, Umlaufvermögen, Rücklagen, Beteiligungen und Darlehen, sowie Schuldentilgung.

Das Sachanlagevermögen umfaßt die Brutto - Sachinvestitionen, die näher aufgeschlüsselt werden. Daraus kann der überragende Anteil der Fernmeldeanlagen am Investitionsvolumen entnommen werden. Auffallend niedrig ist vor allem der Anteil für Maschinen. Dann folgen das Umlaufvermögen

¹⁾ Der größte Teil der öffentlich-rechtlichen und privaten Versicherungseinrichtungen ist gesetzlich oder satzungsmäßig zur Bildung eines Deckungsstockes aus dem Beitrags- bzw. Prämienaufkommen verpflichtet.

²⁾ Im folgenden wird die Abkürzung U-Schätze verwendet.

und die Rücklagen. Diesen ist nur im Jahre 1951 ein größerer Betrag zugeflossen, jenes wurde nur in geringem Umfange ausgedehnt. Von größerem Gewicht sind die Finanzinvestitionen und insbesondere die Schuldentilgungsbeiträge. Während das Verhältnis der Beteiligungen und Darlehen zur Schuldentilgung im Jahre 1950 noch etwa 1 : 1 war, betrug es im Jahre 1955 etwa 1 : 10. Die aufzubringenden Beträge für die Schuldentilgung sind also von Jahr zu Jahr stärker angewachsen. Bei den Darlehen handelt es sich in erster Linie um Kredite zur Wohnungsbeschaffung für Postangehörige. Auch die Beteiligungen dienen weitgehend dem gleichen Zweck¹⁾. Überblickt man nochmals die Kapitalverwendungsseite, so zeigt sich, daß das eingesetzte Geldkapital fast ausschließlich für Sach-, Finanzinvestitionen und Schuldentilgung verwendet wurde.

Die Besprechung der Kapitalrechnung sollte uns zunächst mit dieser näher vertraut machen. Insbesondere waren die einzelnen Positionen näher zu erläutern. Die Struktur der Kapitalverwendungsseite ließ uns den fast ausschließlich langfristigen Einsatz des Geldkapitals erkennen. Problematischer war die Charakterisierung der Kapitalaufbringungsseite. Während die Eigenmittel dem Betrieb wohl unbegrenzt zur Verfügung stehen, müssen die Fremdmittel zu den vereinbarten Terminen wieder zurückgezahlt werden. Es ist daher für den weiteren Verlauf der Arbeit von Bedeutung, die Laufzeiten des eingesetzten Fremdkapitals zu kennen. Jene derartigen Erkenntnisse und Annahmen, die hier herausgearbeitet wurden, wollen wir im folgenden Abschnitt einer näheren Prüfung unterziehen.

Gleichzeitig vermittelte uns die Betrachtung der Tabelle „Brutto - Investitionen der DBP und ihre Finanzierung in den Rechnungsjahren 1950 - 1955“ ein erstes Bild über den Umfang, die Struktur und die Ausdehnung der postalischen Investitionstätigkeit. Die DBP kann demnach als einer der größten öffentlichen Auftraggeber während des Untersuchungszeitraumes bezeichnet werden.

2. Kennzeichnung der Fristigkeit des eingesetzten Fremdkapitals.

Bei Besprechung der Kapitalrechnung haben wir die aufgenommenen Fremdmittel folgendermaßen gegliedert: In Anleihen, in Darlehen aus Postscheck- und Postsparkassenmitteln, in Darlehen aus ERP - Mitteln, in Darlehen sonstiger Kreditgeber, in Abzahlungs- und sonstige Lieferantenkredite, in U - Schätze und Sonstiges. Während uns die Laufzeiten der Anleihen und U - Schätze bekannt sind, sind die der Darlehen und Kredite unbekannt. Es bereitete daher Schwierigkeiten, diese von dem „Fristigkeitsgesichtspunkt“ her zu beurteilen. Lediglich die unter „Sonstiges“ ausgewiesenen Verbindlichkeiten, die relativ unbedeutend sind, können wohl als ausgesprochen kurzfristig bezeichnet werden.

¹⁾ Siehe Tabelle VIII.

Zur Klärung der Fristigkeit von Darlehen und Krediten wäre die Kenntnis der Laufzeit jener verschiedenen Kreditarten nötig. Diese lassen sich jedoch extern nicht ermitteln. In der Auswertung der für interne Zwecke erstellten Übersichten „über die Schulden der DBP am Schluß des Rechnungsjahres“¹⁾ kann wohl ein günstiger Ersatz erblickt werden. Wir fertigten hieraus nachfolgende Tabelle, die, gegliedert in die einzelnen Kreditformen, für die Rechnungsjahre 1952 - 1955 gesondert die jährlichen Tilgungsquoten ausweist. Für die fehlenden Rechnungsjahre 1950 und 1951 konnten die erforderlichen Unterlagen nicht beigebracht werden.

Überblickt man umseitige Tabelle, so zeigt die 2. Position eine Zusammenfassung der „Darlehen sonstiger Kreditgeber“ mit den ERP-Mitteln. Da diese ausgesprochen langfristigen Charakters sind, verzerren sie den Ausweis für Darlehen dieser Art etwas. Weil das Gewicht der ERP-Kredite aber verhältnismäßig gering ist, kann dieser Punkt wohl unberücksichtigt bleiben. Der Trend der Position läuft für die Periode von 1952 bis 1955 noch stärker als bei der 1. Position auf eine Verlängerung der Laufzeiten hinaus. Demgegenüber ist der Trend der letzten Position gerade umgekehrt, was – wie wir wissen – damit zusammenhängt, daß auf diese Finanzierungsart in zunehmendem Maße verzichtet wurde²⁾.

Zur Klärung der Fristigkeit dieser verschiedenartigen Darlehensposten wollen wir – eine gleichmäßige jährliche Tilgungsrate unterstellend – den Zeitpunkt der Fälligkeit von der Hälfte der Schuld als durchschnittliche Laufzeit annehmen. Dann gelangt man zu folgenden Ergebnissen:

Die Darlehen aus dem Postscheck- und Postsparkassenvermögen waren mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 7 Jahren im Rechnungsjahr 1952 und 1953, von 6 Jahren im Rechnungsjahr 1954 und 1955 ausgestattet.

Die Laufzeiten der Darlehen sonstiger Kreditgeber einschließlich der ERP-Mittel betrugen in den Rechnungsjahren 1952 und 1953 2 Jahre, im Rechnungsjahr 1954 3 Jahre und im Rechnungsjahr 1955 5 Jahre.

Bei den Darlehen in der Form von Abzahlungskrediten war die Laufzeit im Rechnungsjahr 1952 auf 2 Jahre und in den nachfolgenden Jahren auf 1 Jahr begrenzt³⁾.

¹⁾ Diese unveröffentlichten Übersichten wurden uns vom Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen entgegenkommenderweise überlassen.

²⁾ Siehe S. 30 ff.

³⁾ Wenn es sich bei diesen Feststellungen auch nur um Annäherungswerte handeln kann, so sind sie für unsere Arbeit doch wesentlich.

Die jährlichen Tilgungsverpflichtungen der aufgenommenen
Darlehen zum Ende der Rechnungsjahre 1952 - 55.

Kreditart	Betrag in DM 1)	An Tilgung entfallen auf die folgend. Rechnungsjahre in v. H. der Gesamt- schuld der ausgewiesenen Kreditart					
		1. Jhr.	2. Jhr	3. Jhr.	4 Jhr.	5. bis 9. Jhr.	u spä- ter
1. Darlehen aus Postscheck- u. Postsparkassenmitteln							
Rechnungsjahr:							
1952	426	—	1	3	12	71	13
1953	482	1	2	9	10	58	20
1954	513	3	8	10	13	51	15
1955	620	7	8	11	11	39	24
2. Darlehen sonstiger Kredit- geber und ERP-Mittel							
Rechnungsjahr:							
1952	221	28	27	25	8	11	1
1953	419	18	33	18	13	17	1
1954	682	20	16	14	10	32	8
1955	918	14	10	8	13	40	15
3. Darlehen in Form von Abzahlungskrediten							
Rechnungsjahr:							
1952	24	20	65	15	—	—	—
1953	41	50	35	15	—	—	—
1954	20	70	30	—	—	—	—
1955	5	100	—	—	—	—	—

Zusammengestellt: Aus Unterlagen des
Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen.

Wir können also konstatieren, daß vom eingesetzten Fremdkapital die Anleihen, sowie Darlehen aus dem Postbankgeschäft langfristig,

die Darlehen sonstiger Kreditgeber einschließlich der ERP-Mittel, die Darlehen in der Form von Abzahlungskrediten, wie auch die U-Schätze als mittelfristig,

und nur die sonstigen ausgewiesenen Verbindlichkeiten als kurzfristig anzusprechen sind 2).

1) In Mio. DM, auf- bzw. abgerundet.

2) Wir bedienen uns hier der gebräuchlichen Einteilung: in Kredite mit einer Laufzeit von unter 3 Monaten als kurzfristig, mit einer Laufzeit bis zu 4 Jahren als mittelfristig und von über 4 Jahren als langfristig. Nur für das Rechnungsjahr 1955 weichen wir bei den Darlehen sonstiger Kreditgeber hiervon ab, um die Einheitlichkeit zu verbürgen.

3. Die Finanzierung in den Rechnungsjahren 1950 - 1955.

a) Finanzierung des Rechnungsjahres 1950¹⁾.

Kapitalverwendung	Mio. DM	Kapitalaufbringung	Mio. DM
1. Hochbau	68.1	1. Schuldscheindarlehen	
2. Fernmeldeanlagen	233.7	fremder Kreditgeber und	
3. Fahrzeuge	55.3	aus ERP-Mitteln	60.4
4. Andere Anlagegüter	9.9	Abzahlungskredite b. Ankauf	
Sachinvestitionen	<u>367.0</u>	von Kraftfahrzeugen	14.8
5. Beteiligungen und Darlehen	45.3	2. Sonstiges	3.3
6. Schuldentilgung	42.7	I. Fremdmittel	<u>78.5</u>
7. Erhöhung des Kassen-		3. Finanzwirtschaftlicher	
bestandes	21.2	Überschuß	376.9
		4. Verkauf von Sachwerten	1.1
		5. Restliche Erstausrüstung	2.8
		6. Verminderung der	
		Anzahlungen	8.4
		7. Verminderung der Vorräte	8.5
		II. Eigenmittel	<u>397.7</u>
Insgesamt	476.2	Insgesamt	476.2

Die Kapitalverwendungsseite zeigt, daß im Rechnungsjahr 1950 für Sachinvestitionen 367 Mio. DM aufgewandt wurden. Hiervon entfielen allein auf die Fernmeldeanlagen 63 %. Berücksichtigt man aber, daß auch ein Teil der anderen Anlagen diesem Dienstzweig dient und die Ersatzinvestitionen etwa 38 % des Volumens umfassen, so ergibt sich daraus, daß die Neuinvestitionen wohl zum größten Teil für das Fernmeldewesen verwendet wurden. Dann folgen etwa je in gleicher Höhe Schuldentilgungsleistungen und Aktivkredite, und zwar hauptsächlich zur Beschaffung von Wohnungen für das Postpersonal. Aus der Hereinnahme von Finanzierungsmitteln, die ihrem Verwendungszweck zu diesem Zeitpunkt noch nicht zugeführt waren, resultiert die Erhöhung des Kassenbestandes.

Dem standen an Eigenmitteln 397.7 Mio. DM gegenüber; das sind ca. 84 % des gesamten eingesetzten Kapitals und 88 % der durchgeführten Investitionen einschließlich Schuldentilgungsleistungen. An Fremdmitteln wurden hierfür nur 57.3 Mio. DM ausschließlich mittelfristige Kredite eingesetzt. Wir sind dabei also davon ausgegangen, daß die kurzfristigsten Fremdmittel das Äquivalent der Erhöhung des Kassenbestandes darstellen.

¹⁾ Quellen: Tabelle II und die Kapitalrechnung des Geschäftsberichtes der DBP über das Rechnungsjahr 1950.

Die verfügbaren Eigenmittel in dieser Periode setzten sich aus dem bereits erläuterten finanzwirtschaftlichen Überschuß und dem Verkauf von Sachwerten zusammen. Die hinzukommende restliche Erstausrüstung rührt aus einer nachträglichen Erhöhung her, die der DBP auf Grund der Währungsreform vom 21. Juni 1948 zustand. Schließlich gehören dazu noch die Verminderungen der Anzahlungen und Vorräte, die ja kassenmäßig eine Erhöhung der Eigenmittel zur Folge haben.

So ergibt sich aus der obigen Darlegung folgendes Bild: Die Brutto-Investitionen¹⁾ in Höhe von 412.3 Mio. DM setzten sich zu etwa 89 % aus Sach- und zu 11 % aus Finanzinvestitionen zusammen. Von den Sachinvestitionen entfielen ca. ein Drittel auf Ersatz- und zwei Drittel auf Neuinvestitionen. Das gesamte Investitionsvolumen wurde weitgehend durch Eigenmittel finanziert. Lediglich zu etwa 14 % (57.2 Mio. DM) wurden mittelfristige Fremdmittel verwendet. Hierbei sind wir von der Annahme ausgegangen, daß die Schuldentilgung primär durch Eigenmittel erfolgt²⁾. Unterstellt man, daß es sich bei den fremden Mitteln um Zwischenfinanzierungskredite handelte, so wäre eine weitgehende Synchronisierung unter dem Gesichtspunkt der Fristigkeit von Investitionen und Finanzierungsmitteln gegeben. Daß die Sach- wie auch die Finanzinvestitionen langfristiger Natur sind, bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen.

b) Finanzierung des Rechnungsjahres 1951³⁾.

Kapitalverwendung	Mio. DM	Kapitalaufbringung	Mio. DM
1. Hochbau	84.3	1. Schuldscheindarlehen aus	
2. Fernmeldeanlagen	313.0	Postscheckmitteln	212.0
3. Fahrzeuge	47.3	fremder Kreditgeber . . .	114.6
4. Andere Anlagegüter . . .	7.1	Abzahlungskredite b. Ankauf	
Sachinvestitionen	<u>451.7</u>	von Kraftfahrzeugen . . .	15.1
5. Beteiligungen und		2. Unverzinsliche Schatz-	
Darlehen	31.1	anweisungen	62.6
6. Schuldentilgung	63.4	3. Sonstiges	4.4
7. Erhöhung der Rücklagen .	89.3	I. Fremdmittel	<u>408.7</u>
8. Erhöhung der Forderungen	0.1	4. Finanzwirtschaftlicher	
9. Erhöhung des Kassen-		Überschuß	219.1
bestandes	15.2	5. Verkauf v. Sachwerten . .	3.2
10. Erhöhung der Vorräte . .	4.9	6. Verminderung der	
		Anzahlungen	3.5
		7. Verminderung der Rücklagen	21.2
		II. Eigenmittel	<u>247.0</u>
Insgesamt	<u>-655.7</u>	Insgesamt	<u>655.7</u>

¹⁾ In diesem Abschnitt werden die Sachinvestitionen, die Beteiligungen und Darlehen als „Brutto-Investitionen“ bezeichnet.

²⁾ Diese Annahme: „Primäre Verwendung der Eigenmittel zum Zwecke der Schuldentilgung“ gilt für den ganzen 3. Abschnitt (Die Finanzierung in den Rechnungsjahren 1950-1955), S. 36 ff.

³⁾ Quellen: Tabelle II und die Kapitalrechnung des Geschäftsberichtes der DBP über das Rechnungsjahr 1951.

Beginnen wir wieder mit der linken Seite der Übersicht! Die Sachinvestitionen haben sich in diesem Rechnungsjahr um fast ein Viertel erhöht, und zwar konzentrierte sich die Erhöhung auf die Fernmeldeanlagen. Zu etwa 25 % resultierte die Zunahme des Investitionsvolumens aus dem gestiegenen Ersatzbedarf. Die Beteiligungen und Darlehen haben sich vermindert, während die Schuldentilgungswerte etwa um die Hälfte höher waren. Neben dem Kassenbestand nahmen auch die Forderungen leicht zu. Bei der Rücklagenbildung handelt es sich mit rd. 35 Mio. DM um den Fluß zweckgebundener Einnahmen, die der Verzinsung und Tilgung von Sonderkrediten (für den Bau bestimmter Fernmeldeeinrichtungen) dienten. Den Rest bildet eine Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage, der insbesondere aus der Konsolidierung eines der Bundeskasse gewährten Kredits entstammt. Schließlich fand auch eine leichte Erhöhung der Vorräte statt.

Die Finanzierung erfolgte zu etwas mehr als einem Drittel aus Eigenmitteln und zu fast zwei Dritteln aus Fremdmitteln. Diese bestanden zu 52 % aus langfristigen, zu 47 % aus mittelfristigen Krediten und 1 % kurzfristigen Verbindlichkeiten. Stellen wir wieder die kurzfristigsten Verbindlichkeiten den Posten 7 - 10 gegenüber, da es sich bei den Forderungen, den Kassenmitteln und den Vorräten um Teile des Umlaufvermögens handelt, die sich in relativ kurzer Zeit wieder realisieren. Auch die Einbeziehung der Rücklagenbildung erscheint uns als gerechtfertigt, da diese ja nur von rechnerischer Bedeutung ist.

Somit wurden die Brutto - Investitionen durch Eigenmittel in Höhe von 183.6 Mio. DM und Fremdmittel in Höhe von 299.2 Mio. DM finanziert. Sie bestanden zu 212 Mio. DM aus langfristigen Krediten mit einer Laufzeit von 7 Jahren und zu 87.2 Mio. DM aus mittelfristigen Krediten mit einer Laufzeit von 2 Jahren¹⁾. Der finanzwirtschaftliche Überschuß stellte wieder den Hauptposten des verfügbaren Eigenmittelaufkommens dar. Die Verminderung der Rücklagen hat schließlich die gleiche kassenmäßige Auswirkung wie die der Anzahlungen. Auch aus dem Verkauf von Sachwerten kam ein kleiner Beitrag hinzu.

Die Brutto - Investitionen nahmen so gegenüber dem Vorjahr um ca. 17 % zu. Dabei blieben auch die Proportionen von Ersatz- und Neuinvestitionen etwa gleich. Dagegen hat sich die Struktur der Finanzierungsmittel ganz erheblich verschoben. Dem gestiegenen Brutto - Investitionsvolumen stand ein nicht nur relativ, sondern auch absolut stark vermindertes Eigenmittelaufkommen gegenüber. Die entscheidende Diskrepanz zeigt sich in der Position „finanzwirtschaftlicher Überschuß“. Dieser verringerte sich um 157.8 Mio. DM (42 %). So wurden die Brutto - Investitionen in Höhe von 482.8 Mio. DM zu 38 %

¹⁾ Siehe S. 35.

aus Eigenmitteln, zu 44 % aus langfristigen- und zu 18 % aus mittelfristigen Fremdmitteln finanziert. Es ist also der Anteil der Kredite an der Investitionsfinanzierung von 14 % im Vorjahr auf 62 % gestiegen.

c) Finanzierung des Rechnungsjahres 1952¹⁾.

Kapitalverwendung	Mio. DM	Kapitalaufbringung	Mio. DM
1. Hochbau	80.2	1. Schulscheindarlehen aus	
2. Fernmeldeanlagen	304.6	Postscheckmitteln	50.9
3. Fahrzeuge	52.1	fremder Kreditgeber und	
4. Andere Anlagegüter	10.2	aus ERP-Mitteln	167.9
Sachinvestitionen	<u>447.1</u>	Abzahlungskredite b.	
5. Beteiligungen und		Ankauf v. Kraftfahrzeugen	30.3
Darlehen	13.1	2. Unverzinsliche	
6. Schuldentilgung	118.5	Schatzanweisungen	87.4
7. Erhöhung der Rücklagen . .	2.1	3. Sonstiges	0.2
		I. Fremdmittel	<u>336.7</u>
		4. Finanzwirtschaftlicher	
		Überschuß	113.0
		5. Verkauf von Sachwerten . .	3.0
		6. Verminderung der	
		Anzahlungen	1.2
		7. Verminderung der	
		Forderungen	5.0
		8. Verminderung der Vorräte	23.3
		9. Verminderung der	
		Rücklagen	98.6
		II. Eigenmittel	<u>244.1</u>
Insgesamt	580.8	Insgesamt	580.8

Die Sachinvestitionen haben sich in diesem Jahr trotz einer Zunahme des Ersatzbedarfes um ca. 13 % leicht vermindert. Dagegen stieg die Schuldentilgung weiterhin stark an, während die Investitionsrate der Beteiligungen und Darlehen weiter abnahm. Der folgende, der Rücklage zugeflossene Betrag, betrifft entsprechende Zinseinnahmen. Insgesamt sank der Kapitaleinsatz dieses Jahres um 11 %.

An der Kapitalaufbringung waren die Eigenmittel, die zusammen ungefähr in gleicher Höhe wie im Vorjahr zur Verfügung standen, mit etwa 42 % beteiligt. Die eingesetzten Fremdmittel, die sich also leicht verringert hatten, waren zu 15 % langfristiger und zu 85 % mittelfristiger Natur. Wie bisher, so

¹⁾ Quellen: Tabelle II und die Kapitalrechnung des Geschäftsberichtes der DBP über das Rechnungsjahr 1952.

werden wir auch für die folgenden Jahre die kurzfristigsten Kredite den weiteren Positionen der Kapitalverwendungsseite gegenüberstellen. Ein vergleichender Blick auf die Zusammensetzung der Eigenmittel in diesem und in den vorhergehenden Rechnungsjahren läßt die auffallend starke jährliche Schrumpfung des finanzwirtschaftlichen Überschusses erkennen. Die Aufrechterhaltung des Eigenmittelaufkommens im Umfange des Vorjahres erforderte die Auflösung flüssig angelegter Rücklagen in einer Höhe von fast 100 Mio. DM! Während die eine Hälfte aus Resten des Jahres 1951 resultierte, entstammte die andere Hälfte der gesetzlichen Rücklage. Wir können das wohl als Anzeichen für eine Anspannung der Finanzlage werten. Auch die relativ große Verminderung der Vorräte deutet darauf hin.

Im Rechnungsjahr 1952 kam es also zu einer leichten Verminderung der Brutto-Investitionen. Der um fast 18 % gestiegene Ersatzinvestitionsbedarf bedingte eine entsprechende Verringerung der Neuinvestitionen. Zur Finanzierung der Brutto-Investitionen (460.2 Mio. DM) wurden neben den eigenen (125.6 Mio. DM), in Höhe von 334.6 Mio. DM fremde Mittel eingesetzt. Diese bestanden zu rd. 15 % aus langfristigen Krediten mit einer Laufzeit von 7 Jahren, zu 50 % aus mittelfristigen Krediten mit einer Laufzeit von 2 Jahren und zu 35 % mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr¹⁾.

Wir können so konstatieren, daß sich der Anteil der Eigenmittel an der Finanzierung der Brutto-Investitionen in diesem Jahr wieder zugunsten der Fremdmittel verminderte. Gleichermäßen hat sich die Zusammensetzung der aufgenommenen Kredite stark gewandelt. An der Finanzierung waren die langfristigen fremden Mittel nur noch mit etwa 11 % (im Vorjahr 44 %), die mittelfristigen aber mit 61 % (im Vorjahr 18 %) beteiligt. Bei diesen hat sich die durchschnittliche Laufzeit auch noch um etwa ein Drittel verringert. Damit zeichnet sich ein entscheidendes Kriterium für die Finanzierung im Rechnungsjahr 1952 ab, nämlich die stark zunehmende Verwendung mittelfristiger Kredite. Jene im Vorjahr noch geringfügig ansteigende Kurve mittelfristiger Kreditverwendung zum Zwecke der Investitionsfinanzierung verläuft in diesem Jahr steil nach oben.

Wie obige Ausführungen erkennen lassen, war das absolute Eigenmittelaufkommen dieser Periode tatsächlich erheblich niedriger. Erst durch den Einsatz von Rücklagen konnte die Differenz kompensiert werden. Ein Vergleich des finanzwirtschaftlichen Überschusses der Rechnungsjahre 1950, 1951 und 1952 zeigt so eine zweite Entwicklungslinie auf, und zwar den auffallend starken jährlichen Rückgang der erwirtschafteten Eigenmittel aus dem „Postgeschäft“. So hatte der finanzwirtschaftliche Überschuß in diesem Rechnungsjahr nicht

¹⁾ Siehe S. 35 (Die Laufzeiten der U-Schätze betrugen zu jenem Zeitpunkt $\frac{1}{2}$ und 1 Jahr).

einmal zur Schuldentilgung ausgereicht. Von einer Synchronisierung der Kapitalaufbringungs- und Kapitalverwendungsseite kann daher in diesem Jahr wohl nicht mehr gesprochen werden, denn wir charakterisierten die Investitionen der DBP als langfristig.

d) Finanzierung des Rechnungsjahres 1953¹⁾.

Kapitalverwendung	Mio. DM	Kapitalaufbringung	Mio. DM
1. Hochbau	72.9	1. Schuldscheindarlehen aus	
2. Fernmeldeanlagen	361.8	Postscheck- u. Postspargassenmitteln	55.5
3. Fahrzeuge	81.0	fremder Kreditgeber und	
4. Andere Anlagegüter	7.3	aus ERP-Mitteln	302.7
Sachinvestitionen	<u>523.0</u>	Abzahlungskredit von	
5. Beteiligungen und Darlehen	19.3	Lieferanten	87.0
6. Schuldentilgung	129.1	2. Unverzinsliche	
7. Erhöhung der		Schatzanweisungen	201.3
Anzahlungen	14.9	I. Fremdmittel	<u>646.5</u>
8. Erhöhung der Forderungen	32.3	3. Finanzwirtschaftlicher	
		Überschuß	44.5
		4. Verkauf von Sachwerten	1.5
		5. Verminderung der Vorräte	26.1
		II. Eigenmittel	<u>72.1</u>
Insgesamt	718.6	Insgesamt	718.6

Im Rechnungsjahr 1953 kam es wieder zu einer Ausdehnung des Investitionsvolumens. Die Sachinvestitionen stiegen um etwa 17 %. Fast die Hälfte war zur Deckung des Ersatzbedarfes erforderlich. Die Erhöhung der Anzahlungen und Forderungen ist wohl weitgehend auf den steigenden Umfang des postalischen Dienstleistungsvolumens zurückzuführen.

Der Kapitaleinsatz hat sich in diesem Jahr um etwa ein Viertel ausgeweitet, obwohl sich das Eigenmittelaufkommen absolut um ca. 70 % verringert hat. Es sind also die aufgenommenen Fremdmittel ganz bedeutend auf über 90 % angeschwollen. Sie bestanden zu 8.5 % aus langfristigen- und zu 91.5 % aus mittelfristigen Krediten. Die Anspannung der Finanzlage, auf die auch die Verringerung der Vorräte hindeutet, resultiert aus der Verringerung des finanzwirtschaftlichen Überschusses, der nur noch 44.5 Mio. DM betrug. Dieser niedrige erwirtschaftete Überschuß steht in krassem Widerspruch zur Entwicklung der betrieblichen Tätigkeit²⁾.

¹⁾ Quellen: Tabelle II und die Kapitalrechnung des Geschäftsberichtes der DBP über das Rechnungsjahr 1953.

²⁾ Siehe Tabelle I.

Die Finanzierung der Brutto - Investitionen einschließlich der Schuldentilgung in Höhe von 671.4 Mio. DM erfolgte durch Eigenmittel in Höhe von 72.1 Mio. DM, durch langfristige Fremdmittel in Höhe von 55.5 Mio. DM mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 7 Jahren und durch mittelfristige Fremdmittel in Höhe von 302.7 Mio. DM mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 2 Jahren sowie in Höhe von 241.1 Mio. DM mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 1 ½ Jahren¹⁾. Es reichten also die eigenen und langfristigen fremden Mittel nicht einmal mehr zur Schuldentilgung aus. Demnach wurden die Neu- und Re - Investitionen ausschließlich durch mittelfristige Kredite finanziert. Bleiben wir bei der Annahme, daß sich die Investitionen der DBP nur langfristig kapitalisieren, so wird die hierin liegende Problematik deutlich. Da die Laufzeiten jener Kredite relativ kurz sind, muß in den folgenden Jahren mit einer weiterhin ansteigenden Schuldentilgungsrate gerechnet werden.

Zur Brutto - Investitionsfinanzierung des Rechnungsjahres 1953 ist daher zu sagen, daß diese nur durch mittelfristige Fremdmittel erfolgte. Der sich hier fortsetzende Trend einer zunehmenden Verwendung mittelfristiger Kredite zur Finanzierung von Investitionen hat in diesem Rechnungsjahr ein geradezu riesiges Ausmaß angenommen. Die absoluten Beträge haben sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt und gegenüber dem Rechnungsjahr 1951 mehr als versechsfacht. Jene Entwicklung kann weitgehend als eine Folge des mangelnden langfristigen Fremdmittelaufkommens und des sich von Jahr zu Jahr verschlechternden Betriebsergebnisses angesehen werden. Dieses weist ein ausgesprochenes Mißverhältnis zwischen der Leistungs- und Ertragsentwicklung auf. Das langfristige Fremdmittelaufkommen wird durch die außerordentliche Knappheit der langfristigen Kreditangebote in jener Zeit und durch den noch nicht recht funktionierenden Kapitalmarkt verständlich. Die beiden bei Besprechung des Vorjahres aufgezeigten Entwicklungslinien sind also auch für das Rechnungsjahr 1953 kennzeichnend geblieben. So haben sich also die beiden Scherenteile „Kapitalisierungsdauer der Investitionen“ einerseits und „Laufzeit der Finanzierungsmittel“ andererseits weiter geöffnet.

¹⁾ Siehe S. 35 (Wir unterstellen bei der Begebung von U-Schätzen in diesem Rechnungsjahr eine Ausstattung von durchschnittlich eineinhalb Jahren Laufzeit).

e) Finanzierung des Rechnungsjahres 1954¹⁾.

Kapitalverwendung	Mio. DM	Kapitalaufbringung	Mio. DM
1. Hochbau	59.0	1. Schuldscheindarlehen aus	
2. Fernmeldeanlagen	427.9	Postscheckmitteln	35.5
3. Fahrzeuge	33.1	fremder Kreditgeber	
4. Andere Anlagegüter	8.1	u. aus ERP-Mitteln	361.2
Sachinvestitionen	<u>528.1</u>	Abzahlungskredit von	
5. Beteiligungen und Darlehen	29.2	Lieferanten	0.2
6. Schuldentilgung	185.1	2. Unverzinsliche	
7. Erhöhung der Forderungen	2.9	Schatzanweisungen	106.3
8. Erhöhung d. Kassenbestandes	0.1	I. Fremdmittel	<u>503.2</u>
9. Erhöhung d. Vorräte	7.7	3. Finanzwirtschaftlicher	
		Überschuß	241.2
		4. Verkauf von Sachwerten . .	1.6
		5. Verminderung der	
		Anzahlungen	7.1
		II. Eigenmittel	<u>249.9</u>
Insgesamt	753.1	Insgesamt	753.1

Auch das Rechnungsjahr 1954 brachte wieder eine erhebliche Ausdehnung des Investitionsvolumens mit sich. Die ausgewiesenen Sachinvestitionen blieben zwar wertmäßig etwa konstant und nur die Schuldentilgung stieg etwa um die Hälfte; aber dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich um ein Rumpfgeschäftsjahr von nur 9 Monaten handelt²⁾. Von den sächlichen Investitionen entfielen rd. 80 % auf die Fernmeldeanlagen. So kann angenommen werden, daß sich die Neuinvestitionen im wesentlichen auf diesen Dienstzweig konzentrierten. Der Ersatzbedarf umfaßte etwa ein Drittel der Neuanlagen. Die Ausdehnung des Gesamtvolumens war also durch die Schuldentilgung bedingt. Während hierfür in den 12 Monaten des Vorjahres 129.1 Mio. DM nötig waren, mußten in diesen 9 Monaten 185.1 Mio. DM aufgebracht werden. Demnach hat sich jener Bedarf etwa verdoppelt. Auch die weiteren Posten des Umlaufvermögens haben sich geringfügig erhöht.

Das Eigenmittelaufkommen war in diesem Jahr wieder erheblich größer, was eine Verminderung der eingesetzten Fremdmittel um etwa 20 % zur Folge hatte. Der finanzwirtschaftliche Überschuß hat sich gegenüber dem Vorjahr verfünffacht. Er erreichte jedoch das Ergebnis von 1950 noch nicht, obwohl das Dienstleistungsvolumen wesentlich höher war als im Ausgangsjahr.

¹⁾ Quellen: Tabelle II und die Kapitalrechnung des Geschäftsberichtes der DBP über das Rechnungsjahr 1954.

²⁾ Das Rumpfgeschäftsjahr resultiert aus der Umstellung des im PVwG geforderten Geschäftsjahres vom Fiskaljahr auf das Kalenderjahr.

Die aufgenommenen fremden Mittel setzten sich zu ca. 7 % aus langfristigen- und zu 93 % aus mittelfristigen Krediten zusammen. Damit verringerte sich wieder der Anteil der langfristigen fremden Mittel. Überblickt man die Entwicklung des Kreditaufkommens, dann ergibt sich die völlige Bedeutungslosigkeit der ausgesprochen kurzfristigen Finanzierungsmittel.

So wurden die Brutto - Investitionen (557.3 Mio. DM) zu etwa 11 % aus dem Eigenmittel- und zu etwa 89% aus dem Fremdmittelaufkommen finanziert. Die langfristigen Kredite in Höhe von 35.5 Mio. DM hatten eine durchschnittliche Laufzeit von 6 Jahren, die mittelfristigen Kredite waren in Höhe von 361.2 Mio. DM mit einer Laufzeit von etwa 3 Jahren und in Höhe von 95.8 Mio. DM mit einer Laufzeit von etwa 1 1/2 Jahren ausgestattet¹⁾. Es konnten also neben der Schuldentilgung noch etwa 40 % der Re - Investitionen durch eigene Mittel finanziert werden. Etwa der gleiche Prozentsatz wurde durch mittelfristige Kredite finanziert, da das langfristige Kreditaufkommen sehr niedrig war. Nachdem für das gesamte Investitionsvolumen zu über 60 % mittelfristige Kredite eingesetzt wurden, muß weiterhin mit einer Zunahme der Schuldentilgungsrate gerechnet werden.

Auch in diesem Rechnungsjahr wurde der größte Teil der Brutto - Investitionen (82 %) durch mittelfristige Kredite finanziert. Etwa 6 % resultierten aus dem langfristigen Fremdmittelaufkommen, und die restlichen 12 % wurden von der DBP selbst aufgebracht. Der Anteil der mittelfristigen Kredite hat sich jedoch an der Investitionsfinanzierung absolut und relativ verringert. Ob es nun zu einer Umkehrung jener bisherigen Entwicklung kommt, hängt davon ab, inwieweit sich die Ertragslage weiterhin verbessert und ob es gelingt, in höherem Maße langfristige Kredite aufzunehmen. Obwohl das Finanzierungsverhältnis im Rechnungsjahr 1954 wieder günstiger war, blieb die mittelfristige Finanzierungsrate mit 80 % der Brutto - Investitionen außerordentlich hoch.

¹⁾ Siehe S. 35 (Wir unterstellen bei der Begebung von U-Schätzen in diesem Rechnungsjahr eine Ausstattung von durchschnittlich eineinhalb Jahren).

f) Finanzierung des Rechnungsjahres 1955¹⁾.

Kapitalverwendung	Mio. DM	Kapitalaufbringung	Mio. DM
1. Hochbau	83.2	1. Konsolidierungsanleihe .	124.4
2. Fernmeldeanlagen . . .	622.7	2. Schuldscheindarlehen aus	
3. Fahrzeuge	76.6	Postbankmitteln	57.6
4. Andere Anlagegüter . .	18.0	fremder Kreditgeber . .	405.3
I. Sachinvestitionen	<u>800.5</u>	3. Unverzinsliche	
5. Beteiligungen und		Schatzanweisungen . . .	299.6
Darlehen	43.0	I. Fremdmittel	<u>886.9</u>
6. Schuldentilgung	410.6	4. Finanzwirtschaftlicher	
7. Disagio bei der		Überschuß	357.1
Schuldaufnahme	11.9	5. Verkauf von Sachwerten .	3.5
		6. Verminderung d. Anzahlung.	7.3
		7. Verminderung d. Vorräte	11.1
		8. Verminderung d. Rücklag.	0.1
		II. Eigenmittel	<u>379.1</u>
Insgesamt	1 266.0	Insgesamt	1 266.0

Der starke Anstieg der Investitionstätigkeit gegenüber dem Vorjahr beruht teilweise einerseits auf dem nun wieder 12 Monate umfassenden Geschäftsjahr, andererseits auf der rechnerischen Einverleibung der LPD Berlin²⁾. Während sich die Sachinvestitionen um mehr als 50 % erhöhten, nahm die Schuldentilgung um über 120 % zu, und zwar von 185.1 Mio. DM auf 410.6 Mio. DM. Hier zeichnet sich deutlich eine kumulierende Auswirkung der mittelfristigen Investitionsfinanzierungsrate ab, die auch in der Verschiebung des Verhältnisses von Brutto - Investitionen und Schuldentilgung zu erkennen ist. Über 35 % der durchgeführten Sachinvestitionen waren durch den Ersatzbedarf bedingt, der sich auf Grund der Ausdehnung der Betriebsanlagen zwangsläufig erweitern mußte.

Das Eigenmittelaufkommen erhöhte sich im Vergleich zu dem des Rumpfgeschäftsjahres um 50%, die eingesetzten Fremdmittel sogar um 75%. In diesem Jahr gelang es erstmalig eine Konsolidierungsanleihe unterzubringen. So setzten sich die Kredite zu fast 23 % aus langfristigen- und zu 77 % aus mittelfristigen Krediten zusammen, deren durchschnittliche Laufzeit sich ebenfalls etwas erhöht hatte.

Die umfangreichen Brutto - Investitionen in Höhe von 843.5 Mio. DM wurden völlig durch fremde Mittel finanziert. Der aufgebrachte Betrag an Eigenmitteln (379.1 Mio. DM) liegt immer noch unter dem des Rechnungsjahres 1950

¹⁾ Quellen: Tabelle II und die Kapitalrechnung für das Rechnungsjahr 1955, in ZPF Nr. 15 / 1956, S. 571.

²⁾ Bis einschließlich zum Geschäftsjahr 1954 legte die LPD Berlin gesondert Rechnung.

und reichte nicht zur Schuldentilgung aus. Durch die Unterbringung der Anleihe konnten der Rest und etwa die Hälfte der Re-Investitionen mittels langfristigem Kredit finanziert werden. Die eingesetzten Fremdmittel bestanden in Höhe von 92.9 Mio. DM und 57.6 Mio. DM aus langfristig verfügbaren Krediten mit durchschnittlichen Laufzeiten von 12.5 und 6 Jahren, in Höhe von 405.3 Mio. DM und 287.7 Mio. DM aus mittelfristigen Krediten mit Laufzeiten von 5 und 1 ½ Jahren¹⁾. So setzte sich die Brutto-Investitionsfinanzierung zu 18 % aus langfristigen Fremdmitteln und zu 82 % aus mittelfristigen Fremdmitteln zusammen.

Da das Investitionsvolumen, also einschließlich Schuldentilgung, zu mehr als der Hälfte mittelfristig finanziert wurde, wird die Schuldentilgungsrate auch weiterhin steigen. Obwohl sich der Anteil der mittelfristigen Finanzierungsmittel gegenüber dem Vorjahr relativ leicht verminderte, so ist es wohl noch nicht gerechtfertigt, von einer Umkehrung der bisherigen Entwicklung zu sprechen, zumal sich das absolute Volumen weiterhin erhöhte. Inwieweit es in den kommenden Jahren möglich sein wird, an den Kapitalmarkt heranzutreten, läßt sich kaum sagen. Wie wir gesehen haben, hat sich auch die Verbesserung der Ertragslage des Vorjahres nicht mehr fortgesetzt. Die Frage der Synchronisierung von Kapitalisierungsdauer der Investitionen einerseits und den Laufzeiten der Finanzierungsmittel andererseits erhält somit ein bedeutendes Gewicht.

4. Zusammenfassende Auswertung.

Die Durchleuchtung der einzelnen Rechnungsjahre bot uns ein umfassendes Bild von dem jährlichen Geldkapitalaufkommen, seiner strukturellen Zusammensetzung einerseits und von dessen vielfältiger Verwendung andererseits. Als Charakteristikum ist der fast ausschließliche Einsatz jener aufgebrauchten Mittel zu Investitionszwecken festzuhalten. Im folgenden wollen wir uns grundsätzlich, gemäß der Themenstellung, auf die Brutto-Investitionen²⁾ und deren Finanzierung beschränken. Die anderen Posten der Kapitalrechnung werden also nicht berücksichtigt. Dabei gehen wir wieder so vor, daß der Schuldentilgung primär die Eigenmittel, den „sonstigen Positionen“ der Kapitalverwendungsseite die kurzfristigsten Verbindlichkeiten gegenübergestellt werden.

Aus der nachfolgenden zusammengefaßten Übersicht ersieht man nicht nur das bedeutende Ausmaß der postalischen Investitionstätigkeit, sondern auch den stark ansteigenden Trend während des Untersuchungszeitraumes. Besonders steil war der Anstieg im letzten Rechnungsjahr. Dabei bleibt jedoch zu berücksichtigen, daß die LPD Berlin hinzukam und das Vorjahr nur 9 Monate umfaßte.

¹⁾ Siehe S. 33 ff.

²⁾ Siehe S. 37.

Brutto - Investitionen und ihre Finanzierung in den
Rechnungsjahren 1950 - 1955 ¹⁾.

Rechnungs- jahr	Brutto- Investition.	Eigenmittel		Fremdmittel			
		insgesamt		insgesamt		davon	
						lang- fristig	mittel fristig
	Mio. DM	Mio. DM	v. H. ²⁾	Mio. DM	v. H. ²⁾	v. H. ²⁾	v. H. ²⁾
1950	412.3	355.0	86.0	57.3	14.0	—	14.0
1951	482.8	183.6	38.0	299.2	62.0	44.0	18.0
1952	460.2	125.6	27.3	334.6	72.7	11.0	61.7
1953	542.3	—	—	542.3	100.0	—	100.0
1954	557.3	64.8	11.6	492.5	88.4	6.4	82.0
(1954 ³⁾)	743.0	86.4	11.6	656.7	88.4	6.4	82.0
1955	843.5	—	—	843.5	100.0	17.8	82.2
1950-1955	3298.4	729.0	22.1	2569.4	77.9	13.6	64.3

Wenden wir uns gleich der Finanzierungsseite zu! Diese zeigt zunächst, daß das verfügbare Eigenmittelaufkommen immer mehr sank, während sich das Brutto - Investitionsvolumen immer stärker ausweitete. So mußten zwangsläufig von Jahr zu Jahr in größerem Umfange fremde Mittel eingesetzt werden. Das gilt auch für das Rechnungsjahr 1954, wenn man berücksichtigt, daß es nur 9 Monate umfaßte. Während der Anteil der eigenen Mittel an der Brutto - Investitionsfinanzierung im Jahre 1950 etwa 86 % betrug, mußten hierfür in den Jahren 1953 und 1955 ausschließlich Kredite verwendet werden. Mit 77.9 % für den Untersuchungszeitraum erreichte die Kreditfinanzierung eine bisher bei der Post nicht gekannte Höhe.

Insoweit könnte ein derart hoher Anteil am Investitionsvolumen unter volkswirtschaftlichen Aspekten als unbedenklich angesehen werden, als hiermit ja keinerlei Einflüsse auf die Leitung und die Zielsetzung der DBP verbunden sind. Aber wie wirkt sich eine derartige Investitionsfinanzierung auf die Ertragslage und die Zahlungsfähigkeit aus? Schließlich fragt es sich, ob diese Institution auch die eingegangenen Rückzahlungsverpflichtungen einhalten kann. Das hängt, soweit keine zusätzlichen Eigenmittel aufgebracht werden, weitgehend von dem Grad der Synchronisierung zwischen Kapitalisierungsdauer der Investitionen und Laufzeiten der Kredite ab.

Unterstellen wir für die Brutto-Investitionen eine langfristige Kapitalisierungsdauer, so deutet schon die Verwendung mittelfristiger Kredite auf eine mangelnde Gleichschaltung hin. Ihr Anteil am jährlich durchgeführten Investitionsvolumen stieg von 14 % im Rechnungsjahr 1950 auf 100 % im Rech-

¹⁾ Zusammengestellt aus den Übersichten des 3. Abschnitts: Die Finanzierung in den Rechnungsjahren 1950 - 55, S. 36. ff.

²⁾ In v. H. der Brutto-Investitionen.

³⁾ Zur besseren Vergleichbarkeit wurden hier nachrichtlich die Zahlen für 12 Monate ausgewiesen (Ermittlung durch Erhöhung der einzelnen Werte um ein Drittel).

nungsjahr 1953. Dann verringerte sich die mittelfristige Finanzierungsrate in den folgenden beiden Jahren auf 82 %. Trotzdem blieb deren Quote also außerordentlich hoch. Für den Untersuchungszeitraum ist festzustellen, daß 64.3 % der gesamten Brutto - Investitionen durch mittelfristige Kredite finanziert wurden. Während die Ursache neben dem Mangel an langfristigen Krediten vor allem in der sich verschlechternden Ertragslage zu suchen ist, sind die jährlich stark ansteigenden Schuldentilgungswerte ein Folge. Die erste Tatsache drückt sich in der Position „Finanzwirtschaftlicher Überschuß“ aus. Dieser deckte 1952 und 1953 nicht einmal die Re - Investitionen, die in der Form von Abschreibungen als betrieblicher Aufwand verrechnet werden. So ist festzustellen, daß einerseits die sich ausdehnenden Postleistungen eine Erweiterung der Anlagen bedingten und andererseits die Ertragslage sich dergestalt veränderte, daß zum Teil nicht einmal die notwendigen Aufwendungen (Abschreibungen) aufgebracht werden konnten. Die Schuldentilgung, die als eine Folge der mittelfristigen Fremdfinanzierung bezeichnet wurde, hat sich von 1950 (42.7 Mio. DM) bis 1955 (410.6 Mio. DM) fast verzehnfacht. Jene Finanzierungsart bedingt in diesem Falle eben stets eine Erhöhung des Eigenmittelaufkommens in den folgenden Jahren, falls die Schuldentilgungsverpflichtungen nicht gewissermaßen nur umgeschuldet werden sollen. Ihren sichtbaren Ausdruck findet diese Entwicklung in folgender Übersicht:

Schuldentilgung und ihre Finanzierung in den Rechnungsjahren 1950 - 1955 ¹⁾.

Rechnungs- jahr	Schulden- tilgg.	Eigenmittel		Fremdmittel			
		insgesamt		insgesamt		davon	
						lang- fristig	mittel- fristig
	Mio. DM	Mio. DM	v.H. ²⁾	Mio. DM	v.H. ²⁾	v.H. ²⁾	v.H. ²⁾
1950	42.7	42.7	100.0	—	—	—	—
1951	63.4	63.4	100.0	—	—	—	—
1952	118.5	118.5	100.0	—	—	—	—
1953	129.1	72.1	55.1	57.0	44.9	43.9	1.0
1954	185.1	185.1	100.0	—	—	—	—
(1954 ³⁾)	246.8	246.8	100.0	—	—	—	—)
1955	410.6	379.1	92.3	31.5	7.7	7.7	—

Wir wollen nun die eingesetzten fremden Mittel zum Zwecke der Investitionsfinanzierung, gemäß der von uns erarbeiteten durchschnittlichen Laufzeiten ⁴⁾, aufschlüsseln. Die dort ermittelten Fristen stellen zwar nur Annäherungswerte dar, reichen aber für unsere Zwecke aus.

¹⁾ Zusammengestellt aus den Übersichten des vorangegangenen Abschnitts: Die Finanzierung in den Rechnungsjahren 1950 - 1955, S. 36 ff.

²⁾ In v. H. der Schuldentilgungsbeträge.

³⁾ Zur besseren Vergleichbarkeit wurden hier nachrichtlich die Zahlen für 12 Monate ausgewiesen (Ermittlung durch Erhöhung der einzelnen Werte um ein Drittel).

⁴⁾ Siehe S. 35.

Die eingesetzten Finanzierungsmittel während der Rechnungsjahre 1950 - 1955 in v. H. der Brutto - Investitionen ¹⁾).

Mittelaufkommen	1950	1951	Rechnungsjahr		1954	1955
			1952	1953		
1. Anleihen	—	—	—	—	—	11.0
2. Schuldscheindarlehen aus Postscheck- u. Postsparkassenmitteln, fremder Kreditgeb. u. aus ERP-Mitteln, Abzahlungskredit v. Lieferanten	—	44.0	11.0	—	6.4	6.8
	14.0	18.0	36.5	55.6	64.8	48.0
	—	—	6.2	7.3	—	—
3. Unverzinsliche Schatzanweisung.	—	—	19.0	37.1	17.2	34.2
I. Fremdmittel	14.0	62.0	72.7	100.0	88.4	100.0
II. Eigenmittel	86.0	38.0	27.3	—	11.6	—
Insgesamt	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Die eingesetzten Fremdmittel waren mit folgenden durchschnittlichen Laufzeiten ausgestattet ²⁾:

	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Langfristige Fremdmittel						
12.5 Jahre	—	—	—	—	—	11.0
7 Jahre	—	44.0	11.0	—	—	—
6 Jahre	—	—	—	—	6.4	6.8
Mittelfristige Fremdmittel						
5 Jahre	—	—	—	—	—	48.0
3 Jahre	—	—	—	—	64.8	—
2 Jahre u. weniger	14.0	18.0	61.7	100.0	17.2	34.2
Fremdmittel	14.0	62.0	72.7	100.0	88.4	100.0

¹⁾ Errechnet und zusammengestellt aus den Übersichten des vorangegangenen Abschnitts: Die Finanzierung in den Rechnungsjahren 1950 - 1955, S. 36 ff.

²⁾ In v. H. der „eingesetzten Finanzierungsmittel“. Siehe vorstehende Übersicht!

Hier zeigt sich nochmals in aller Deutlichkeit, daß die DBP, durch den Mangel an langfristig verfügbarem Kreditmaterial gezwungen, dazu übergegangen ist, in immer höherem Maße mittelfristige Kredite zur Investitionsfinanzierung einzusetzen. Sie blieb jedoch darum bemüht, die Laufzeiten zu verlängern; das ist ihr, wie wir sehen, auch bis zu einem gewissen Grade gelungen. Wenn auch die Frage, inwieweit Übereinstimmung mit der Kapitalisierung der Anlagen und den Laufzeiten der eingesetzten Mittel besteht, hier noch nicht völlig geklärt werden kann, so ist doch ab 1952 wohl nicht mehr damit zu rechnen, da in diesen Jahren stets mehr als 60 % der Investitionen durch mittelfristige Kredite finanziert wurden.

Die Brutto - Investitionen setzen sich, wie wir wissen, aus Sach- (Neu- u. Ersatzinvestitionen) und Finanzinvestitionen zusammen. Da die Re - Investitionen gleich den Abschreibungen sind, die in der Erfolgsrechnung als Aufwand berücksichtigt werden, müßten diese aus Eigenmitteln finanziert werden. Sie sollen den betrieblichen Wertverzehr ausgleichen und die vorhandenen Anlagen erhalten. Fragen wir zunächst, inwieweit dies in den einzelnen Rechnungsjahren der Fall war. Gleichzeitig wollen wir die Zusammensetzung der Finanzierungsmittel für die übrigen Investitionen aufzeigen.

Im Rechnungsjahr 1950 umfaßten die Ersatzinvestitionen (136.1 Mio. DM) etwa ein Drittel der Brutto - Investitionen. Sie wurden durch Eigenmittel voll gedeckt. Die Neu- und Finanzinvestitionen (276.2 Mio. DM) wurden etwa zu 80 % ebenfalls aus eigenen Mitteln, zu 20 % aus mittelfristigen Krediten mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 2 Jahren finanziert.

Die Re - Investitionen des Rechnungsjahres 1951 (159.5 Mio. DM) machten ebenfalls etwa ein Drittel aus, und konnten auch aus eigenen Mitteln bestritten werden. Zur Finanzierung der weiteren Investitionen (323.3 Mio. DM) wurden neben dem eigenen Aufkommen (7.5 %) zu 65 % langfristige Kredite mit einer Laufzeit von 7 Jahren und zu 27.5 % mittelfristige Kredite mit einer Laufzeit von 2 Jahren aufgenommen.

Im Rechnungsjahr 1952 konnte der Ersatzbedarf mit 180 Mio. DM (39 %) nur zu zwei Dritteln selbst finanziert werden. Der Rest wurde durch langfristige mit siebenjähriger Laufzeit, die verbleibenden Investitionen in Höhe von 280.2 Mio. DM durch mittelfristige Kredite (Laufzeiten 1 bis 2 Jahre) gedeckt.

Für das Rechnungsjahr 1953 mußten zur Durchführung der Ersatzinvestitionen (212.6 Mio. DM) ausschließlich fremde Mittel herangezogen werden (Laufzeit 2 Jahre). Das sonstige Investitionsvolumen in Höhe von 329.7 Mio. DM wurde ebenfalls durch mittelfristige Kredite (Laufzeiten 1½ bis 2 Jahre) finanziert.

Der Anteil der Ersatzinvestitionen von etwa 32 % (178.6 Mio. DM) konnte im Rechnungsjahr 1954 wieder zu rd. 35 % aus eigenem aufgebracht werden.

Neben langfristigen Krediten mußten zu etwa 45 % mittelfristige herangezogen werden (Laufzeiten 6 und 3 Jahre). Das weitere Volumen (378.7 Mio. DM) war mittelfristig gedeckt (Laufzeiten 3 und 1½ Jahre).

Im Rechnungsjahr 1955 betrugen die Re-Investitionen 292.9 Mio. DM (35 %). Sie wurden zur Hälfte langfristig und zur Hälfte mittelfristig finanziert (Laufzeiten 12.5 und 6 Jahre). Die sonstigen Investitionen in Höhe von 550.6 Mio. DM waren ausschließlich mittelfristig, jedoch durch Kredite mit Laufzeiten von 5 und 1½ Jahren (jeweils ca. 50 %) gedeckt.

Finanzierung der Ersatz- und Neuinvestitionen¹⁾ in
den Rechnungsjahren 1950 - 1955²⁾.

Rechnungs- jahr	Ersatzinvestitionen				Neuinvestitionen ¹⁾			
	Eigen- mittel	Fremdmittel			Eigen- mittel	Fremdmittel		
		langfr.	mittelfr.			langfr.	mittelfr.	
	Mio. DM	v.H. ³⁾	v.H. ³⁾	v.H. ³⁾	Mio. DM	v.H. ³⁾	v.H. ³⁾	v.H. ³⁾
1950	136.1	100	—	—	276.2	79	—	21
1951	159.5	100	—	—	323.3	8	65	27
1952	180.0	70	30	—	280.2	—	—	100
1953	212.6	—	—	100	329.7	—	—	100
1954	178.6	36	20	44	378.7	—	—	100
1955	292.9	—	51	49	550.6	—	—	100

Fassen wir die Ergebnisse der dargestellten Entwicklung des Untersuchungszeitraumes zusammen! Während sich das Investitionsvolumen ständig ausweitete, hat sich das Eigenmittelaufkommen verringert. Selbst im Rechnungsjahr 1955 lagen die eigenen Mittel noch unter dem Stand des Ausgangsjahres. Seit dem Jahre 1952 reichten diese nicht einmal aus, um den Ersatzbedarf zu decken. So stellt sich die erste Frage: Warum ging das Eigenmittelaufkommen zurück, wo doch das Tätigkeitsvolumen stetig gestiegen ist? Da das Ausmaß der Schuldentilgung in den Rechnungsjahren 1953 und 1955 über die aufgebrauchten eigenen Mittel hinausging, zeichnet sich hier eine zweite Problemstellung ab. Wie hätte die DBP diesen Verpflichtungen nachkommen können, wenn ihr keinerlei Kredite zur Verfügung gestanden hätten? Ja, durch die außerordentlichen, hohen mittelfristigen Fremdfinanzierungsraten, die weiterhin kumulierende Wirkungen auslösten, dürfte diese Frage auch für die kommenden Jahre von erheblicher Bedeutung sein. Es erweist sich daher als notwendig, die Rentabilitäts- und Liquiditätsverhältnisse der Post während des Untersuchungszeitraumes herauszuarbeiten. Erst dann kann der Versuch gemacht werden, die hier angegangene Problematik der Investitionsfinanzierung dieses öffentlichen Unternehmens theoretisch weiter zu durchleuchten.

¹⁾ Sachinvestitionen einschließlich Darlehen und Beteiligungen.

²⁾ Zusammengestellt und errechnet aus den Übersichten des vorangegangenen Abschnitts: Die Finanzierung in den Rechnungsjahren 1950 - 1955, S. 36 ff.

³⁾ Auf volle Prozentsätze auf- bzw. abgerundet.

III. Vermögensausweise und Liquidität.

Der bisherige Gang der Untersuchung zeigte, daß die Investitionstätigkeit der DBP während des Untersuchungszeitraumes nicht jenes Ausmaß umfaßte, das im Rahmen eines kontinuierlichen Wachstums entsprechend dem Umsatzvolumen nötig gewesen wäre. Des weiteren konnten wir feststellen, daß die Brutto-Investitionen zu einem sehr großen Teil durch Fremdmittel finanziert wurden. Der Trend – zunehmender Einsatz mittelfristiger Kredite für Investitionen – birgt zweifellos eine erhebliche Problematik in sich, zumal wir von einer verhältnismäßig langen Amortisationsdauer ausgegangen sind. Es kommt uns daher in diesem wie in dem folgenden Abschnitt darauf an, die Vermögens- und Erfolgsausweise als weitere Erkenntnisquellen heranzuziehen und auszuschöpfen.

1. Besprechung der Vermögensausweise des Untersuchungszeitraumes.

Die von uns zusammengestellte Tabelle III „Zusammengefaßte Vermögensausweise der DBP für die Rechnungsjahre 1950-1955“ dient nachfolgenden Ausführungen als Unterlage. Betrachten wir zunächst die Bilanzsummen, so ergibt sich für diese relativ kurze Zeitspanne fast eine Verdoppelung. Jenen Trend der sich ausdehnenden Bilanzen kann man zu dieser Zeit für die meisten Wirtschaftszweige feststellen. Im großen und ganzen zeigt sich auch hier der Niederschlag dieser wirtschaftlichen Aufschwungsperiode, womit die von uns aufgestellte These erneut bestätigt wird: Das Unternehmen DBP ist in seinem Leistungsvolumen in hohem Maße von dem wirtschaftlichen Klima abhängig ¹⁾.

Ein Überblick über die Aktivseite läßt den überragenden Anteil des Anlagevermögens in seiner Bedeutung ermessen. Demgegenüber ist das Umlaufvermögen auffallend niedrig. Diese Struktur der Aktivseite ist für einen Dienstleistungsbetrieb, wie es die DBP ist, charakteristisch; denn an die Stelle der Warenvorräte im weitesten Sinne treten bei ihr die entsprechenden Einrichtungen. Man denke nur an die über 38 000 Ämter und Amtsstellen, die heute in der Bundesrepublik bestehen ²⁾! So erklärt sich auch die Parallelität der Entwicklung von Anlagevermögen und Bilanzvolumen. Das Umlaufvermögen ist dagegen fast konstant geblieben. Es beruhte also die Mehrung des Vermögens fast ausschließlich auf einer Zunahme der verschiedenen Anlageposten. Auf die Sachanlagen, die Kapitalbeteiligungen und die Darlehen entfallen allein etwa 95,6 %. Wir können feststellen, daß die entscheidenden Veränderungen der Aktivseite durch die Investitionstätigkeit bedingt sind. Zu den uns bereits bekannten Positionen des Anlagevermögens kommen nun noch die „Wertpapiere und U - Schätze“ hinzu. Sie stellen einen Teil der Rücklage dar und sind demnach verwertbare Aktiva.

¹⁾ Siehe S. 24 ff.

²⁾ Vgl. DBP-Geschäftsbericht über das Rechnungsjahr 1954, S. 11.

Der relativ kleine Anteil und die weitgehende Konstanz des Umlaufvermögens während des Untersuchungszeitraumes sind im Rahmen der ausgeführten Entwicklung zu sehen. Aus der starken Knapphaltung der Vorräte, ja sogar ihrer absoluten Abnahme bei steigenden Umsätzen, schließen wir, daß dieser Vermögensteil hiervon bis zu einem gewissen Grade unabhängig ist. Es handelt sich dabei weitgehend um Hilfs- und Betriebsstoffe, die stets in einer mehr oder minder großen Menge bereitstehen müssen. Darüber hinaus dürften sich gewisse Rationalisierungseffekte ausgewirkt haben. Die anderen Aktiva, besonders die Außenstände, lassen sich nicht völlig regulieren. Sie wachsen zwangsläufig mit der Ausdehnung des Postleistungsvolumens an, denn die Abrechnungstermine blieben im großen und ganzen gleich. Die Ursachen für die Verringerung des Kassenbestandes sind neben Rationalisierungseffekten (z. B. durch die Verringerung der Anzahl der Hauptkassen) wohl im Geldkreislauf der Post zu suchen¹⁾.

Auch die Passivseite weist gewisse Besonderheiten auf. Während der Anteil des Eigenkapitals 1950 über 75 % des Bilanzvolumens ausmachte, betrug er im Rechnungsjahr 1955 nur noch ca. 46 %. Entsprechend erhöhte sich das Fremdkapital von 11.3 auf 51.2 %. Rund 90.5 % der Bilanzausweitung entfallen auf diese Position. Rechnet man die Rückstellungen, die im Gegensatz zu den Rücklagen Verpflichtungsreserven sind, dem Fremdkapital zu, so ergibt sich folgende Entwicklung des Fremdkapitalanteils an der Bilanzsumme:

1950	1951	1952	1953	1954	1955
25.0	32.5	37.6	47.6	52.3	53.4 %.

Da die Rückstellungen sich nicht nur relativ, sondern auch absolut stark (um $\frac{2}{3}$) verminderten, kam es innerhalb des Fremdkapitals zu einer weiteren Strukturverschiebung zu Gunsten der Kredite.

Das nachfolgend ausgewiesene Eigenvermögen wurde von uns um die gesondert ausgewiesenen Verluste bereinigt. So läßt sich für das Rechnungsjahr 1951 ein schwacher Zugang, für 1952 eine geringe Abnahme, für 1953 eine starke Abnahme, für 1954 wieder ein Zugang und für 1955 ein stärkerer Zugang erkennen. Jedoch muß für das letzte Jahr der Zuwachs durch die LPD Berlin in Höhe von 226.9 Mio. DM berücksichtigt werden. Wir können also sagen, daß sich das Eigenkapital absolut kaum vergrößert hat. Daher kam es auf Grund der starken Ausdehnung des Vermögens zu jener relativen Verringerung des Eigenkapitals, die den zunächst kleinen Anteil des Fremdkapitals derart anschwellen ließ, daß dieses 1954 bereits über das eigene Kapital hinauswuchs.

¹⁾ Siehe S. 86 ff.

Teilt man das Fremdkapital nach seiner Fristigkeit auf, so sind wieder lang-, mittel- und kurzfristige Fremdmittel zu unterscheiden ¹⁾. Die langfristigen Kredite umfassen die ersten 3 Positionen. Erstmals wurde im Jahre 1953 bei den Anleihen ein Betrag ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um eine aus dem Londoner Schuldenabkommen resultierende Verpflichtung der früheren DRP. Dieser Posten stellt eine echte Schuld dar, obwohl ihr ein entsprechender Zufluß an Geldkapital zu diesem Zeitpunkt nicht gegenüberstand. Im Jahre 1955 erhöhte sich der Wert dieses Postens um die Konsolidierungsanleihe, die an anderer Stelle bereits besprochen wurde ²⁾. Dann folgen die dem Postscheck- und Postsparkassenvermögen langfristig entnommenen Mittel und schließlich die anderen langfristigen Kredite (insbesondere die ERP - Mittel).

Mit den anderen Krediten, anschließend an den kleinen Hypothekenposten, beginnen die mittelfristigen Kredite. Diese sind den uns bekannten Schuld-scheindarlehen sonstiger Kreditgeber gleichzusetzen ³⁾. Wie in der Kapitalrechnung, so hat auch in der Bilanz diese Position am stärksten zugenommen. Im Rechnungsjahr 1954 und 1955 bildeten sie den größten Anteil des gesamten Fremdkapitals. Bei den U - Schätzen zeichnet sich die gleiche Linie ab, während die Lieferantenkredite kaum noch eine Rolle spielen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben ausgesprochen kurzfristigen Charakter. Sie stellen in gewissem Sinne das Pendant zu den anderen Aktiva dar. Ihre Steigerung beruht weitgehend auf den gleichen Ursachen.

Wenn wir uns nun jene bilanzmäßigen Veränderungen der Fremdkapitalstruktur vor Augen führen, soweit diese auf tatsächlicher Kreditgewährung beruhen, so ergeben sich die folgenden Verhältniszahlen ⁴⁾:

In v. H. der Fremdmittel	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Langfristige Kredite	64.0	62.5	54.2	38.0	35.3	37.2
Mittelfristige Kredite	26.0	33.0	42.2	56.4	60.5	58.3
Kurzfrist. Verbindlichk.	10.0	4.5	3.6	5.6	4.2	4.5
	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Es ist also festzustellen, daß sich die immer stärkere Inanspruchnahme mittelfristiger Kredite zur Investitionsfinanzierung in der Bilanz in einer zunehmenden mittelfristigen- und entsprechend abnehmenden langfristigen Verschuldung niederschlägt. Demnach stieg die Zuwachskurve beim mittelfristigen Fremdkapital wesentlich steiler an als beim langfristigen.

¹⁾ Siehe S. 34 f.

²⁾ Siehe S. 31.

³⁾ Siehe S. 31 f.

⁴⁾ Die Auslandsanleihen sind also nicht berücksichtigt!

2. Bewertung der Sachgüter.

Aus der Besprechung der Bilanzen ersahen wir, daß ihre Ausdehnung auf der Aktivseite zu 95.6 % aus dem steigenden Sachgütervolumen resultierte, während die Passivseite zu 90.5 % auf der Zunahme der Verbindlichkeiten beruhte. Die Beurteilung dieser dominierenden Faktoren unter dem Liquiditätsaspekt setzt die Kenntnis postalischer Bewertungsgrundsätze, also besonders die rechnerisch angesetzte Abnutzungsdauer voraus. Daraus läßt sich dann auch erkennen, inwieweit die bisherige Unterstellung, daß die Amortisationsdauer der Sachgüter verhältnismäßig langfristig sei, berechtigt war.

Die DBP bewertet ihre Sachanlagen grundsätzlich zum Anschaffungswert. Davon wird jener durch die betriebliche Nutzung bedingte Wertverzehr in jährlich gleichen Beträgen abgeschrieben. Es wird also die lineare Abschreibungsmethode angewendet. Jedoch wird die jährliche Abnutzungsquote nur solange verrechnet, bis das entsprechende Gut mit dem Altstoffwert zu Buche steht. In der Regel beträgt dieser 2 % des Anschaffungswertes. Zur Berechnung der Abschreibungen bedient sich die Post der folgenden Formel:

$$\frac{\text{Anschaffungskosten} \cdot \text{Altstoffwert}}{\text{Lebensdauer}}$$

Für die Ermittlung der wirtschaftlichen Lebensdauer geht man von gewissen Erfahrungssätzen aus, die wir der Tabelle VI „Abschreibungstabelle der DBP“ entnehmen können. Aus der Tabelle können wir auch einige Besonderheiten des postalischen Abschreibeverfahrens ersehen. Finden beim oberirdischen Liniennetz etwa Erweiterungen statt, so werden diese einmalig im Anschaffungsjahr zu 40 % abgeschrieben¹⁾. Man geht dabei also von dem Grundgedanken aus, daß das Netz in seinem wertmäßigen Zustand erhalten bleibt. Etwa später nötig werdende Reparaturen finden in der Betriebsrechnung (erfolgsbeeinflussend) ihren Niederschlag. Des weiteren finden wir unter Ziffer 5 „Sonstiges“, daß dieser Posten nur in mehrjährigen Abständen annähernd ausgewiesen wird. Bis zur jeweiligen Berichtigung auf Grund von körperlichen Inventuren werden derartige Veränderungen zwischenzeitlich durch die „Betriebsrechnung gezogen“. Die dadurch entstehenden Verzerrungen dürften jedoch wertmäßig unbedeutend sein. Außerhalb der normalen Abschreibungen werden in einer gesonderten Bilanzvorspalte Wertberichtigungen in positiver und negativer Form vorgenommen. Die wichtigsten Ursachen dafür sind Brand, Diebstahl oder vorzeitige Unbrauchbarkeit.

¹⁾ Siehe Tabelle VI, Ziffer 3e.

Überblickt man Abschreibungssatz und Lebensdauer der verschiedenartigen Sachgüter, so finden wir unsere These bestätigt, daß die Sachanlagen von relativ langer Lebensdauer sind. Dementsprechend langfristig ist auch ihre Kapitalisierung. So drängt sich die Frage auf, ob mittels derartiger Abschreibungen tatsächlich der reale Wertverzehr erfaßt wird. Man denke nur an die Preisentwicklung während derartig langer Zeiträume. Der dem Abschreibungsverfahren innewohnende Grundsatz der „nominalen Kapitalerhaltung“ läßt uns diese Frage verneinen. Dieses Verfahren ist vielmehr darauf gerichtet, den Anschaffungswert abzudecken. Von hier aus gesehen, ist anzunehmen, daß die DBP wohl kaum in größerem Umfange bewußt stille Reserven schaffen kann, was zweifellos auch nicht ihre Aufgabe ist. Der Sinn der bilanzmäßigen Abschreibungen besteht eben nur darin, den Anschaffungswert wieder zu realisieren.

3. Auswirkungen der Investitionstätigkeit auf die Liquidität.

Aus der Besprechung der Vermögensausweise, die für uns eine weitere Erkenntnisquelle darstellen, ging hervor, daß die Ausdehnung des Bilanzvolumens ihren Niederschlag weitgehend im Anlagevermögen der Aktivseite und im Fremdkapital der Passivseite fand. Der außerordentlich hohe Anteil der Anlagen an den Aktiva – eine Besonderheit dieses Dienstleistungsbetriebes – ist für die Liquidität von entscheidender Bedeutung. Bevor wir dazu übergehen, die Aktiven den Passiven gegenüberzustellen, ist auf Grund der Erkenntnisse des vorangegangenen Abschnittes der Versuch zu machen, die Kapitalisierungsdauer der Anlagen näher zu ermitteln. Des weiteren ist noch vor auszuschicken, daß eine bilanzmäßige Liquiditätsbetrachtung nur von begrenztem Aussagewert sein kann. Die Bilanz stellt immer nur ein Momentbild dar, wobei für die Ausweise der DBP noch zu berücksichtigen ist, daß diese nicht zu einem Stichtag, sondern zum Rechnungsschluß erstellt wurden. Demnach richtet sich unser Blick auf die nominelle Liquidität.

Zuvor wollen wir jedoch die Auswirkungen des sich ausdehnenden Bilanzvolumens während des Untersuchungszeitraumes zahlenmäßig ausdrücken. Der Anteil der Sachanlagen, Kapitalbeteiligungen und Darlehen mit 95,6 % läßt die Investitionstätigkeit als entscheidende Ursache jener Ausdehnung deutlich werden. Auf der Passivseite schlug sich diese zu 90,5 % im Fremdkapital nieder, was bereits auf eine Anspannung der Liquidität hindeutet. Es standen also der Anlagenerweiterung lediglich fremde Mittel gegenüber. So ergibt sich für die Eigenkapital - Investierung nachstehende Entwicklung: ¹⁾

¹⁾ Errechnet nach der Formel: $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}}$ Die Zahlen wurden der Tabelle III entnommen.

Rechnungsjahr	1950	1951	1952	1953	1954	1955
In Mio. DM	1 912	1 970	1 937	1 716	1 852	2 238
= in v. H.	2 175	2 550	2 801	3 146	3 580	4 396
	87.9	77.2	69.1	54.5	51.7	50.9

Die Kapitalanspannung drückt jene Entwicklung von der Passivseite her gesehen aus: ¹⁾

Rechnungsjahr	1950	1951	1952	1953	1954	1955
In Mio. DM	2 546	2 948	3 120	3 521	3 960	4 835
	1 912	1 970	1 937	1 716	1 852	2 238
=	1.33	1.49	1.61	2.05	2.14	2.16.

Innerhalb dieser relativ kurzen Zeitspanne hat demnach die Eigenkapital - Investierung immer stärker abgenommen; die Kapitalanspannung ist sogar noch stärker angewachsen.

a) Vermögens- und Kapitalliquidität.

Bevor die Aktiva den Passiva unter dem Liquiditätsaspekt gegenübergestellt werden, sind jene noch unter dem Aspekt ihrer Realisierungsmöglichkeit zu charakterisieren. Beginnen wir entsprechend der Reihenfolge in Tabelle III mit dem Anlagevermögen. Dieses besteht aus Sachanlagen, Kapitalbeteiligungen, Darlehen und Wertpapieren. Die „Sachanlagen“ werden zumeist als illiquid angesprochen. Das erscheint uns für die Post weitgehend gerechtfertigt. Selbst wenn der Betrieb die angesetzten Abschreibungen erwirtschaftet und es zu einem Kapitalrückfluß kommt, ist dieser ja für die Re - Investitionen nötig. Auch bei den hingegebenen „Darlehen“ darf ein allmählicher Rückfluß angenommen werden. Da sie vornehmlich sozialen Zwecken dienen, ist aber mit einer fortlaufenden Erneuerung der Darlehen zu rechnen. Die „Kapitalbeteiligungen“ sind weitgehend gleichen Zwecken gewidmet. Es fragt sich nun, ob bei einer Anspannung der Zahlungsfähigkeit Möglichkeiten zur Realisierung jener Forderungen bestehen. Damit ist aber wohl nicht zu rechnen, da für derart unrentable Werte kaum Käufer gefunden werden dürften. So erscheint es uns gerechtfertigt, die Darlehen und Beteiligungen den Sachgütern gleich-zu-stellen. Anders verhält es sich mit den „Wertpapieren“. Obwohl das Portefeuille einen Teil der Rücklagen darstellt, kann angenommen werden, daß bei eintretenden Zahlungsschwierigkeiten hierauf zurückgegriffen wird. Die natürliche Liquidität des wertmäßig kleinen Postens ist zwar gering

¹⁾ Errechnet nach der Formel: $\frac{\text{Gesamtkapital}}{\text{Eigenkapital}}$ Die Zahlen wurden der Tabelle III entnommen.

zu veranschlagen, aber der künstliche Liquiditätsgrad ist relativ hoch; denn es handelt sich hierbei um lombardfähige Wertpapiere, die von der BDL vermittelt wurden. Es ist wohl berechtigt – uns von formellen Bindungen lösend – diesen Posten der Liquidität II. Ordnung zuzurechnen.

Das Umlaufvermögen umfaßt die Vorräte, andere Aktiva und den Kassenbestand. Wie wir bereits wissen, wurden die „Vorräte“ während des Untersuchungszeitraumes zweifellos knapp gehalten. Sie können daher in vollem Umfang als betriebsnotwendig bezeichnet werden; denn zur Aufrechterhaltung des Postbetriebes ist ein gewisser Bestand an Materialien und Hilfsstoffen erforderlich. Falls man jährlich einen zweimaligen Kapitalumschlag unterstellt, sind sie – mit Einschränkungen – als III. Liquidität zu bezeichnen. Ein sicherlich höherer Liquiditätsgrad wohnt den „anderen Aktiva“ inne, die hauptsächlich aus Forderungen bestehen. Da ihre Bonität einwandfrei und die Realisierungsfrist höchstens auf einen Monat begrenzt ist, sind sie der Liquidität II. Ordnung zuzurechnen. Der „Kassenbestand“ wird stets als das liquideste Aktivum angesprochen, das gilt – wenn man von der Tatsache der Betriebsnotwendigkeit absieht – zweifellos auch für die DBP; denn die Kassenmittel setzen sich aus Bargeld und täglich fälligen Bankguthaben zusammen. Sie bilden daher die I. Liquidität. An dieser Stelle ist ausdrücklich hervorzuheben, daß die von uns gemachten Aussagen – zur „bilanzmäßigen Liquidität des Umlaufvermögens“ – nur unter diesem besonderen Aspekt Geltung haben. Zur „Erhaltung der Zahlungsfähigkeit“ tragen Kasse, Guthaben und Vorräte – soweit sie den betriebsnotwendigen Umfang nicht überschreiten – tatsächlich nichts bei; denn auf die betriebsnotwendigen Mindestbestände kann bei Aufrechterhaltung des Postbetriebes nicht verzichtet werden. Insoweit ist das Umlaufvermögen faktisch illiquid.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Die Liquidität der I. Ordnung ist jederzeit verfügbar; diejenige der II. Ordnung realisiert sich zum Teil binnen einem Monat von selbst, zum andern Teil besteht auf Grund des hohen künstlichen Liquiditätsgrades die Möglichkeit gleichschneller Geldbeschaffung. Bei der III. Liquidität rechnen wir mit einem halbjährlichen Kapitalrücklauf.

Aufgliederung der Bilanzposten nach dem Grade der Liquidität
für die Rechnungsjahre 1950–1955¹⁾.

In v. H. der Bilanzsumme

AKTIVA	Rechnungsjahr					
	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Liquidität:						
I. Ordnung	4.0	4.0	2.5	2.0	2.0	1.5
II. Ordnung	5.0	6.0	4.0	5.5	5.0	5.0
III. Ordnung	6.0	5.5	4.0	3.5	3.0	3.0
Anlagevermögen²⁾	85.0	84.5	89.5	89.0	90.0	90.5
	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

PASSIVA	Rechnungsjahr					
	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Fremdkapital:						
kurzfristig	15.0	12.5	11.5	8.0	6.0	4.5
mittelfristig	3.0	7.0	11.5	22.0	26.0	27.0
langfristig	7.0	13.5	15.0	21.5	21.5	22.0
Eigenkapital	75.0	67.0	62.0	48.5	46.5	46.5
	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Wenn man obige Verhältniszahlen überblickt, erkennt man den generell außerordentlich niedrigen Liquiditätsgrad des Postvermögens. Ihre Ursache liegt weitgehend, wie wir wissen, in der Dominanz der Anlagen begründet. Gleichmaßen liegen auch noch besondere Gründe für die geringen Quoten der liquiden Aktiva vor. Zum Teil wurden sie bereits angedeutet! Für den Kassenbestand ist es der postalische Geldkreislauf und für die sonstigen Aktiva sind die geringen Werte durch die fast ausschließliche Betätigung gegen sofortige Zahlung bedingt. Diese Struktur des Vermögens erfordert eine auf die Besonderheiten der DBP zugeschnittene Kapitalausstattung. Das kurzfristige Fremdkapital besteht fast ausschließlich aus Verbindlichkeiten, die sich aus dem Betriebsablauf ergeben. Sie erneuern sich in bestimmtem Umfange fortlaufend. Das Pendant hierzu bilden die anderen Aktiva. Demnach ist es wohl ausreichend, wenn man diesen Vermögens-teile II. Liquidität gegenüberstellt. Tatsächlich kam es in den Rechnungsjah-

¹⁾ Errechnet aus den Zahlen der Tabelle III. Zur Gliederung der Aktivseite siehe S. 57 f., zur Gliederung der Passivseite siehe S. 52 ff.

²⁾ Im folgenden werden als Anlagevermögen die Sachanlagen, Kapitalbeteiligungen und Darlehen bezeichnet.

ren 1954 und 1955 auch zu einer entsprechenden Deckung. Das mittelfristige Fremdkapital, das am stärksten zunahm, hat sich absolut sogar fast verzehnfacht. Dem entsprachen auf der Aktivseite im Rechnungsjahr 1950 und 1952 ausschließlich, 1951 zu 60 %, und in den folgenden Jahren zu über 80 % die Anlagen. Die restliche Deckung bildete die III. Liquidität. Geht man davon aus, daß die Vorräte betriebsnotwendig sind und nicht verringert werden können, dann standen dem mittelfristigen- wie auch dem langfristigen Fremdkapital nur illiquide Aktiva gegenüber. So gelangt man zu der Frage, inwieweit Möglichkeiten bestehen, aus der Amortisation der Anlagen bei Fälligkeit das mittel- und langfristige Fremdkapital abzudecken. Schließlich liegt wohl in der Abstimmung der Zahlungseingänge auf die Zahlungsverpflichtungen der Kern des Problems. Es ist daher nötig den Vermögenskreislauf genauer zu erfassen, nachdem wir bereits an anderer Stelle ¹⁾ die Fristigkeit des Fremdkapitals herausgearbeitet haben.

b) Der Vermögenskreislauf.

Darunter wollen wir jenen Prozeß verstanden wissen, den jeder einzelne Teil des Anlagevermögens durchläuft. Es ist damit jene Umwandlung von Geldkapital in Sachkapital und die sich dann vielfach – in der Form von Abschreibungen – nur allmählich vollziehende Rückverwandlung in Geldkapital gemeint. Eine derartige Analyse setzt umfassende Kenntnisse über die Zusammensetzung der einzelnen Sachanlagen voraus. Da uns entsprechende Unterlagen nicht zur Verfügung standen, haben wir zu einem Hilfsmittel gegriffen. Wir schlüsselten die „Netto-Anlagenzugänge“ während des Untersuchungszeitraumes ²⁾ unter dem Gesichtspunkt der Abschreibungsdauer näher auf und ermittelten so den jeweiligen Anteil am gesamten Anlagenzugang. Das Volumen der Rechnungsjahre 1950 bis 1955 ergab folgendes Verhältnis ³⁾:

Anlagen mit einer Abschreibungsdauer

von einem Jahr	0.8 %
von 5 bis 10 Jahren	14.0 %
von 10 bis 20 Jahren	39.6 %
von 20 bis 40 Jahren	28.4 %
von mehr als 40 Jahren	17.2 %
	100.0 %

¹⁾ Siehe S. 33 ff.

²⁾ Das entspricht den Sachanlagenzugängen in den Bilanzausweisen, vermindert um die Abgänge. Vgl. DBP-Geschäftsberichte für die Rechnungsjahre 1950 bis 1955.

³⁾ In dieser Aussage wird unterstellt, daß die Kapitalisierung der Sachgüter nur durch die Abschreibungen erfolgt.

Auf Grund dessen erhärtet sich die bisher von uns vertretene These, daß sich die Anlagen der DBP relativ langfristig kapitalisieren. Ja, der Trend der Periode von 1950 bis 1955 lief auf eine kontinuierliche Verlängerung der durchschnittlichen Amortisationsdauer der Sachgüter hinaus.

Des weiteren wäre für uns ein Einblick in die Zusammensetzung und den Rückfluß der Darlehen aufschlußreich gewesen, um so den Rhythmus jenes Teils des Vermögenskreislaufes kennenzulernen. Da das nicht möglich war, wollen wir für die Darlehen und Kapitalbeteiligungen zusammen eine Kapitalisierungsdauer von 20 Jahren unterstellen.

Für die Sachanlagen wird unterstellt, daß ihre Struktur dem herausgearbeiteten Verhältnis der Netto-Anlagenzugänge entspricht. So könnte man sagen: Das Sachanlagevermögen kapitalisiert sich zu 1 % in einem Jahr, zu 14 % in fünf bis 10 Jahren, zu 40 % in zehn bis zwanzig Jahren, zu 28 % in zwanzig bis 40 Jahren und zu 17 % in mehr als 40 Jahren.

Diese Ergebnisse basieren auf gewissen, von uns eingeführten Voraussetzungen. Damit ist die Gefahr sich auswirkender Fehlerquellen auch schon gegeben. Jedoch ist es für unsere Zwecke ausreichend, mehr oder minder genaue Annäherungswerte zu kennen.

c) Beurteilung der Liquiditätsverhältnisse während des Untersuchungszeitraumes.

Nach der Erarbeitung weiterer Voraussetzungen soll nun der Versuch gemacht werden, die Liquiditätsverhältnisse der einzelnen Rechnungsjahre näher zu beurteilen. Um die Frage, in welchem Umfange für die fällig werdenden Verbindlichkeiten vorgesorgt war, klären zu können, werden wir auch die Erkenntnisse der ausgewerteten Kapitalrechnung¹⁾ hinzuziehen. Diese stellen ein Mittel dynamischer Liquiditätskontrolle dar. Wieder davon ausgehend, daß die am längsten verfügbaren Passiva den illiquiden Aktiva gegenüberzustellen sind, haben wir folgende Übersicht erstellt:²⁾

¹⁾ Zu den folgenden Ausführungen siehe auch S. 30 ff.

²⁾ Quelle: Tabelle III.

Entwicklung des Fremdkapitals und der liquiden Aktiva während
der Rechnungsjahre 1950–1955.

In Mio. DM ¹⁾	1950	1951	1952	1953	1954	1955
1. Kurzfr. Fremdkapital	29	28	31	77	71	91
Lieferantenkredite	18	19	24	41	20	5
Unverz. Schatzanweisungen	—	63	150	351	402	479
Andere Kredite	56	127	186	381	599	820
2. Mittelfr. Fremdkapital	74	209	360	773	1021	1304
Kredite aus d. Postbankvermögen	163	375	426	482	513	620
Sonstige langfristige Kredite	21	21	36	274	320	460
3. Langfrist. Fremdkapital	184	396	462	756	833	1080
4. Fremdkapital insgesamt	287	633	853	1606	1925	2475

AKTIVA

Liquidität I. Ordnung	98	126	76	76	76	76
Andere Aktiva	116	112	107	159	155	173
Wertpapiere	5	60	13	14	13	14
Liquidität II. Ordnung	121	172	120	173	168	187
Liquidität III. Ordnung	156	159	134	116	124	142
Sachgüter	2049	2337	2622	2947	3352	4121
Kapitalbeteiligungen u. Darlehen	122	153	166	185	215	261
Illiquide Aktiva	2171	2490	2788	3132	3567	4382

Hieraus entnehmen wir für das Rechnungsjahr 1950 nicht nur eine Überdeckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten, sondern auch der mittelfristigen Kredite durch liquide Aktiva I. und II. Ordnung. Selbst die langfristigen Kredite waren ebenfalls zu zwei Dritteln derart und zu einem Drittel durch das Vorratsvermögen gedeckt. Diese Feststellung kann mittels der besprochenen Kapitalrechnung des Jahres ergänzt werden ²⁾. Durch den Einsatz von 57,2 Mio. DM mittelfristigen fremden – neben den aufgebrauchten eigenen Mitteln wurden Brutto-Investitionen im Ausmaß von 412 Mio. DM erstellt. Da ihr Kapitalrücklauf den Abschreibungen entsprechend im 1. Jahr schon fast zur Abdeckung der Kredite ausreichen würde, kann die Liquidität dieses Jahres wohl als sehr gut bezeichnet werden.

¹⁾ Auf- bzw. abgerundet.

²⁾ Siehe S. 36 ff.

Im Rechnungsjahr 1951 hatte sich das Fremdkapital mehr als verdoppelt, während die liquiden Aktiva sich nur etwa um 20 % erhöhten. So reichten diese denn auch zur Deckung des Fremdkapitals nicht mehr aus. Das kurz- und mittelfristige fremde Kapital war jedoch ausreichend gedeckt. Lediglich den langfristigen Krediten standen knapp 40 % illiquide Aktiva gegenüber. Da die durchschnittliche Laufzeit jener bei etwa 7 Jahren lag, könnte die restliche Abdeckung durch einen geringen Teil der Abschreibungen erfolgen. Die Finanzierung der Brutto-Investitionen in diesem Rechnungsjahr deutet jedoch auf eine zukünftige Verschlechterung der Liquidität hin; denn nicht einmal ihre völligen Abschreibungsquoten dürften für die Schuldentilgung ausreichen.

Das Rechnungsjahr 1952 brachte weitere Veränderungen mit sich. Erstmals reichen die liquiden Aktiva zur Deckung der kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten nicht mehr aus. Es standen also dem langfristigen Fremdkapital ausschließlich und dem mittelfristigen zu etwa 20 % Sachanlagen gegenüber. Auch in diesem Umfange wäre es wohl möglich, die Tilgungsraten aus der Kapitalisierung des Anlagevermögens aufzubringen. Diese gingen jedoch auf Kosten der Erhaltungsinvestitionen. Die Brutto-Investitionen des Jahres wurden etwa zu 60 % aus mittelfristigen Krediten finanziert. Da ihre Laufzeiten sich gegenüber dem Vorjahr auch noch verringerten, werden sie allein einen größeren Teil der zu erwirtschaftenden Abschreibungen des Anlagevermögens beanspruchen. Damit nahm man gewissermaßen eine Hypothek auf die Zahlungsfähigkeit der kommenden Jahre auf.

Der Status des Rechnungsjahres 1953 weist erstmalig ein über die Liquidität I. Ordnung hinausgehendes Volumen der kurzfristigen Verbindlichkeiten aus. Nur noch zu rd. ein Drittel entsprechen die liquiden Aktiva den mittelfristigen Verbindlichkeiten. So verbleiben 485 Mio. DM an mittelfristigen- und 756 Mio. DM an langfristigen Schulden, denen ausschließlich Anlagen gegenüberstanden. Damit dürfte es in wenigen Jahren dahin kommen, daß zumindest die Abschreibungen für die Abdeckung der Schulden benötigt werden. Dabei fragt man sich unwillkürlich, inwieweit es der DBP möglich wäre, für einige Jahre völlig auf Ersatzinvestitionen zu verzichten. Das wäre erforderlich, falls nicht darüber hinaus neue Mittel bereitgestellt werden könnten. Tatsächlich wurden in diesem Rechnungsjahr nicht einmal die Abschreibungen erwirtschaftet, ja das Eigenmittelaufkommen reichte zur Schuldentilgung nicht aus. Es kann daher gesagt werden, daß die Liquiditätsvorsorge in diesem Jahr ungenügend war; denn Kredite in Höhe von 270 Mio. DM waren nötig, um die fälligen verbindlichkeiten und den Ersatzbedarf zu decken. Die Finanzierung der Brutto-Investitionen dieses Jahres erfolgte nur durch mittelfristige Kredite mit Laufzeiten von durchschnittlich zwei und eineinhalb Jahren. Damit wurde die zukünftige Liquiditätsbelastung wieder erhöht.

Das Rechnungsjahr 1954 ist durch eine weitere Zunahme der dem mittelfristigen Fremdkapital gegenüberstehenden Anlagen charakterisiert. Ihr Anteil entsprach ca. 70 % am Fremdkapital. So deckten die illiquiden Aktiva über 1.5 Mrd. DM an Fremdkapital. Die Zusammensetzung der Kredit - Laufzeiten läßt erkennen, daß die jährliche Schuldentilgungsquote über die Abschreibungsbeträge hinauswachsen wird. So litt also auch die Synchronisierung von Kapitalisierungsdauer der Anlagen und Fristigkeit der fremden Kapitalien Not. In diesem Jahr besserte sich zwar die Zusammensetzung der Finanzierungsquellen für die Brutto - Investitionen, aber der mittelfristige Anteil von über 80 % läßt trotz Verlängerung seiner Laufzeiten keine Umkehr der dargestellten Entwicklung – nämlich Belastung der zukünftigen Liquidität – erkennen.

Im Rechnungsjahr 1955 standen dem mittelfristigen Fremdkapital in Höhe von 990 Mio. DM und dem langfristigen in Höhe von 1080 Mio. DM illiquide Anlagen gegenüber. Dabei ist die Quote der derart gedeckten mittelfristigen Kredite weiter auf ca. 76 % gestiegen. Obwohl die durchschnittlichen Laufzeiten wieder verlängert werden konnten, gilt auch für dieses Jahr, daß zukünftig zur Abdeckung der fälligen Verbindlichkeiten die Abschreibungswerte nicht ausreichen können. Tatsächlich war die Schuldentilgung auch bereits in diesem Jahr so stark angewachsen, daß die aufgebrachten eigenen Mittel dazu nicht ausreichten. Somit mußten die Brutto - Investitionen gänzlich durch Kredite finanziert werden. Jenes verhältnismäßig große Volumen ließ zu ca. 80 % mittelfristige- und zu 20 % langfristige Verbindlichkeiten entstehen. Die Hypothek auf die Zahlungsfähigkeit kommender Jahre wurde also weiterhin erhöht. Jene hiervon ausgehenden kumulierenden Wirkungen ließen denn auch die Schuldentilgungsquote steil ansteigen. Wenn es nicht einmal mit dem wirtschaftlichen Ergebnis dieser Jahre gelang, das als verhältnismäßig günstig bezeichnet wird, die fälligen Kredite abzudecken, so dürfte sich auch für die nächsten Jahre ein Mangel an Liquidität ergeben.

Zusammenfassung.

Schon die Struktur der Aktivseite des Vermögensausweises, bedingt durch die betriebliche Tätigkeit, deutet darauf hin, daß Änderungen dieser Posten weitgehend von der Investitionstätigkeit abhängen. Tatsächlich entfielen auch von der Ausdehnung des Bilanzvolumens (fast um das doppelte) 95.6 % auf Sachanlagen, Kapitalbeteiligungen und Darlehen (Anlagevermögen). Dieser besonderen Struktur der Aktivseite war das Eigenkapital im Rechnungsjahr 1950 mit rd. 75 % der Passiva angepaßt. An der Erweiterung der Passivseite war das Eigenkapital jedoch nur mehr mit ca. 4.5 % beteiligt, daher stieg der Fremdkapitalanteil von 11.3 auf 51.2 %. Wir können also sagen, daß die jährliche Ausweitung der Vermögensausweise faktisch durch die Investitionstätigkeit bedingt war. Einerseits wuchs das Anlagevermögen, andererseits

das Fremdkapital fast parallel mit. Diese Entwicklung beruhte auf den eingesetzten Finanzierungsmitteln, jene auf den getätigten Investitionen des Untersuchungszeitraumes. Der sich vergrößernde illiquide Anteil der Aktivseite und der zunehmende Fremdkapitalanteil der Passivseite bedingten eine Verschlechterung der nominellen Liquidität.

Die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch liquide Aktiva war formell seit 1953, wahrscheinlich aber auch in den Vorjahren ausreichend. Mit schließlich noch 4.5 % der Bilanzsumme kommt ihnen noch – im Gegensatz zum mittelfristigen Fremdkapital – geringe Bedeutung zu. Jenes stieg in der kurzen Zeitspanne von 26 % auf 58.3 % des Fremdkapitals, während sich gleichzeitig der langfristige Anteil von 64 % auf 37.2 % minderte. Diesen langfristigen Krediten standen ausschließlich illiquide Aktiva gegenüber. Da die Langlebigkeit der Anlagen in diesem Abschnitt genauer ermittelt werden konnte, ergab ein Vergleich mit den durchschnittlichen Laufzeiten der Kredite, daß von einer derartigen Synchronisierung nicht gesprochen werden kann. Aber auch dem mittelfristigen Kreditvolumen standen in steigendem Umfange (bis zu 76 % im Jahre 1955) illiquide Aktiva gegenüber. Ihr Anteil wäre noch zu erhöhen, falls man die Vorräte als eine Art „eisernen Bestand“ ansieht. So kam es hier zu einem besonders starken Auseinanderklaffen von Kapitalisierungsdauer der Anlagen und Fälligkeit des Fremdkapitals.

Es ist denn auch die Schuldentilgungsquote über die zu erwirtschaftenden Abschreibungen hinausgewachsen. Daß die Ursache dieser Entwicklung durch die Finanzierungsart der Investitionen ausgelöst wurde, konnte durch die Auswertung der Kapitalrechnungen gezeigt werden. Wenn es trotzdem während des Untersuchungszeitraumes zu keinerlei Zahlungsschwierigkeiten kam, so lag das an den ausreichenden Möglichkeiten Kredite aufzunehmen. Inwieweit damit immer gerechnet werden kann, ist nicht weiter zu untersuchen. Wir unterstellten vielmehr bei der Beurteilung der Liquiditätsvorsorge, daß die Neuaufnahme von Krediten nicht möglich sei. Demnach wurde die Liquidität der Rechnungsjahre 1953 und 1955 als nicht ausreichend bezeichnet. Ja, es ist auf Grund der Materialauswertung mit einer weiteren Anspannung der Zahlungsfähigkeit in den nächsten Jahren zu rechnen. Es sei denn, daß sich Möglichkeiten zur Konsolidierung der mittelfristigen Kredite ergeben. Bisher sind wir stets davon ausgegangen, daß die sich kapitalisierenden Aktiva (z. B. in der Form von Abschreibungen) zur Schuldentilgung Verwendung finden können. Tatsächlich wären diese aber zur Erhaltung der Anlagen nötig, und es ist in der Regel damit zu rechnen, daß in den Voranschlägen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden. Gerade in einem derart großen und daher notwendig schwerfälligen Unternehmen erscheint uns zumindest ein gewisser Dispositionsspielraum als unbedingt erforderlich. Wenn dann noch durch eine Verschlechterung der Wirtschaftslage zur Durchführung

der postalischen Tätigkeit ein zusätzlicher Kreditbedarf hinzukommt, müßten unter Umständen alle Investitionen gestoppt werden. Inwieweit und wie lange dies möglich ist, läßt sich theoretisch nicht sagen.

Schließlich zeigte sich, daß der größte Teil der langfristigen Kredite aus dem Postscheck- und Postsparkassenvermögen stammte. Bisher wurden diese wie sonstiges langfristiges Fremdkapital behandelt. Hier stellt sich nun die Frage, ob die DBP für derartige Kredite nicht einer besonderen Vorsorge bedarf. Gleichfalls fragt es sich, ob nicht im Notfall ein noch stärkerer Rückgriff auf liquide Mittel der „Postbank“ möglich ist.

IV. Erfolgsausweise und Rentabilität.

1. Besprechung der Erfolgsausweise des Untersuchungszeitraumes.

Der jährlich veröffentlichte Erfolgsausweis der DBP besteht aus einer Betriebs- und einer Gewinn- und Verlustrechnung. Während jene die sog. betrieblichen Aufwendungen und Erträge erfaßt und mit dem Betriebserfolg abschließt, übernimmt diese das Ergebnis und ermittelt, durch Einbeziehung der sog. außerbetrieblichen Aufwendungen und Erträge, den Reingewinn oder Reinverlust. In gleicher Reihenfolge vorgehend, wollen wir zunächst die Betriebsrechnung betrachten. Als Unterlage dient uns die Tabelle IV.

a) Die Betriebsrechnung.

Diese weist seit 1950 jährlich ansteigende Erträge und Aufwendungen aus ¹⁾. Während die Zunahme der Erträge bis zum Rechnungsjahr 1953 einschließlich (um ca. 32 %) lediglich auf die Erweiterung des postalischen Leistungsvolumens zurückzuführen ist, war in den beiden folgenden Jahren die Gebührenerhöhung vom 1. Juli 1954 daran beteiligt ²⁾. Eliminiert man diese Preissteigerung auf Grund postalischer Schätzungen, so verbleibt trotzdem ein reales Wachstum von ca. 10 und 8 % ³⁾.

Die Kurve der Aufwendungen verlief selbst bei Berücksichtigung der Gebührenerhöhung steiler nach oben. Während die Erträge im Rechnungsjahr 1955 mit 70 % über diejenigen des Rechnungsjahres 1950 hinausgewachsen waren, machte es bei den Aufwendungen mehr als 80 % aus. Betrachten wir nun die betriebliche Kostenstruktur näher!

¹⁾ Das Rechnungsjahr 1954 umfaßte nur 9 Monate. Für einen Vergleich ist daher etwa ¼ hinzuzurechnen.

²⁾ Vgl. DBP-Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1954, S. 10. Geringfügige Tarifveränderungen bleiben vernachlässigt.

³⁾ Vgl. DBP-Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1954, S. 10 und ZPF Nr. 15 / 1956, S. 566.

Betriebliche Aufwendungen in v. H. des Gesamtaufwands ¹⁾.

Aufwendungen	1950	1951	1952	1953	1954	1955
1. Persönliche Kosten	70.3	70.6	70.3	70.5	70.2	70.3
2. Sächliche Kosten	16.6	16.7	16.9	16.6	16.2	15.8
3. Abschreibungen	7.2	7.1	7.1	7.5	8.0	8.6
4. Innerbetriebl. Leistungen	-1.7	-1.4	-1.1	-1.2	-1.6	-1.7 ²⁾
5. Ablieferung	7.6	7.0	6.8	6.6	7.2	7.0

Wir ersehen daraus nicht nur den außerordentlich hohen Anteil der Personalkosten, sondern auch die weitgehende Konstanz der Kostenstruktur. Die Erhöhung des Lohnaufwandes beruhte jedoch nur zum kleineren Teil auf einer Zunahme des Personalbestandes. Zum größeren Teil resultierte sie aus einer Erhöhung der Bezüge und des Sozialaufwandes ³⁾. Das beweist die Steigerung der Lohnkosten um etwa 80 % gegenüber jener der beschäftigten Kopfzahl um 20 % zur Genüge. Darüber hinaus geht aus der Personalstatistik bis einschließlich zum Rechnungsjahr 1954 hervor, daß die Personal-Zunahme bei Arbeitern und Anlernkräften (einschließlich der Beamten im Vorbereitungsdienst), also bei dem Teil der Beschäftigten mit relativ niedriger Entlohnung, anteilmäßig am stärksten war. Neben diesen persönlichen Kosten nimmt sich der Anteil der „sächlichen Kosten“, das sind diejenigen für Betriebsführung und Unterhaltung, gering aus. Da das Preisniveau auch für diese Stoffe gestiegen ist, muß die Verminderung um 0.8 % entsprechend bewertet werden. Die Ursache dürfte zum Teil im fixen Charakter dieser Kosten zu suchen sein. Wenn sich im Gegensatz dazu die Abschreibungsquote erhöhte, so ist dies, wie wir wissen, auf die Ausdehnung der betrieblichen Anlagen, also auf die Investitionstätigkeit zurückzuführen. Schließlich wird noch die „Ablieferung“ an den Bund verrechnet, die auf 6, bzw. 6 ²/₃ % der „verbleibenden Einnahmen“ festgelegt ist ⁴⁾. Inwieweit diese Leistung tatsächlich einen betrieblichen Kostenfaktor darstellt, wird noch zu prüfen sein. Aus der Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge gelangt man für den Untersuchungszeitraum zu dem folgenden „Betriebsergebnis“ ⁵⁾:

In Mio. DM

Betriebsergebnis	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Betriebsgewinn	234.6	102.4	35.2	—	159.7	198.1
Betriebsverlust	—	—	—	39.9	—	—

Es zeigt sich bis 1953 eine laufende Verschlechterung des Betriebsergebnisses, die im letzten Jahr sogar in die Verlustzone führte. Die nachfolgenden Jahre ergaben zwar wieder eine Besserung, aber es gelang nicht, das Ergeb-

¹⁾ Quelle: Tabelle IV.

²⁾ Löhne und sonstige anteilmäßige Kosten, die der Erstellung von Post-Anlagen dienen, werden hier in Abzug gebracht und der Kapitalrechnung zugesetzt.

³⁾ Vgl. DBP-Geschäftsberichte für die Rechnungsjahre 1950-1955, „C. Betriebsrechnung“.

⁴⁾ Vgl. § 21 des PVwG.

⁵⁾ Quelle: Tabelle IV.

nis des Rechnungsjahres 1950 zu erreichen. Ein Indiz für die Ursache dieser Entwicklung läßt sich aus den bisherigen Ausführungen entnehmen. Wir sahen nämlich, daß die gestiegenen Erträge in dieser Periode aus der Erweiterung der Dienstleistungen, bei weitgehend konstanten Preisen stammten. Dagegen basierten die erhöhten Aufwendungen zum Teil auf gestiegenen Löhnen und Preisen.

b) Die Gewinn- und Verlustrechnung.

Diese ergänzt das Betriebsergebnis um die außerbetrieblichen Aufwendungen und Erträge. Vergleichen wir zunächst diese Ergebnisse mit denjenigen der Betriebsrechnung ¹⁾!

In Mio. DM

Ergebnis d. G + V Rechnung	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Reingewinn	249.4	57.4	—	—	135.7	158.8
Reinverlust	—	—	51.0	220.7	—	—

Während durch die „betriebsfremden“ Aufwendungen und Erträge das Ergebnis des Rechnungsjahres 1950 noch verbessert wurde (ca. 15 Mio. DM), kam es durch sie in den folgenden Jahren stets zu einer Verschlechterung. Die betriebsfremden Lasten überwogen 1951 mit 45 Mio. DM, 1952 mit 86.2 Mio. DM, 1953 sogar mit 180.8 Mio. DM. Im Jahre 1954 waren es nurmehr 24 Mio. DM und 1955 39.3 Mio. DM. Wir entnehmen daraus eine gewisse Parallele zur Entwicklung der Betriebsrechnung. Fragen wir nun, wie es zu diesem Trend der Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung kam.

Bei den Aufwendungen sind zunächst die „Zinsen“ zu nennen, die sich alljährlich erhöhten und im Rechnungsjahr 1955 vervierfacht hatten. Diese bestehen aus der Verzinsung von aufgenommenen Krediten und der Verzinsung von Ausgleichsforderungen. Während letztere Schuldbuchforderungen gegen die öffentliche Hand sind ²⁾, zu deren Verzinsung die Post herangezogen wird, resultieren erstere faktisch aus der Aufnahme von Investitionskrediten. Ihre Ausdehnung schlug sich auch in einem Ansteigen der entsprechenden Zinslasten nieder, und zwar von 3 auf 81 Mio. DM. Die folgenden „Verluste der LPD Berlin“ sind in diesem Umfange von der DBP gedeckt worden. Dazu ist sie gemäß § 3 des PVwG verpflichtet. Ab Rechnungsjahr 1955 entfällt die Position; denn das Vermögen der LPD wird seitdem in die Bilanz der DBP einbezogen. Jene Verlustdeckung belastete das Ergebnis für die Rechnungsjahre 1951 mit 27.9 Mio. DM, 1952 mit 57.4 Mio. DM, 1953 mit 56.2 Mio. DM und 1954 mit 44.8 Mio. DM. Dann folgen noch die „außerordentlichen Aufwendungen“, die vor allem aus Sonderabschreibungen bestehen.

¹⁾ Quelle: Tabelle IV.

²⁾ Vgl. § 11 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1950 vom 29. Juni 1951 (BGBl. II S. 125).

Dazu kommt noch für das Jahr 1953 ein Betrag von 108.9 Mio. DM „aus der Umstellung von Auslandsanleihen“. Dabei handelt es sich um jene Summe, die auf Grund der Verpflichtungen des Londoner Schuldenabkommens über die bestehende Rückstellung hinausging. Bei der Ermittlung des periodenechten Reinverlustes ist dieser Betrag also abzusetzen.

Die „Zinsen“ auf der Ertragsseite stammen aus der Anlegung von Rücklagen und aus den Darlehen an Postangehörige. Dann folgt ein bis zum Rechnungsjahr 1954 wertmäßig gleichbleibender und sich dann verdoppelnder Posten „aus Rückstellungen“. Dort werden diejenigen Beträge ausgewiesen, die der für den Nachholbedarf gebildeten Rückstellung in der „DM-Eröffnungsbilanz“ alljährlich entnommen wurden. Es sei besonders erwähnt, daß hier auf strenge Zweckbindung geachtet wird. Die „außerordentlichen Erträge“ enthalten - analog zu den entsprechenden Aufwendungen - in der Hauptsache Sonderzuschreibungen, die sich aus den jährlichen Teilinventuren ergeben. Im Rechnungsjahr 1954 kam es zu einer besonders großen Zuschreibung in Höhe von 58 Mio. DM, die einer Sonderrücklage zugeführt wurde. Diese wurde geschaffen, um gleichartige buchmäßige Verluste zu decken.

2. Klärung der Rentabilitätsverhältnisse.

Die Erfolgsausweise, das gilt für die Betriebs- wie auch für die Gewinn- und Verlustrechnungen, zeitigen während des Untersuchungszeitraumes den Trend: langsamer zunehmende Erträge - schneller steigende Aufwendungen, bei starker laufender Ausdehnung des Leistungsvolumens. Diese Entwicklung verlangt geradezu eine nähere Analysierung der Aufwendungen, wenn man ihre Gründe durchschauen will, zumal die Zusammensetzung der Aufwandsposten keineswegs gewöhnlich ist.

a) Charakterisierung der Aufwendungen.

Die Betriebsrechnung führte uns die Personalkosten als den entscheidenden Posten der Aufwendungen vor Augen. Ihr Anteil am betrieblichen Aufwand mit ca. 70 % läßt die Personalkostenintensität der Post hervortreten. Wie wir wissen, beruhte das Ansteigen dieser Kosten nur zum kleineren Teil auf der Zunahme des Personals. Während die Erhöhung der Kopfzahl vor allem auf die Arbeiter und den Nachwuchs entfiel, ist die Zahl der Beamten nur geringfügig gewachsen. Ja die Angestellten haben sich sogar zahlenmäßig verringert¹⁾. Der größere Anteil dieser Kostenerhöhungen resultierte demnach aus Lohn- und Gehaltssteigerungen und dem sich ausweitenden sozialen Aufwand. Allerdings sind darin auch die Lasten enthalten, die durch den Charakter der DBP als Hoheitsverwaltung bedingt sind. Es sind dies in der Hauptsache

¹⁾ Vgl. „Personalbewegung“ in den Geschäftsberichten der DBP.

die Ruhegehälter an Pensionisten, Witwen, Kriegsbeschädigte usw. Aber auch die Zahlungen an ehemalige Postangehörige aus den abgetrennten Gebieten (Flüchtlinge und Heimatvertriebene) zählen hierzu. Nicht unbedeutend sind die immer wieder verlorengehenden Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung bei Übernahme von Arbeitern und Angestellten in das Beamtenverhältnis. Dazu kommt auch, daß die DBP in größerem Umfange ehemalige Berufssoldaten (131er) übernehmen muß, deren Entlohnung einschließlich des Sozialaufwands zum Teil als zusätzliche Belastung zu betrachten ist. Aus vorstehendem folgt nicht nur eine weitgehende Starrheit der Lohnkosten, sondern auch eine außerordentliche Empfindlichkeit gegenüber privaten Betrieben bei Lohnerhöhungen und – was diesen gleichkommt – bei Verkürzungen der Arbeitszeit. Die Auswirkungen von Lohnsteigerungen auf die Ertragslage sind also ganz besonders stark.

Neben den auch skizzierten zusätzlichen „persönlichen Kosten“ hat die Post entsprechende „sächliche Kosten“ zu tragen. Sie folgen z. B. aus der „Schienentreue“ (die Post ist verpflichtet für Transporte soweit wie möglich den Schienenweg in Anspruch zu nehmen) oder den Vorschriften für die Auftragsvergabe, beim Kauf von Sachgütern. Die Post hat nämlich Zonenrandgebiete, Flüchtlingsbetriebe, Berlin usw. bei Aufträgen zu bevorzugen, und zwar selbst dann, wenn sich die Kosten dadurch etwas erhöhen. Das Ausmaß der sächlichen Kosten hängt also nicht nur von der Preisentwicklung, sondern auch von derartigen besonderen Auflagen ab.

Ganz anders müssen die bilanzmäßigen „Abschreibungen“ beurteilt werden, die auf die Kapitalisierung des Anschaffungswertes der Anlagen gerichtet sind. So kann es zwischen den als betrieblichem Aufwand verrechneten Abschreibungen und dem Geldkapitalbedarf für die Erhaltungsinvestitionen zu mehr oder minder großen Unterschieden kommen (z. B. durch Änderung der Wiederbeschaffungswerte).

Zu den betrieblichen Aufwendungen zählt auch noch die „Ablieferung“ an den Bund. Es fragt sich, ob man sie als echten betrieblichen Kostenbestandteil betrachten kann. Der vielfach geäußerten Ansicht – es handle sich um eine Art Umsatzsteuer – wollen wir uns nicht anschließen, denn lt. § 4, Ziffer 7 des Umsatzsteuergesetzes¹⁾ wurde die Post ausdrücklich von einer derartigen Leistung befreit. Aber selbst dann, wenn hiervon abgesehen wird, glauben wir aus der historischen Entwicklung ersehen zu können, daß der „Ablieferung“ der Gedanke einer Gewinnabschöpfung zu Grunde liegt. Solange die Post Teil des öffentlichen Haushaltes war, fielen die von ihr erwirtschafteten Überschüsse zwangsläufig dem Fiskus zu. Dies war aber auch noch in der Zeit nach Verselbständigung der DRP (durch das RPFG) der Fall. Erst im Jahre 1931 kam es zu einer derartigen Abänderung, die als Maßstab für

¹⁾ In der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1951, BGBl. I., S. 791.

die Ablieferung die Höhe der Einnahmen beinhaltet¹⁾. Die Ursache für die Trennung der Post vom öffentlichen Haushalt lag, wie wir wissen, in dem Bestreben des Fiskus für diese keine Zuschüsse (in den verschiedenen Formen) mehr aufbringen zu müssen. Da die öffentliche Hand damals selbst mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, war es naheliegend, daß sie nach Mitteln und Wegen suchte, um neue Einnahmequellen zu erschließen. Wenn man schließlich noch fragt, an wen dieser „Aufwand“ fließt, und die Antwort darauf lautet: an den Eigentümer, so ist es doch wohl richtiger, die Ablieferung zumindest als „betriebsfremden“ Aufwand zu betrachten.

Gehen wir nun zu den sog. „betriebsfremden Aufwendungen“ über, die in der postalischen Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden. Da sind zunächst die „Zinsen“ für Darlehen, Anleihen und Hypotheken usw. zu nennen. Da diese Kredite ausgesprochen betrieblichen Zwecken, hauptsächlich der Investitionsfinanzierung, dienen, stellen die Zinsen hierfür auch einen echten betrieblichen Aufwand dar. Anders verhält es sich mit der Verzinsung der Ausgleichsforderung. Diese hat mit der betrieblichen Betätigung der Post nichts gemein, sondern der Eigentümer hat seinem Unternehmen damit eine zusätzliche Auflage gemacht. Das ist faktisch der gleiche Vorgang wie die Ablieferung.

Für die nachfolgenden „Verluste der LPD Berlin“ ist eine Charakterisierung schwierig. Es kann nicht klar erkannt werden, inwieweit ihr Defizit durch außerökonomische, insbesondere politische Faktoren, bedingt ist. Sicherlich spielen sie eine gewisse Rolle. Wir wollen daher von dem Gedanken ausgehen, daß dieser Verlust in gleicher Weise von der DBP zu decken ist, wie etwa der Verlust des Filialbetriebes eines privaten Unternehmens, der sich in Berlin befindet. Auch bei derartigen Unternehmen sind wirtschaftliche Erwägungen denkbar, die deshalb nicht gleich eine Auflösung des Filialbetriebes zur Folge haben müssen. Darüber hinaus kommt für die Post ja noch hinzu, daß es ihr zur Pflicht gemacht ist, unrentable, volkswirtschaftlich aber notwendige Dienstzweige zu erhalten. Damit wird deutlich, daß die Aufwendungen der DBP zum Teil besondere Züge aufweisen, die bei einer Beurteilung entsprechend zu würdigen sind. Vor allem ergab sich, daß die ausgewiesenen Ergebnisse der Erfolgsrechnungen als Ausdruck der Rentabilität einer gewissen Modifizierung bedürfen.

b) Berichtigung des Erfolgsausweises.

Aus der Betriebsrechnung werden in die nachfolgende Übersicht²⁾ zunächst die Erträge und Aufwendungen übernommen. Da wir zu der Ansicht gelangten, daß die hierin enthaltene „Ablieferung“ nicht als echter betrieblicher

¹⁾ Siehe hierzu Kommentar: „Das Reichspostfinanzgesetz“ erläutert von Walter Scheda, Berlin 1932, S. 33 ff. und 72 f.

²⁾ Siehe S. 73.

Kostenbestandteil, sondern als außerbetrieblicher Aufwand zu bezeichnen ist, wird der Betriebsaufwand um diese Beträge vermindert. Inwieweit darüber hinaus die Personal- und Sachkosten zusätzliche Aufwendungen enthalten, die ausgesprochen betriebsfremder Natur sind, kann von uns zahlenmäßig nicht ermittelt werden. Dagegen stellen die „Zinsen“, die unter dem betriebsfremden Aufwand ausgewiesen werden, soweit sie aus der Aufnahme von Krediten stammen, einen echten betriebsbedingten Kostenbestandteil dar. Diese Beträge sind also zur Ermittlung des Betriebsergebnisses hinzuzurechnen.

Diesem von uns so berichtigten Betriebsergebnis müssen nun jene Aufwand- und Ertragsposten hinzugefügt werden, die mit der Leistungsfähigkeit der DBP nicht direkt zusammenhängen. Das sind zunächst die Haben - Zinsen, die hauptsächlich aus der Anlegung der Rücklage resultieren und für deren Anlegung bestimmte Grundsätze eingehalten werden müssen. Dann folgen die Beträge zur Verlustdeckung der LPD Berlin; denn diese Institution ist mit Ausnahme des Rechnungsjahres 1955 nicht Bestandteil unseres Untersuchungsobjekts. Schließlich tritt noch der Posten aus der Umstellung von Auslandsanleihen im Rechnungsjahr 1953 hinzu, der oben bereits erläutert wurde. So gelangen wir zu dem vorläufigen Erfolg, der durch die aus der Rückstellung für den Nachholbedarf fließenden Beträge eine Verbesserung erfährt.

Fragen wir nun noch, welche weiteren Anforderungen an die Rentabilität der DBP während des Untersuchungszeitraumes gestellt wurden! Das sind die Ablieferung an den Bund und die Verzinsung der Ausgleichsforderung. Da der § 21 des PVwG als Bemessungsgrundlage für die Ablieferung nicht etwa den Erfolg, sondern den Ertrag (gewissermaßen den Umsatz) festlegt, ist die DBP gezwungen, eine derartige Rendite zu erwirtschaften. Gleichzeitig ist die Auflage des Eigentümers zur Aufbringung von 2/15 der Verzinsung für die Ausgleichsforderung gegen den Bund ebenfalls zu berücksichtigen. So gelangen wir schließlich zu jenem endgültigen Ergebnis für die einzelnen Rechnungsjahre, das von der DBP als Reingewinn oder Reinverlust ausgewiesen wird.

Übersicht über die Berichtigung des Erfolgsausweises in den
Rechnungsjahren 1950 – 55 ¹⁾).

In Mio. DM ²⁾

	1950	1951	1952	1953	1954	1955
1. Erträge lt. Betriebsrechnung	2117	2337	2575	2797	2394	3596
Aufwendungen lt. Betriebsrechnung	1883	2235	2539	2837	2234	3398
Ablieferung	-143	-157	-172	-186	-160	-239
Verzinsung des Fremdkapitals	3	9	36	42	50	81
2. Berichtigte betriebl. Aufwendungen	1743	2087	2403	2693	2124	3240
I. Berichtigtes Betriebsergebnis ³⁾	374	250	172	104	270	356
Habenzinsen	7	5	10	6	6	5
Verlust LPD Berlin	—	-28	-57	-56	-45	—
Saldo aus außerord. Erträgen u. Aufwendung. Aus d. Umstellung von Auslandsanleihen	13	-11	-1	24	60	16
	—	—	—	-109	—	—
II. Vorläufiger Reingewinn bzw. -Verlust	394	216	124	-31	291	377
Aus Rückstellungen	20	20	20	24	22	42
III. Reingewinn / bzw. Reinverlust	414	236	144	-7	313	419
Ablieferung	143	156	173	186	160	238
Verzinsung der Ausgleichsforderung	22	22	22	27	17	23
IV. Anforderungen des Eigentümers an die DBP	165	178	195	213	177	261
V. Überdeckung / Unterdeckung	249	58	-51	-220	136	158

Wir zweifelten in unseren Darlegungen bereits daran, daß die Abschreibungen ausreichen, um den tatsächlichen Bedarf an Erhaltungsinvestitionen zu decken. Unterstellt man, daß in der von den Postorganen angesetzten

¹⁾ Quellen: Tabelle IV, DBP-Geschäftsberichte für die Rechnungsjahre 1950 - 1954 und ZPF 15 / 1956, S. 567 ff.

²⁾ Auf- bzw. abgerundet.

³⁾ Erträge (1) abzüglich der berichtigten betrieblichen Aufwendungen (2).

Lebensdauer der technische Fortschritt einkalkuliert ist, so verbleibt immer noch die Angleichung an das jeweilige Preisniveau. Unterstellt man weiterhin, daß die DBP ihre Anlagen aus eigener Kraft „in gutem Zustand erhalten“ soll¹⁾, so wären auch die entsprechenden kalkulatorischen Abschreibungen nötig. Diese müßten jedoch - wenn nötig - von den bilanzmäßigen Abschreibungen abweichen. Eine Untersuchung der Post aus dem Jahre 1952 läßt die Auswirkungen der Preissteigerung (Wiederbeschaffungspreise) erkennen und das Ausmaß weitgehend bestimmen, wie folgende Ausführungen zeigen.

„Nach dem Stande vom 31. 3. 1952 betrug der Buchwert für

a) Bahnpostwagen	66.4 Mio. DM
b) Kraftfahrzeuge	97.0 Mio. DM
zusammen Buchwert	163.4 Mio. DM.

Die Wiederbeschaffungskosten für Bahnpostwagen betragen nach einer Neuberechnung 144 Mio. DM.

Dabei sind die zu Ende des Rj. 1951 vorhandenen Stückzahlen an den einzelnen Arten von Bahnpostwagen mit den derzeitigen durchschnittlichen Wiederbeschaffungspreisen vervielfältigt worden. Daraus errechnet sich bei einer Lebensdauer von 35 Jahren eine kalkulatorische Abschreibung von . . . 4.0 Mio. DM gegen Buchabschreibungen von 3.0 Mio. DM.

Die Wiederbeschaffungskosten für Kraftfahrzeuge betragen nach einer Neuberechnung zu gegenwärtigen Preisen 261 Mio. DM. Daraus ergibt sich bei einer Lebensdauer von 8 Jahren eine kalkulatorische Abschreibung von . . . rd. 32 Mio. DM gegen Buchabschreibungen von 18 Mio. DM.

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Bild:

Kalkulatorische Abschreibungen für Bahnpostwagen und Kraftfahrzeuge (4 Mio. DM u. 32 Mio. DM =	36 Mio. DM
dagegen bisherige Buchabschreibung für Bahnpostwagen und Kraftfahrzeuge (3 Mio. DM u. 18 Mio. DM) =	21 Mio. DM
Mithin ist die kalkulatorische Abschreibung höher um	15 Mio. DM

Unter Zugrundelegung der kalkulatorischen Bilanz für die Wirtschaftsführung des Rj. 1952 erhöhen sich die veranschlagten Abschreibungen insgesamt von 180 auf 300 Mio. DM²⁾.

Auf Grund dieser Untersuchung läßt sich sagen, daß die DBP neben den als betrieblichem Aufwand verrechneten Abschreibungen, wertmäßig darüber hinaus noch etwa zwei Drittel mehr erwirtschaften muß, um der oben unterstellten Verpflichtung nachkommen zu können. Diese grobe Schätzung für den Untersuchungszeitraum dürfte wohl kaum zu hoch gegriffen sein, denn in den späteren Jahren hat sich, wie wir wissen, das Preisniveau weiter erhöht.

Mio. DM	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Überdeckung / Unterdeckg. ¹⁾	249	58	-51	-220	136	158
+/- zusätzliche kalkulatorische Abschreibungen	91	106	120	142	120	195
	158	-48	-171	-362	16	-38

¹⁾ Vgl. § 2 Abs. 3 des PVwG.

²⁾ Dr. U. Engel und Dr. M. Schubert unter Mitarbeit von Aloysius Zimmermann, Frankfurt, Die Investitionsfinanzierung der Deutschen Bundespost, in: ZfP Nr. 24/1952, S. 928.

³⁾ Siehe S. 73.

Wir ersehen hieraus, daß - die Realisierung der Erhaltungsinvestitionen vorausgesetzt - von einem tatsächlich verfügbaren Überschuß während der Rechnungsjahre 1950 - 55 dann kaum mehr gesprochen werden kann. Es ist daher anzunehmen, daß ein Teil der rechnerischen Neuinvestitionen tatsächlich der Erhaltung der Anlagen diene.

In unserem Versuch, den von der DBP ausgewiesenen Reingewinn bzw. Reinverlust für den Untersuchungszeitraum als Ausdruck der Rentabilität zu überprüfen, gelangten wir teilweise zu anderen Ergebnissen. Während der von uns errechnete Erfolg (vgl. III. Reingewinn / Reinverlust in umstehender Übersicht mit dem Reingewinn / Reinverlust in Tabelle IV) größer war, ergab sich nach Abzug der „Anforderungen des Eigentümers an die DBP“ das von dieser Institution als Reingewinn bzw. -Verlust ausgewiesene Ergebnis. Das wäre noch ungünstiger gewesen, wenn nicht auf Grund der Gebührenerhöhung vom 1. Juli 1954 für das Rechnungsjahr 1954 ca. 80 und 1955 ca. 180 Mio. DM zusätzlich aufgekommen wären¹⁾. Aber selbst diese Beträge dürften wohl nicht als verfügbarer Reinertrag (1952 und 1953 wird von der DBP bereits ein Reinverlust ausgewiesen) anzusprechen sein; denn allein für die Erhaltung der Anlagen waren, das kann wohl mit Sicherheit angenommen werden, noch erhebliche - über die verrechneten Abschreibungen hinausgehende - Beträge aufzubringen. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat die gesamte Überdeckung für den Untersuchungszeitraum (330 Mio. DM)²⁾ dafür nicht ausgereicht.

3. Wechselwirkungen zwischen Ertragslage und Investitionstätigkeit.

In den privaten Unternehmen wird die Frage, ob eine Investition durchgeführt werden soll oder nicht, letztlich wohl dadurch entschieden, ob es durch sie zu einer Steigerung der Rentabilität (im weitesten Sinne) kommt oder nicht. Zumindest sind für den erwerbswirtschaftlich orientierten Privatbetrieb Investitionen, die seine Rentabilität mindern, undiskutabel. Dagegen kann die DBP zur Erweiterung ihrer Anlagen gewissermaßen von außen, nämlich durch die Änderung der Nachfrage nach Postleistungen, gezwungen werden (Kontrahierungszwang). Dieser Faktor muß jedoch mit dem Rentabilitätsfaktor nicht in direktem Zusammenhang stehen. Während des Untersuchungszeitraumes kam es zu einer nachfragebedingten Erweiterung der postalischen Einrichtungen bei einem Absinken der in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Gewinne. Neben den aufgezeigten Ursachen, die in der Kostenseite steckten, können solche aber auch in der Ertragsseite liegen. Man denke beispielsweise daran, daß sich die Nachfragesteigerung auf die unrentablen Dienstzweige konzentriert (Zeitungsdienst, öffentlicher Telegraphendienst, Kraftpostdienst insoweit, als zum sozialen Kilometer-Tarif gefahren wurde, u. a.).

¹⁾ Vgl. DBP-Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1954 und ZPF Nr. 15/1956, S. 566.

²⁾ Das entspricht den von der DBP ausgewiesenen Ergebnissen in den Gewinn- und Verlustrechnungen des Untersuchungszeitraumes.

So erhöht sich das Defizit der Zuschuß-Dienste bei gleichbleibenden Erträgen der rentablen Dienstzweige. Es kommt also zur Verschlechterung der Ertragslage. Da die DBP aber ihre Aufgaben zu erfüllen und gleichzeitig ihr Vermögen zu erhalten hat, ist eine gegenseitige Abstimmung von Rentabilität und Investitionstätigkeit zu fordern.

Die Neuinvestitionen bedingen insoweit eine Belastung der Ertragslage, wie dadurch die aufzubringenden Abschreibungswerte erhöht werden und auch die sächlichen Kosten in bestimmtem Umfange steigen. Jene aus der Ausnutzung dieser Anlagen resultierenden Erträge müßten also zumindest die durch sie bewirkte Kostenerhöhung ausgleichen. Das kann bei der Post stets nur insgesamt möglich sein, da von ihr auch ausgesprochen unrentable Investitionen zu tätigen sind. Man denke etwa an den Bau eines Postamtes, oder an die Erstellung von Anlagen in abgelegenen Gebieten, wo von vorne herein nur mit einer niedrigen Frequenz zu rechnen ist. Allerdings dürften gerade auf diesem Sektor noch gewisse Einsparungen möglich sein. Es würden beispielsweise in manchen kleineren Orten Poststellen oder Agenturen vollauf genügen. Das setzt aber voraus, daß die DBP davon befreit wird, auf die Wünsche der verschiedenartigen Gebietskörperschaften „Rücksicht“ nehmen zu müssen. Die Durchführung von Investitionen soll darüber hinaus darauf gerichtet sein, durch Ausnutzung des technischen Fortschritts und der Rationalisierungsmöglichkeiten das Kostenniveau zu vermindern; denn auch für die Post gilt es, unter Berücksichtigung des ökonomischen Effekts zu wirtschaften, um so die Postpreise möglichst niedrig zu halten, d. h. den wirtschaftlichen Erfolg dieser Institution an alle Postbenutzer weiterzugeben. Hierfür bildet die Leistungssteigerung je Arbeitskraft einen Anhaltspunkt. Aus folgender Tabelle kann entnommen werden, daß sich die Produktivität je Arbeitskraft während des Untersuchungszeitraumes tatsächlich gesteigert hat. Daraus erklärt sich auch unsere Feststellung, daß die Personalzunahme hinter dem steigenden Leistungsvolumen, und zwar nicht unerheblich zurückgeblieben ist.

Die folgende Tabelle zeigt für die einzelnen Dienstzweige, bzw. Arbeitsbereiche, ganz erhebliche Unterschiede auf. Im großen und ganzen läßt sich sagen, daß die Leistungssteigerung dort schwächer war, wo die Elemente des „tertiären“ Sektors¹⁾ besonders ausgeprägt sind. Hierunter versteht Fourastié wirtschaftliche Tätigkeiten, die nur einen geringen technischen Fortschritt kennen (z. B. Handel, Friseurgewerbe). Das sind vor allem die Dienstleistungen; denn für sie ist in relativ großem Umfange die Bereitstellung menschlicher Arbeitskraft (etwa im Gegensatz zur Industrie) erforderlich.

¹⁾ In der Terminologie von Fourastié; Jean Fourastié, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln 1954, S. 30 f.

Verkehrszahlen bezogen auf eine Arbeitskraft ¹⁾.

Zunahme in v. H.

	1951	1952	1953	1954	Zunahme insgesamt
Briefsendungen	2.8	4.9	-1.2	6.0	13.2
Paket- und Wertsendungen	-0.4	3.6	0.4	2.6	6.5
Ein- und Auszahlungen	3.0	2.5	1.9	2.0	11.0
Eingegangene Nachnahmesendungen	10.3	—	3.7	2.2	11.7
Fremde Wertzeichen (DM)	42.3	19.3	0.7	14.1	95.3
Rundfunkgenehmigungen	2.7	3.8	0.8	0.5	8.1
Postscheckbuchungen	8.0	5.4	5.5	3.9	25.0
Orts- und Ferngespräche	3.0	2.6	2.4	3.2	11.8
Telegramme	-8.4	-3.5	-1.2	-3.6	-15.7
Einnahmen in DM	5.6	5.0	3.9	—	11.5

Zweifellos beruht die erhöhte Arbeitsproduktivität nicht ausschließlich auf dem Einsatz von Investitionen. Daneben kann sich darin eine Fülle anderer Faktoren auswirken. Gerade bei einem Dienstleistungsbetrieb ist es möglich, eine erhöhte Nachfrage zum Teil mit gleichem Personal und ohne Einsatz von zusätzlichen Anlagen zu bewältigen. Man denke etwa an die regelmäßig verkehrenden Kraftpostlinien oder an die Schalter in den Postämtern. Auch Verbesserungen in der Organisation allein, die faktisch keinerlei Kosten verursachen, können eine Leistungssteigerung bewirken. Trotzdem ließ die weitere Beschäftigung mit diesen Dingen den Schluß zu, daß die gestiegene Produktivität zu einem nicht unerheblichen Teil auf die Investitionstätigkeit zurückzuführen ist. Wir können daher sagen, daß durch die Investitionstätigkeit der Personalkostenanteil je Dienstleistung vermindert worden ist, wenn es uns auch nicht möglich war, diesen zahlenmäßig herauszuarbeiten ²⁾. Es wären also die Personalkosten während des Untersuchungszeitraumes stärker gestiegen, wenn das Personal in dem Umfang zugenommen hätte, in dem die Leistungen gewachsen sind. Die „finanzielle Produktivität“ der Posteinrichtung, d. h. die Wertschöpfung je Kopf der Belegschaft hat sich also erhöht ³⁾. Demnach ist mit der Kapitalisierung der Investitionen zwar zu rechnen, aber bedingt durch den relativ niedrigen Kapazitätseffekt - zumindest in weiten Bereichen - ist die positive Auswirkung auf die Ertragslage nur sehr gering. Dies gilt insbesondere dann, wenn qualitative Verbesserungen, die sich im Kapazitätseffekt nicht ausdrücken, auf die Tarifgebung ohne Einfluß bleiben. Während bei privaten Unternehmen die ver-

¹⁾ Vgl. DBP-Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1954, S. 19.

²⁾ Dazu wären umfassende statistische Erhebungen nötig, da die postalische Kostenrechnung noch in ihren ersten Anfängen steht.

³⁾ Darunter versteht Fourastié: „... die Differenz zwischen dem Umsatz und den Gemeinkosten, einschließlich der Rohstoffkosten, jedoch ohne die Lohnkosten, d. h. die Summe der Löhne und Gewinne, berechnet auf die Gesamtzahl der im Unternehmen Beschäftigten.“ Jean Fourastié, a. a. O., S. 195.

besserte Leistung bei gleichen Aufwendungen zumeist ihren Niederschlag in der Ertragslage findet, wird dieser Erfolg, insoweit die Postpreise konstant bleiben, direkt an die Postbenutzer weitergegeben. Auf die Schwierigkeiten der Messung dieses Effekts und auf die Ursachen des verhältnismäßig geringen Umfangs¹⁾ kann im Rahmen der Arbeit nicht näher eingegangen werden.

Auch zwischen der Finanzierung der Investitionen und der Ertragslage bestehen enge Beziehungen. Der § 20 des PVwG bestimmt, daß der (dieser Institution verbleibende) Gewinn, abgesehen von der Bildung von Rücklagen zur Finanzierung der Investitionen zu verwenden ist. Für die „Verminderung des Kreditbedarfes“ oder für die „Schuldentilgung“ können Gewinne verwendet werden; sie dienen ja im weiteren Sinne auch dem gleichen Zweck. So sind auch die in den einzelnen Rechnungsjahren ausgewiesenen Reingewinne hiefür eingesetzt worden²⁾. Soweit dagegen die Investitionen durch Kredit finanziert wurden, belasten sie die Rentabilität. Wie wir für den Untersuchungszeitraum feststellen konnten, spiegelte sich die steigende Fremdfinanzierungsrate innerhalb der Erfolgsausweise in der Erhöhung der Schuldzinsen wider. Die innige Verflechtung von Rentabilität, Investitionstätigkeit und ihrer Finanzierung wird so durch eine Vielfalt von Wechselbeziehungen deutlich.

Zusammenfassung.

Die Erfolgsausweise des Untersuchungszeitraumes ergaben ein alljährlich über die Zunahme der Erträge hinausgehendes Ansteigen der Aufwendungen. So sank die Erfolgskurve vom Rechnungsjahr 1950 bis zum Rechnungsjahr 1953 ab, stieg im Rechnungsjahr 1954 kräftig an und blieb dann konstant. Während die Struktur der betrieblichen Aufwendungen in dieser Zeit so ziemlich gleichblieb, war die der außerbetrieblichen gewissen Wandlungen unterworfen. So konnte durch das Verhältnis der betriebsfremden Aufwendungen zu den betriebsfremden Erträgen das Ergebnis im Rechnungsjahr 1950 verbessert werden. In den folgenden Jahren wurde es dagegen verschlechtert. Es schloß so die Gewinn- und Verlustrechnung der Jahre 1952 und 1953 sogar mit einem Verlust ab.

Die nähere Analysierung der einzelnen Aufwandsposten ließ ihre Besonderheiten erkennen. Dabei zeigte sich, daß die gestiegenen Personalkosten weniger auf der Zunahme des Postpersonals, als viel mehr auf den Lohn- und Gehaltserhöhungen beruhten. Dazu kam noch eine außerordentlich hohe soziale Belastung, die weitgehend auf den Charakter der DBP als Hoheits-

¹⁾ Siehe auch hierzu: Jean Fourastié, a. a. O., S. 139.

²⁾ Siehe S. 36 ff.

verwaltung zurückzuführen ist. Wir ersahen daraus die besonders starke Anfälligkeit der postalischen Rentabilität gegenüber Lohn- und Gehaltserhöhungen, die wohl weit über die bei privaten Unternehmen hinausgeht. Auch die außerordentliche Starrheit der Lohnkosten bei der DBP verdient festgehalten zu werden.

Die Durchleuchtung der einzelnen Kostenbestandteile verlangte schließlich eine Berichtigung der Erfolgsausweise. Während die Verzinsung des Fremdkapitals als echter betrieblicher Aufwand bezeichnet wurde, gelangten wir zu der Ansicht, daß die Ablieferung einen betriebsfremden Aufwand darstelle. Daran wurden von uns jene Erträge und Aufwendungen angefügt, die mit der Leistungsfähigkeit dieser Institution nicht in direktem Zusammenhang standen. Dieses Ergebnis um die Rückstellungen erhöht, ließ uns den Reingewinn bzw. Reinverlust ermitteln. So kamen wir zu einem günstigeren Bild der Post-Rentabilität für den Untersuchungszeitraum. Jedoch bedingt durch die zusätzlichen Anforderungen, die der Eigentümer in der Form der Ablieferung und des Zinsaufwands für die Ausgleichsforderungen an die DBP stellte, entsprach wertmäßig die Über / Unterdeckung denjenigen Ergebnissen, die von der DBP als Reingewinn oder Reinverlust ausgewiesen werden. Die sich so ergebende Überdeckung von 330 Mio. DM - für den Untersuchungszeitraum - kann wohl nicht als Ausdruck einer ausreichenden Rentabilität angesehen werden, denn wir gelangten zu der begründeten Ansicht, daß jener Betrag nicht einmal genügt haben dürfte, um die notwendigen Erhaltungsinvestitionen zu finanzieren.

Da zwischen Investitionstätigkeit und Ertragslage vielfältige Wechselbeziehungen bestehen, drängt sich die Frage nach dem Kern der Rentabilitätsproblematik auf. Dies ist schon deshalb von Bedeutung, weil es einerseits möglich ist, die Post zur Investition zu zwingen, ohne dabei auf die Rentabilität des Unternehmens zu blicken. Andererseits ist die DBP jedoch gleichzeitig durch Gesetz verpflichtet ihr Vermögen zu erhalten. Die verschiedenartigen Wirkungen, die von der Investitionstätigkeit auf die Ertragslage und umgekehrt ausgehen, veranlassen uns zu der Fragestellung, inwieweit diese aufeinander abzustimmen sind. Insbesondere fragt es sich, in welchem Umfange die DBP ihr Investitionsvolumen selbst finanzieren soll?

ZUR KRITIK DER INVESTITIONSFINANZIERUNG

Der Untersuchungszeitraum von 1950 bis 1955 ist durch eine starke Ausweitung der Investitionstätigkeit charakterisiert. Das entscheidende Kriterium der Investitionsfinanzierung bildet der außerordentlich hohe, von Jahr zu Jahr steigende Anteil des Fremdkapitals und innerhalb desselben die sich ständig erhöhende Quote der mittelfristigen Kredite.

Wenn wir jetzt den Versuch machen, zu den Einzelproblemen, die sich aus der Arbeit am konkreten Material ergaben, kritisch Stellung zu nehmen, so sind uns dabei doch enge Grenzen gesetzt. Sie resultieren insbesondere aus dem verhältnismäßig kurzen Untersuchungszeitraum und den wohl stets lückenhaften Unterlagen. Die Bedeutung von Rentabilität und Liquidität für die Investitionsfinanzierung lassen es uns als zweckmäßig erscheinen, nun die einzelnen Problemstellungen gewissermaßen in umgekehrter Reihenfolge aufzugreifen.

I. Zum Rentabilitätsproblem der DBP.

Während im empirischen Teil die Ermittlung der tatsächlichen Rentabilität des Untersuchungszeitraumes und die Ergründung der Ursachen der dargestellten Entwicklung angestrebt wurden, wollen wir nun den Versuch machen, die darin liegende Problematik in den Griff zu bekommen. Die Notwendigkeit hierzu ergibt sich schon daraus, daß einerseits, wie wir wissen, zwischen Investitionstätigkeit und Ertragslage vielfältige Wechselbeziehungen bestehen und andererseits **die** Frage einer Klärung bedarf, inwieweit die Investitionen selbst zu finanzieren sind.

1. Fassung des Rentabilitätsproblems.

Die Rentabilitätsanalyse der Rechnungsjahre 1950 bis 1955 ließ das eindeutige Vorherrschen der fixen Kosten klar erkennen. Sie stellen einen wichtigen Grund für den monopoloiden Charakter dieser Institution dar. Die entscheidende Ursache der postalischen Fixkostenintensität liegt wohl, abgesehen von beamtenrechtlichen Bindungen usw., in ihrem Aufgabenbereich. Die Bereitstellung ihrer Dienstleistungen verlangt eben nicht nur entsprechende betriebsbereite Anlagen, sondern auch das dazugehörige Personal. Beides muß aber, zumeist weniger auf einen Durchschnittsbedarf, mehr auf den zu erwartenden Spitzenbedarf ausgerichtet sein. Man denke etwa an die Omnibuslinien, den Schalterverkehr usw. So wie sich die Anlagen – mit Einschränkungen – ohne Rücksicht auf den Umfang der Ausnutzung kostenmäßig auswirken, verhält es sich auch mit den Personalkosten. Daraus ist vornehmlich der bei der DBP vorliegende Sonderfall zu erklären, daß auch der Personalaufwand zum größten Teil aus fixen Kosten besteht.

So wird neben der Wirtschaftslage der bestimmende Einfluß der Preis- und Lohnentwicklung auf die Höhe des betrieblichen Aufwandes verständlich, wenn man von den durch die Ausweitung des Dienstleistungsvolumens bedingten Kostenerhöhungen absieht. Zweifellos kann man das postalische Preis- und Lohnniveau als ein besonderes betrachten. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich dieses – mit Einschränkungen – parallel zum allgemeinen Niveau verhält. Von diesen, der Dynamik des Wirtschaftslebens entspringenden Schwankungen hängen mehr oder minder alle Wirtschaftsunternehmen ab. Soweit derartige Veränderungen den Lohnsektor treffen, ist ihre Auswirkung auf die Post besonders stark. Die Empfindlichkeit dieser Institution hierfür beruht neben ihrer Lohnkostenintensität auch noch vor allem auf der ihr aufgebürdeten hohen sozialen Hypothek, die sich aus ihrem Charakter als Bundesverwaltung ergibt.

Während es in Zeiten eines wirtschaftlichen Aufschwungs in der Regel zu einem Ansteigen des relativen Kostenniveaus kommt und es den privaten Unternehmen möglich ist, die erhöhten Kosten auf den Preis abzuwälzen, sind die Post-Preise auf Grund ihres politischen Charakters nur schwer beweglich. Eine Berechnung des Gebührenindex für das Rechnungsjahr 1954 er-

gab auf der Basis von 1936 163 Punkte¹⁾. Demgegenüber lagen beispielsweise die Erzeugerpreise inländischer Industrieprodukte bei 222 Punkten²⁾. Darüber hinaus kam es zu einer erheblichen qualitativen Verbesserung der Postleistungen, die sich zwar zunächst in einer Erhöhung der Kosten, aber nicht im Preis niederschlugen. Man denke etwa an die vielfachen Verbesserungen auf dem Fernmeldesektor (Selbstwählverkehr). Diese Starrheit der Postpreise, wie sie die empirische Untersuchung zeigte, läßt im konjunkturellen Aufschwung weitere Begleiterscheinungen wirksam werden. Man kann wohl damit rechnen, daß auf Grund der steigenden Konsumenten- und Unternehmereinkommen, sowie infolge der großzügigeren Kostengestaltung der Unternehmen in einer derartigen Konjunkturphase auch eine zusätzliche Nachfrage nach Postleistungen ausgelöst wird. Diese bedingen wieder, sobald die vorhandenen Kapazitäten ausgenutzt sind, eine Erweiterung der Anlagen und eine Erhöhung des betrieblichen Aufwands. Hierfür müssen in dieser Konjunkturphase aber zumeist höhere Preise und Löhne aufgewendet werden.

So ist wohl die Entwicklung des Untersuchungszeitraumes grundsätzlich zu charakterisieren. Außerdem kam es auch noch zu einer Strukturverschiebung zugunsten der unrentablen Dienstzweige innerhalb des Postbetriebes. Wir können also feststellen:

Die ungünstige Ertragsentwicklung dieser Periode ist weitgehend auf die sich immer weiter öffnende Schere von steigenden Kosten einerseits und festgepflochten starren Preisen andererseits zurückzuführen.

Damit wird der Trend von 1950 bis 1955 verständlich, der trotz Ausdehnung des postalischen Dienstleistungsvolumens festzustellen war.

In Zeiten einer Stagnation oder auch Konjunkturverschlechterung ist mit einem Rückgang der postalischen Erträge zu rechnen. Einerseits ist ein Rückgang der Nachfrage nach derartigen Dienstleistungen, andererseits das Bestreben zu erwarten, diesen „politischen Preis“ zu senken, was während der Weltwirtschaftskrise ja tatsächlich auch geschehen ist. Während dann die privaten Unternehmen nicht nur die in der guten Konjunktur angesammelten Reserven einsetzen³⁾, sondern auch, hauptsächlich durch Verminderung des Personals, Lohnsenkungen u. a. ihr Kostenniveau zu senken suchen, ist der Dispositionsspielraum der an sich fixkostenintensiven DBP auch noch erheblich eingengt. Mit einer Kostenerhöhung je (Dienstleistungs-) Einheit muß schon deshalb gerechnet werden, weil die Betriebsbereitschaft in bestimm-

¹⁾ Der Gebührenindex wurde zum 1. 9. 1955 durch Gewichtung der einzelnen Dienstzweige ermittelt und uns vom Bundesministerium f. d. Post- u. Fernmeldewesen (Ref. IV D 5) überlassen. Das Jahr 1936 ist ein willkürlich gewähltes Basisjahr. (Es kam in dieser Zeit zu keinen grundsätzlichen Tarifveränderungen).

²⁾ Selbst errechnet. (Quelle: Statistische Jahrbücher und Geschäftsberichte der BDL).

³⁾ Auf die Vielfalt der offenen und stillen Reservebildung ist hier nicht näher einzugehen. Es sei nur die „großzügige Abschreibungspraxis“ erwähnt.

tem Umfange erhalten werden muß, diese Kapazitäten jetzt aber nur in geringerem Ausmaß genutzt werden. Hinzu kommt jene besondere Starrheit der Lohnkosten, die sich vor allem in den beamtenrechtlichen Bindungen ausdrückt. Weiterhin verbleibt insbesondere auch die soziale Belastung. Nicht zuletzt ist schließlich mit der Auflage zu rechnen, daß Entlassungen unterbleiben müssen. Die hierfür maßgebenden Gründe resultieren jedoch nicht aus dem ökonomischen Bereich. Wie wir im empirischen Teil feststellen konnten, fehlen der DBP darüber hinaus jegliche Reserven.

Die von uns erarbeitete allgemeinere Problematik der postalischen Rentabilität bedarf noch insofern einer Ergänzung, als diese durch die gemeinwirtschaftliche Zielsetzung der Post belastet wird. Insbesondere sind es:

- 1) Zinsausfälle durch die Bindung der anzulegenden Beträge aus dem Postscheck- und Postsparkassenvermögen an bestimmte Grundsätze,
- 2) Folgen der Kontrahierungspflicht (wie z. B. Zeitungs- und öffentlicher Telegraphendienst),
- 3) Folgen der gemeinnützigen Tarifgebarung (wie z. B. sozialer Kilometertarif, Erschließung abgelegener Gegenden, Ermäßigung der Drucksachengebühr aus kulturellen Gründen, die weit über das erträgliche Maß hinausgehen),
- 4) Übernahme der versorgungsberechtigten ehemaligen Berufssoldaten (131er),
- 5) Ruhegehälter für Witwen, junge Kriegsbeschädigte, sowie sonstige Witwen- und Waisenversorgung,
- 6) Verluste des Arbeitgeberbeitrags zur Sozialversicherung bei Übernahme von Angestellten und Arbeitern in das Beamtenverhältnis,
- 7) Sonstige allgemeine Rücksichten aus volkswirtschaftlichen, sozialen, staatspolitischen Gründen (wie z. B. Schienentreue, Bevorzugung der Zonenrandgebiete und Flüchtlingsbetriebe bei der Auftragsvergabe).

Auch wenn man nicht auf die Vielfalt derartiger Belastungen näher eingeht, drängt sich einem die Frage auf, inwieweit diese oder jene Position noch zum „gemeinwirtschaftlichen Bereich der DBP“ gehört. Eine strenge Scheidung von den sonstigen politischen Lasten dürfte zumeist außerordentlich schwierig sein. Für uns ergibt sich hier daraus, daß all diese Belastungen die postalische Rentabilität nicht nur einschränken, sondern daß diese Aufwendungen zum großen Teil ebenfalls als starr anzusprechen sind.

So kann festgestellt werden, daß die Rentabilität des gemeinwirtschaftlichen Unternehmens DBP keinerlei Schlüsse auf ihre Produktivität zuläßt. Da aber der § 15 des PVwG ausdrücklich festlegt, daß die Post alle ihre Aufgaben aus eigenen Einnahmen zu bestreiten hat, ist auch für sie die entsprechende Rentabilität zu fordern. Der darüber hinaus gehende Grundsatz der „Vermö-

genserhaltung", der im § 2 Ziff. 3 des Gesetzes manifestiert ist und die aufgezeigte allgemeine Problematik wirft die Frage nach dem Ausmaß der anzustrebenden Rentabilität auf.

2. Kostendeckung oder Gewinnerzielung.

Dem gemeinwirtschaftlichen Gedanken, der diesem öffentlichen Unternehmen letztlich zu Grunde liegt, muß geradezu der Grundsatz der Gewinnerzielung von vorneherein fremd sein. Mittels der Posteinrichtung will doch die öffentliche Hand jener Verpflichtung gerecht werden, die von einem privaten Wirtschaftsunternehmen nicht erfüllt werden kann. Es handelt sich dabei um die Zur-Verfügung-Stellung von Nachrichtsmitteln in ausreichendem Maße und zu völlig gleichen Bedingungen, die es jedem einzelnen ermöglichen soll, sich ihrer zu bedienen. Der Fiskus will so dafür Sorge tragen, daß alle diese Verkehrsmittel auch in den entlegensten Gegenden zur Benutzung bereitstehen. Gleichzeitig soll die Preisbemessung unter Berücksichtigung des Prinzips der Gleichartigkeit möglichst niedrig sein. Gemäß ihrer Zielsetzung kann die Geschäftsgebarung der Post auch nicht wie die privater Unternehmungen auf Gewinnerzielung ausgehen, sondern vielmehr auf optimale Produktivität, um dergestalt der Volkswirtschaft zu dienen und diesen Nutzen an alle Wirtschaftler weiterzugeben.

Zur Erfüllung dieser öffentlichen Aufgabe wurde vom Fiskus das „Sondervermögen DBP“ geschaffen. Damit dieses seinen Zweck nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft erfüllen kann, ist es, wie oben bereits erwähnt, zu erhalten. Demnach wäre der § 15 Absatz 1 des PVwG

„Die Deutsche Bundespost hat ihren Haushalt so aufzustellen und durchzuführen, daß sie die zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verpflichtungen notwendigen Ausgaben aus ihren Einnahmen bestreiten kann. Zuschüsse aus der Bundeskasse werden nicht geleistet.“

in Verbindung mit dem § 2 Ziffer 3 so auszulegen, daß zu den zu erwirtschaftenden Aufwendungen auch diejenigen gehören, die der Erhaltung des Postvermögens dienen. So ist der von der DBP geforderte Grundsatz der Kostendeckung zu verstehen, der auch durchaus im Einklang mit der gemeinwirtschaftlichen Zielsetzung steht, solange unter Berücksichtigung des ökonomischen Effekts gewirtschaftet wird.

Der Grundsatz der Kostendeckung umfaßt zweifellos den „betrieblichen“ Aufwand, der sich aus Personal- und Sachkosten zusammensetzt und weitgehend fixer Natur ist. Diese Aufwendungen müssen möglichst niedrig gehalten werden, denn sie sind unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit zu sehen. Gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Prosperität sollte der sparsamste Einsatz von Personal und die völlige Ausnutzung der vorhandenen Anlagen im Vordergrund stehen. Der „fixe“ Charakter dieser Kosten verleiht der hier aufgestellten Forderung ihr besonderes Gewicht. Denn jede Erwei-

terung der Einrichtungen und jede Vermehrung des Postpersonals bedeutet in der Hauptsache eine Erhöhung der fixen Kosten, deren Abbau in wirtschaftlich schlechten Zeiten kaum möglich ist.

Gleichermaßen ist aber auch „die Erhaltung der Anlagen in gutem Zustand“ zu fordern. Hierfür erscheint uns das Prinzip der Gleichsetzung der Erhaltungsinvestitionen mit den bilanzmäßigen Abschreibungen als nicht ausreichend. Wir denken dabei insbesondere an die Geldwertveränderungen, deren langfristiger Trend bisher auf eine Verringerung des Geldwertes abzielte. Da die Postanlagen relativ langfristiger Natur sind, ist diese Problematik für die DBP außerordentlich bedeutsam. Es erscheint uns daher als gerechtfertigt, daß die Post insoweit (rechnerische) Gewinne erwirtschaftet, wie sie erforderlich sind um das Geldkapital für die Ersatzinvestitionen aufzubringen. Als eine Maxime darf wohl der Grundsatz: Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Betriebes in Gegenwart und Zukunft angesehen werden.

Zu den betrieblichen Aufwendungen zählen auch jene, die in der Regel als „gemeinwirtschaftlich“ bezeichnet werden. Wir haben diese an anderer Stelle bereits aufgezählt¹⁾ und deuteten bereits an, daß in diesen zum Teil betriebsfremde Lasten enthalten sind (insbesondere unter Ziffer 4 und 5). Eindeutig kann im Rahmen unserer Arbeit eine Klärung nicht herbeigeführt werden. Darüber hinaus wurde von uns die gesetzlich geforderte Ablieferung wie auch die Verzinsung der Ausgleichsforderung nicht als echter betrieblicher Kostenbestandteil angesehen. Obwohl sich die Ablieferung nicht nach den Überschüssen, sondern vielmehr nach den Einnahmen richtet, glauben wir bereits darin eine Durchbrechung des Kostendeckungsprinzips zu erblicken. Die Sicherung einer bestimmten, fest umrissenen Ertragsquelle für den Fiskus bildet einen Nebenzweck der DBP, der unter dem Gesichtspunkt der gemeinwirtschaftlichen Zielsetzung zumindest als nicht unbedenklich anzusehen ist. Sicherlich hat die Verzinsung von 2/15 der „Ausgleichsforderung gegen den Bund“, also einer Last des Fiskus, mit der Aufgabenstellung der Post nichts gemein. Durch diese verschiedenartigen, zusätzlichen Belastungen der Rentabilität kommt es zu einer Einschränkung des gemeinwirtschaftlichen Gedankens. Es verschiebt sich so nicht nur die auf die Wirtschaftler bezogene Lastenverteilung, sondern es wird der Post auch unmöglich, den vollen Nutzen an alle Postbenutzer weiterzugeben, was volkswirtschaftlich wohl als negativ zu beurteilen ist.

Trotz der Einbeziehung dieser realen Fakten kann wohl nicht der Schluß gezogen werden, daß die Tätigkeit der DBP auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist; damit würde das entscheidende Kriterium dieser Einrichtung zu-

¹⁾ Siehe S. 83.

mindest gefährdet werden, wenn nicht überhaupt wegfallen. Wir glauben allerdings auf Grund obiger Darlegungen feststellen zu können, daß es sich dabei um Einschränkungen des gesamtwirtschaftlichen Gedankens handelt. Daraus ergibt sich auch die Forderung, daß die ausgesprochen betriebsfremden Lasten von derjenigen Institution zu tragen sind, auf die sie tatsächlich entfallen. Wir denken insbesondere an die Verzinsung der Ausgleichsforderung und diejenigen betriebsfremden Lasten, die in den sog. gesamtwirtschaftlichen Aufwendungen enthalten sind.

Zusammenfassend und abschließend wollen wir hervorheben, daß die Rentabilität der DBP weder auf rechnerische Gewinnerzielung noch auf Kostendeckung zu richten ist. Im Mittelpunkt sollte wohl die Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Post-Betriebes stehen, damit diese Institution ihre Aufgaben jederzeit und in vollem Umfange - gemäß ihrer gesamtwirtschaftlichen Zielsetzung - erfüllen kann. Darin sehen wir zugleich Ziel und Grenze für die postalische Rentabilität.

II. Zum Liquiditätsproblem der DBP.

Auch die Erfassung der Liquiditätsproblematik erscheint uns für die thematische Fragestellung zumindest als unerläßliche Voraussetzung, wenn nicht sogar als ein Hauptbestandteil. Einerseits kann die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit als eine Begrenzung der Fremdfinanzierung bezeichnet werden, andererseits sind die Veränderungen der Liquidität in der Hauptsache eine Folge der Investitionsfinanzierung. Das läßt sich grundsätzlich aus der Struktur des Vermögens ableiten und das ergab auch die Betrachtung des Untersuchungszeitraumes.

Die Liquiditätsanalyse im empirischen Teil der Arbeit bedarf jedoch zuvor noch einer Ergänzung. Dort wurde insbesondere die nominelle Liquidität an Hand der Vermögensausweise beurteilt, zu der allerdings auch die Kapitalrechnungen herangezogen wurden. Daneben laufen durch die Postkassen noch verschiedenartige andere Beträge, die zwar nicht dem Vermögen der Post zuzurechnen sind, aber dieser Institution für eine längere oder kürzere Periode zur Verfügung stehen. Die zeitweilige Verfügungsmacht über diese Beträge ermöglicht ihren Einsatz für postalische Zwecke. So ist die Einbeziehung der „durchlaufenden Gelder“ in unsere Liquiditätsbetrachtung gerechtfertigt.

1. Bedeutung der durchlaufenden Gelder für die Liquidität.

Die durchlaufenden Gelder wollen wir in diejenigen des Postscheck- und Postsparkassenverkehrs, sowie in sonstige durchlaufende Gelder unterscheiden. Tatsächlich besteht eine Trennung dieser aus den verschiedenartigen

Geldgeschäften resultierenden Beträge nur buchmäßig, denn sie fließen alle durch die Kassen der Postämter und vermischen sich also. Die Postkassen, die den Stückgeldverkehr abwickeln, sind mittels eines Bank-Kontos (Landeszentralbank- oder Staatsbank-Konto), mit dem Girokonto der Generalpostkasse bei der BDL verbunden. Durch entsprechende Vereinbarungen mit den Banken werden die Einzahlungen der Postkassen auf deren Bankkonten sofort dem Konto der GPK gutgeschrieben. Gleichermäßen wird bei auftretendem Stückgeldbedarf einer Postkasse ein entsprechender Betrag von dem Bankinstitut ausbezahlt und dieser dem Girokonto der GPK belastet. Auf diese Art und Weise sind in der Regel die Bankkonten der Postkassen ausgeglichen. Nur der Saldo des Kontos der GPK bei der BDL ist täglichen Veränderungen unterworfen. So fließen letztlich alle Geldbeträge durch dieses große Sammelbecken. Gleichermäßen wird auch der gesamte Geldverkehr (einschließlich des durch die „Postbank“ ausgelösten) von einer Stelle des Ministeriums aus zentral gesteuert.

a) Zum Postscheck - Vermögensausweis.

Der Postscheck - Vermögensausweis für die Rechnungsjahre 1950 bis 1955 läßt einen Einlagenzuwachs von etwa 80 % erkennen¹⁾. Die Einlagen stellen täglich fällige Zahlungsdepositen (mit Ausnahme der Stammeinlage, z. Zt. 5 DM) dar. Obwohl diese in ihrer Fristigkeit demnach formell übereinstimmen, ist für ihren Charakter letztlich der Wille der Konteninhaber maßgebend. Wie verschieden die Zwecke sind, für die Postscheckeinlagen gehalten werden, deutet sich schon in der Vielschichtigkeit des Kundenkreises an. Generell läßt sich jedoch sagen, daß über diese Guthaben verhältnismäßig kurzfristig verfügt wird²⁾, denn sie bilden zumeist einen Teil der Kassenhaltung der Konteninhaber. Dementsprechend unterliegen die Guthaben den verschiedensten Schwankungen. Man denke etwa an Steuertermine, den Monatsultimo, Saisonschwankungen u. a. Aber gerade die überregionale und strukturelle Verschiedenartigkeit der Konteninhaber läßt in hohem Maße die Kompensierung der Barein- und Barauszahlungen zu. So verbleibt der größte Teil der Postscheckguthaben regelmäßig im Girokreis der Postscheckämter. Da die Postscheckeinlagen vielfach Kassennittel der Einleger sind, wird das Gesamtvolumen von der Wirtschaftslage beeinflusst. Es wird etwa in Depressionszeiten, auf Grund des sich verringern den Geschäftsumfanges bei den Unternehmungen, auch zu einer Verminderung des Kassenbestandes kommen, was sich auf die Höhe der Postscheckeinlagen auswirkt.

¹⁾ Siehe nachfolgende Übersicht.

²⁾ Der Umschlag ist im Vergleich zu den Sichteinlagen der Kreditinstitute etwa doppelt so hoch. Siehe hierzu und zu nachfolgenden Ausführungen die Diplomarbeit des Verfassers: Das Einlagen- und Aktivgeschäft bei den Postscheckämtern, unveröffentlicht, Erlangen 1955.

Übersicht über die „Vermögensausweise der Postscheckguthaben“
für die Rechnungsjahre 1950 – 1955.¹⁾

In Mio. DM

AKTIVA	1950	1951	1952	1953	1954	1955
BDL-, LZB - Guthaben	134.8	50.3	46.9	49.3	113.2	270.3
I. Barreserve						
Guthaben bei Kreditinstituten mit Laufzeit bis zu 3 Monaten und angekaufte Ausgleichsforderungen	20.1	23.3	19.6	119.7	269.3	23.2
Wechsel, Schatzwechsel, U-Schätze, Guthaben bei Kreditinst. mit Laufzeit über 3 Monaten	379.3	187.0	207.4	158.5	128.0	523.9
Debitoren (Kreditinstitute)	49.3	36.2	22.2	9.9	5.9	5.3
II. Kurzfristige Anlagen	448.7	246.5	249.2	288.1	403.2	552.4
Sonstige Wertpapiere	141.1	151.8	122.7	126.8	130.3	273.2
Langfristige Ausleihungen	119.9	331.9	413.3	454.8	448.2	496.3
III. Langfristige Anlagen einschl. eigene Ausgleichsforderungen	102.2	102.1	101.9	101.7	96.9	105.7
	363.2	585.8	637.9	683.3	675.4	875.2
Geschäftsausstattung	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6
= Postscheckguthaben	958.3	894.2	945.6	1032.3	1203.4	1709.5

Die Postscheckeinlagen werden von der DBP gemäß der entsprechenden Anlagevorschriften zu einem Drittel liquide gehalten. Hierzu zählen: Guthaben bei der Bank Deutscher Länder, bei den Landeszentralbanken und bei den Kreditinstituten, diese mit einer Laufzeit bis zu 3 Monaten, sowie angekaufte und eigene Ausgleichsforderungen. Der Rest ist je zur Hälfte mittel- und langfristig anzulegen.

Wir haben umstehend die Anlagen des Postscheckvermögens unter dem Liquiditätsaspekt geordnet. Während die BDL- und LZB - Guthaben²⁾ als Barreserve bezeichnet wurden, wollen wir die Guthaben bei Kreditinstituten bis zu 3 Monaten den kurzfristigen Anlagen zurechnen. Diesen wohnt insofern eine hohe natürliche Liquidität inne, als ihre Fälligkeit innerhalb der 3 Monate noch gestaffelt ist. Die angekauften Ausgleichsforderungen haben

¹⁾ Quellen: DBP-Geschäftsberichte, „Vorläufiger Vermögensausweis über das Postscheckguthaben“ und Mitteilungen des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen.

²⁾ Wir bedienen uns hier der gebräuchlichen Abkürzung „BDL“ für Bank Deutscher Länder und „LZB“ für Landeszentralbank.

einen außerordentlich hohen künstlichen Liquiditätsgrad. Für sie besteht die Verpflichtung des Verkäufers, diese jederzeit zurückzukaufen. Gleichermassen sind auch die Wechsel, Schatzwechsel und U - Schätze unter dem Realisierungsgesichtspunkt zu beurteilen, da es sich bei jenen ausschließlich um rediskontfähige, bei diesen um lombardfähige Papiere handelt. Von besonderer Bedeutung für den Liquiditätsgrad dieser Aktiva ist wohl der Tatbestand, daß diese Anlagen direkt durch die BDL vermittelt werden. Hinzu kommt noch, daß durch entsprechende Sortierung des Portefeuilles Teilbeträge laufend fällig werden. Schließlich wurden auch die Debitoren, die sich auf die Kreditinstitute beschränken, den kurzfristig realisierbaren Anlagen zugerechnet. Sie spielen wertmäßig fast keine Rolle mehr. Diese bisher genannten Anlagen, die wir als sehr liquide bezeichnen wollen, umfaßten in den einzelnen Rechnungsjahren in (je) v. H. der Einlagen:

	1950	1951	1952	1953	1954	1955
ca.	61	34	32	35	43	48 %.

Die langfristigen Anlagen setzten sich aus entsprechenden Direktkrediten und Wertpapieren zusammen. Auch die eigenen Ausgleichsforderungen wollen wir hierzu rechnen. Für die Wertpapiere bestehen jedoch unter Umständen vorzeitige Realisierungsmöglichkeiten, z. B. durch Verkauf am Markt oder an das vermittelnde Institut (BDL) oder auch durch Beleihung dieser Papiere. Vor allem kommt den letzten beiden Möglichkeiten für die DBP ein besonderes Gewicht zu. Schließlich können auch die eigenen Ausgleichsforderungen, wenn es einmal die Aufrechterhaltung der eigenen Zahlungsbereitschaft erfordern sollte, diskontiert oder lombardiert werden (siehe § 11 (3) UG, § 11 der 2. DVO. UG, § 1 und § 6 der 46. DVO. UG). Rechnet man diese Anlagen zu den liquiden, so erhöht sich ihr Anteil an den gesamten Einlagen auf:

	1950	1951	1952	1953	1954	1955
ca.	85	62	55	54	62	71 %.

Wir wollen jedoch nicht tiefer in diese Materie eindringen, sondern beschränken uns nur darauf festzustellen, daß die Liquidität der Anlagen des Postscheckvermögens stets voll ausreichend war¹⁾. Also können die Postscheckämter auch bei etwaigen Liquiditätsanspannungen ihre langfristig gewährten Kredite durchhalten. Es bedürfen demnach die der DBP langfristig zur Verfügung gestellten Kredite keiner besonderen Liquiditätsvorsorge. Ja es kann wohl darüber hinausgehend behauptet werden, daß bei einer derartigen Zusammensetzung der Anlagen der Postscheckämter die Möglichkeit besteht, bei auftretenden Zahlungsschwierigkeiten der DBP, dieser in gewissem Umfange Hilfestellung zu leisten.

¹⁾ Vgl. Diplomarbeit des Verfassers, a. a. O., die diese Fragestellung näher behandelt.

b) Zum Postsparkassen - Vermögensausweis.

Die Einlagen bei den Postsparkassen sind wohl anders zu charakterisieren als die bei den Postscheckämtern. Es handelt sich bei den Einlagen zumeist um die der Klein- und Kleinstsparer. Für alle Konteninhaber steht hier wohl der Gedanke des „Zwecksparens“ im Vordergrund. Es ist natürlich auch damit zu rechnen, daß in diesem sog. „Sammelbecken des kleinen Mannes“ auch teilweise „eiserne Bestände“ enthalten sind. Die gleichermaßen wie bei den Postscheckämtern überregionale Verteilung und vielschichtige Strukturierung (insbesondere beruflicher Art) des Kundenkreises läßt eine gewisse Kompensierung der Ein- und Auszahlungen als wahrscheinlich erscheinen. Durch den kolossalen Anstieg des Einlagenvolumens während des Untersuchungszeitraumes auf fast das Zehnfache wurden die durch Ein- und Auszahlungen bedingten Veränderungen in dieser Periode weitgehend überdeckt. Da die Postsparkasseneinrichtung in Deutschland erst seit 1938 besteht, verfügt man noch nicht über größere Erfahrungen. Als wesentlicher Tatbestand bleibt zu berücksichtigen, daß für diese Einlagen grundsätzlich die gesetzliche Kündigungsfrist gilt. Schon aus der etwas niedrigeren Verzinsung gegenüber den anderen Sparkassen ergibt sich, daß derjenige Personenkreis, der in größerem Umfange und auch langfristig spart, diese Form wohl nicht wählen wird. Gerade der Gesichtspunkt der ständigen Verfügungsmacht, denn bis zu 1000 DM kann der Postsparer ohne Einhaltung einer Frist kündigen, dürfte für diesen Benutzerkreis nicht unwesentlich sein. Es ist daher theoretisch denkbar, daß der weitaus größte Teil der Postspareinlagen innerhalb kürzester Zeit abgezogen wird. So erscheint uns gegenüber den Spareinlagen der sonstigen Kreditinstitute grundsätzlich eine etwas höhere Liquiditätsvorsorge geboten.

Betrachten wir nun die folgende Übersicht! Dort zeigt sich, daß neben den Einlagen zu den Passiven auch noch ein Darlehen gehört. Dieses wurde von der ehemaligen Hauptverwaltung der britischen Besatzungszone für Auszahlungsüberschüsse der Postsparkasse innerhalb jener Zone bereitgestellt. Da das Darlehen vor der Währungsreform gegeben wurde, handelt es sich dabei um eine Umstellungsschuld¹⁾.

Die Bedeutung der Barreserve wird wie bei der Besprechung der Postscheck-Vermögensausweise vernachlässigt. Wir wollen gleich den Anteil der kurzfristigen, von uns als außerordentlich liquide bezeichneten Anlagen an den gesamten Spareinlagen ermitteln. Es wird also davon ausgegangen, daß dem Darlehen die langfristigen Aktiva gegenüberstehen. Sonst ist die Aufteilung der Aktiva dieselbe wie in der Übersicht zu den Postscheckguthaben.

¹⁾ Gemäß Mitteilung des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen.

Übersicht über die „Vermögensausweise der Postsparguthaben“
für die Rechnungsjahre 1950–1955.¹⁾

In Mio. DM

AKTIVA	1950	1951	1952	1953	1954	1955
BDL-, LZB-Guthaben und Kassenbestand	10.2	12.8	19.0	27.9	36.7	50.7
I. Barreserve						
Guthaben bei Kreditinstituten mit Laufzeit bis zu 3 Monaten und angekaufte Ausgleichsforderungen Wechsel, Schatzwechsel, U-Schätze	—	—	—	60.0	16.0	62.0
	20.0	103.0	224.1	190.5	196.8	237.5
II. Kurzfristige Anlagen	20.0	103.0	224.1	250.5	212.8	299.5
Sonstige Wertpapiere	—	—	24.3	261.7	413.4	504.9
Langfristige Ausleihungen	1.5	—	—	5.2	50.7	237.5
III. Langfristige Anlagen einschließlich eigene Ausgleichsforderungen	108.9	111.0	201.3	201.6	203.4	223.5
	110.4	111.0	225.6	468.5	667.5	965.9
Deckungsforderungen § 11 WAG, § 19 ASpG	—	—	19.5	7.8	5.5	6.7
Geschäftsausstattung	—	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
= Postspareinlagen und Darlehen	140.6	227.4	399.3	665.5	833.5	1235.8
	—	—	89.6	89.6	89.6	89.6

Die Barreserve und kurzfristigen Anlagen betrugen in v. H. der Spareinlagen:

	1950	1951	1952	1953	1954	1955
ca.	30	51	62	42	30	28 %.

Die langfristigen Anlagen bestanden – neben den eigenen Ausgleichsforderungen – zum kleineren Teil aus Direktkrediten, zum größeren aus Wertpapieren. Diese wollen wir wieder zu den liquiden Aktiva rechnen, denn es handelt sich hierbei ausschließlich um lombardfähige Werte, die durch die BDL vermittelt wurden. Zählt man auch die eigenen Ausgleichsforderungen hinzu, so ergibt sich eine außerordentlich hohe Liquidität der angelegten

¹⁾ Quellen: DBP-Geschäftsberichte, „Vorläufiger Vermögensausweis über das Postsparguthaben“ und Mitteilungen des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen.

Postspareinlagen. Von 1950 bis 1954 waren diese vollkommen und 1955 zu ca. 88 % in derart liquider Form verwertet worden. So kann festgestellt werden, daß gleichermaßen, wie für die Darlehen aus dem Postscheckvermögen, diejenigen aus dem Postsparkassenvermögen, soweit sie an die DBP selbst geflossen sind, keiner besonderen Liquiditätsvorsorge bedürfen. Ja hier dürften für die DBP im Falle einer Anspannung der Zahlungsfähigkeit noch größere Reserven als im Postscheckvermögen liegen. Die Möglichkeit in einem solchen Falle bei der Postsparkasse und den Postscheckämtern Darlehen aufzunehmen, erscheint uns – bei einem derartigen Liquiditätsstatus – noch durchaus gegeben.

c) Zu den sonstigen durchlaufenden Geldern.

Neben dem Postscheck- und Postsparkassenwesen führt die Post auch andere Geldgeschäfte durch, die man etwa unter dem Sammelbegriff: Geldübermittlungs-, Geldeinzahlungsdienst und anderen „übertragenen Aufträgen“ zusammenfassen könnte. So fließen durch die Postkassen Gelder aus dem Postanweisungs-, Postnachnahme-, Postauftragsgeschäft, Erlöse aus dem Verkauf „fremder“ Wertzeichen, Rundfunkgebühren, Zeitungsbezugsgelder, Versorgungs- und Sozialrenten und anderes mehr. Diese fortwährenden Ein- und Auszahlungen lassen einen gewissen Bodensatz entstehen, der faktisch dauernd in den Postkassen verbleibt. Je nach der Durchlaufzeit und dem Ausmaß des Zahlungsverkehrs schwankt die Höhe des Bodensatzes. Besondere Spitzen ergeben sich beispielsweise durch die während des ganzen Monats kontinuierlich eingehenden Zeitungsgelder, die dann, zu bestimmten Terminen gesammelt, an die Verleger überwiesen werden. Trotzdem kann – mit Einschränkungen – von einer starken Beständigkeit des Bodensatzes gesprochen werden¹⁾. Mittels dieses Bodensatzes erklärt sich nun die unverhältnismäßig niedrige – rechnerisch ausgewiesene – Kassenhaltung der DBP. Wenn uns auch über das Ausmaß des Bodensatzes keinerlei zuverlässige Zahlenangaben vorliegen, so ist doch auf Grund der folgenden beiden Tatbestände eine gewisse Vorstellung möglich. Einerseits ergibt die Stichtagsbilanz, die erstmalig zum 31. Dezember 1955 erstellt wurde, daß zu diesem Zeitpunkt 120 Mio. DM aus durchlaufenden Geldern zur Verstärkung der Kassenmittel herangezogen wurden²⁾. Andererseits erwirtschaftet die Post mit diesen Geldern sogar Zinsen³⁾. Ausmaß und Bedeutung dieses „Bodensatzes“ erscheinen uns daher für die postalische Liquidität als nicht unwesentlich. Wir glauben auch darin eine zusätzliche Liquiditätsreserve zu erblicken.

Fassen wir das Ergebnis unserer Ausführungen über die Bedeutung der durchlaufenden Gelder für die Liquidität zusammen! Da bei einer Liquiditätsanalyse alle Möglichkeiten zu berücksichtigen sind, die bei einer Anspannung

¹⁾ Vgl. ZPF Nr. 18 / 1952, S. 677 ff.

²⁾ Vgl. ZPF Nr. 15 / 1956, S. 575.

³⁾ Vgl. ZPF Nr. 18 / 1952, S. 677 ff.

der Zahlungsfähigkeit bestehen, um diese zu überwinden, erwies es sich als notwendig, auch die „durchlaufenden Gelder“ in unsere Betrachtung einzubeziehen. Auf Grund der tatsächlichen Vermischung aller Geldbeträge in den Postkassen und der Feststellung, daß der Postscheck-, wie auch der Postsparkassendienst Bestandteile des öffentlichen Unternehmens DBP sind, erfährt unser Vorgehen seine weitere Berechtigung. Es zeigte sich, daß der Umfang dieser durchlaufenden Gelder sehr beträchtlich ist und in seiner Bedeutung für die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der DBP nicht unterschätzt werden darf. Der außerordentlich hohe Grad an Liquiditätsvorsorge des Postscheck- und vor allem des Postsparkassenvermögens, wie auch der verfügbare „Bodensatz“ stellen generell eine Liquiditätsreserve des Unternehmens dar. Demnach ist auch unsere Beurteilung der Liquiditätsverhältnisse der DBP während des Untersuchungszeitraumes insofern zu ergänzen, als die dort aufgezeigten Mängel durch die vorhandenen Reserven faktisch keine Bedeutung mehr haben. Die Liquiditätsvorsorge insgesamt dürfte also ausreichend gewesen sein.

2. Fassung des Liquiditätsproblems.

Die Liquidität ist für die DBP gleichermaßen wie für jedes andere Unternehmen von entscheidender Bedeutung. Sie stellt eine Grenze der betrieblichen Betätigung dar. Darüber hinaus ist wohl die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit dieses „öffentlichen Unternehmens“ für die ganze Volkswirtschaft bedeutsam. Schon allein auf Grund ihrer Größe hätte ein derartiger Mangel weittragende Auswirkungen. Man denke nur an das Hunderttausende umfassende Postpersonal und an die vielfältigen wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Wirtschaftseinheiten. Ja wie könnte denn überhaupt diese Institution schnell ersetzt werden? Ein Zusammenbruch der DBP hätte wohl so verheerende wirtschaftliche und andere Störungen zur Folge, daß er faktisch nicht eintreten darf. Schließlich haben, wie erwähnt, große Teile der Wirtschaft bei der Post einen Teil ihrer Kassenhaltung deponiert, über die fortlaufend verfügt wird. Nicht zuletzt unterhält eine Vielzahl kleiner und kleinster Sparer dort ihre Einlagen. Insoweit kommt der Post eine ähnliche Bedeutung wie den Banken im Rahmen der Volkswirtschaft zu.

Da im PVwG der Grundsatz der Selbsterhaltung manifestiert ist, der Bund also für die Verbindlichkeiten der Post nicht haftet und auch keine Zahlungen an diese Institution leistet, muß die DBP für die Erhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit selbst Sorge tragen. Hier ist die Frage, inwieweit die öffentliche Hand, falls einmal Zahlungsschwierigkeiten bei der Post auftauchen sollten, doch eingreifen würde, nicht weiter zu untersuchen.

So müssen sich Betrachtungen über die Durchleuchtung der Zahlungsfähigkeit der DBP auf dieses Unternehmen beschränken; jedoch ist dieses insgesamt, also als Einheit anzusehen. Daraus ergibt sich, daß die Ansprüche aus Lieferungen oder aus der Hingabe von Darlehen gleichermaßen, wie jene, die aus Dispositionen der Postscheckkunden oder der Postparer herrühren,

an die DBP in ihrer Gesamtheit gerichtet sind und von dieser auch befriedigt werden müssen. Das gilt ebenfalls für Ansprüche aus Treuhandgeschäften etwa für die öffentliche Hand. Demnach sind die sich im großen Topf der Postkassen vermischenden Geldbeträge, die aus den Posterträgen und aus den verschiedenartigen durchlaufenden Geldern resultieren, gleichermaßen wie auch die Liquidisierbarkeit der Aktiva des eigentlichen Post-, des Postscheck- und des Postsparkassenvermögens für das Ausmaß der postalischen Liquidität entscheidend.

Der vorangegangene Abschnitt ließ den außerordentlich hohen Liquiditätsstand des Postscheck- wie auch des Postsparkassenvermögens erkennen. Im folgenden wollen wir zwischen natürlicher und künstlicher Liquidität keinen Unterschied machen. – Dagegen war der Liquiditätsstatus des Postvermögens selbst erheblich ungünstiger. So kam es dort während des Untersuchungszeitraumes zu einer ganz wesentlichen Minderung des Liquiditätsstandes, der von 1953 bis 1955 als unzureichend bezeichnet werden muß. Da jedoch die „Postbank“ selbst für 1955 noch eine derart hohe Liquidität ausweist, daß man bald von einer Überliquidität sprechen könnte, bestehen darin, wie auch in dem Bodensatz der durchlaufenden Gelder, ausreichende Reserven. Als Charakteristikum verdient der außerordentlich hohe Anteil jener Aktiva hervorgehoben zu werden, der mit künstlicher Liquidität ausgestattet ist.

Der wesentliche Teil des Postvermögens selbst besteht, wie wir wissen, aus Anlagen. Deren Langlebigkeit und die daraus folgende langsame Kapitalisierung verlangen an und für sich eine erhöhte Liquiditätsvorsorge. Das gilt insbesondere dann, wenn im Gegensatz zu den meisten sonstigen Unternehmen nicht mit Gewinnen, ja unter Umständen erhöhten Gewinnen zu rechnen ist, was ja bis zu einem gewissen Grade einer vorzeitigen Kapitalisierung entsprechen würde. Soweit demnach den Anlagen Fremdkapital gegenübersteht, wäre eine Synchronisierung der Tilgungsleistungen entsprechend des Kapitalisierungsprozesses zu fordern. Dann könnte die Tilgung stets aus den zu erwirtschaftenden Abschreibungen gespeist werden. Da, wie wir wissen, die Möglichkeit eines Defizits bei der Post absolut nicht ausgeschlossen ist und demnach die Abschreibungen auch einmal nicht aufgebracht werden können, sollte diese Quelle nicht völlig ausgeschöpft werden. Hier soll die Frage noch unberücksichtigt bleiben, wie es dann zur Realisierung des Ersatzbedarfs kommen soll. Da derart langfristige Kredite wohl stets nur in geringem Umfange angeboten werden (in der Bundesrepublik), wären den durch Fremdmittel zu finanzierenden Investitionen enge Grenzen gesetzt. Dagegen werden kürzerfristige Kredite meist in genügendem Umfange zu beschaffen sein. Es war also naheliegend, daß die DBP in der untersuchten Periode in großem Stil derartige Fremdmittel zur Erstellung von den sich langfristig kapitalisierenden Anlagen einsetzte. Dieses Verhalten der DBP

kann als eine Folge der allgemeinen Lage auf den Kreditmärkten angesehen werden. Die Auswirkungen auf die Liquidität spiegeln sich in dem Verhältnis von jährlich aufzubringenden Tilgungsleistungen und den zu erwirtschaftenden Abschreibungen wieder.

Jährliche –	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Tilgungsrate	43	63	119	129	185	411 Mio. DM ¹⁾
Abschreibungsrate	136	160	180	213	179	293 Mio. DM ¹⁾

Das Ausmaß der ausgesprochen kurzfristigen Verbindlichkeiten und deren Pendant unter den Aktiva ist an und für sich unbedeutend und war während des Untersuchungszeitraumes ungefähr ausgeglichen. Für diese Aktiva und Passiva kann festgestellt werden, daß auf Grund ihrer Zusammensetzung mit einer fortlaufenden Erneuerung zu rechnen ist. Sie werden also, solange der Postbetrieb besteht und seine Geschäftsgebarung unverändert bleibt, stets in entsprechendem Umfange vorhanden sein und sich am Umsatzvolumen ausrichten.

Demnach liegt ein besonderes Liquiditätsproblem, zumindest für den Untersuchungszeitraum, darin, daß Fremdmittel, die in relativ kurzen Zeiträumen fällig werden, in steigendem Umfange für Zwecke eingesetzt wurden, die eine Rückzahlung eigentlich erst zu einem späteren Zeitpunkt ermöglichen.

Zur Erfassung des allgemeinen Kerns der postalischen Liquiditätsproblematik ist davon auszugehen, daß die Zahlungsfähigkeit der Post in jenem Umfange zu erhalten ist, der sie in die Lage versetzt, allen verschiedenartigen Anforderungen gerecht zu werden. Derartige Verpflichtungen entstehen nicht nur durch die Anforderungen des Betriebes, etwa auf Grund des entstehenden Aufwands (Löhne, Sachkosten, Tilgungsleistungen für aufgenommene Darlehen usw.), sondern auch durch die Dispositionen der Konteninhaber bei den Postscheckämtern und der Postsparkasse in der Form von Auszahlungen.

Demnach hat das allgemeine Liquiditätsproblem der Post zwei Wurzeln. Grundsätzlich ist es einerseits dasselbe wie bei anderen Wirtschaftsunternehmen, andererseits entspricht es demjenigen der Kreditinstitute.

Während jenes darin besteht, die Zahlungsverpflichtungen mit den Zahlungseingängen, die auf dem betrieblichen Umwandlungsprozeß „Geld - Dienstleistung - Geld“ (Geld - Ware - Geld) beruhen, zeitlich in Einklang zu bringen, ergibt sich dieses daraus,

„daß gegen Banken massenhaft Forderungen bestehen, die trotz Fälligkeit oder Fälligkeitserdens in der Regel nicht, gelegentlich aber doch in größerem Umfang geltend gemacht werden“. . . „daß den Banken in der Regel fortgesetzt Geldbeträge – Geld in der Form von Stückgeld oder Bankguthaben – zufließen, ohne daß die Banken einen Anspruch darauf haben – man denke an Zugänge auf Konten von Bankkunden“ ²⁾;

¹⁾ Auf- bzw. abgerundet.

²⁾ Rudolf Stucken, Liquidität der Banken, Berlin 1940, S. 14. Obiges Zitat hat analog für das Postbankwesen Geltung.

Aus der Doppelschichtigkeit des postalischen Liquiditätsproblems gelangt man zu der Folgerung, daß es zwar weitgehend möglich ist, sich im voraus von der „betrieblichen Liquiditätsanspannung“ ein Bild zu machen; dagegen läßt sich die zukünftige Beanspruchung aus dem Postbankgeschäft weit weniger übersehen. Der Unsicherheitsfaktor ist also hier ein größerer als bei den allgemeinen Wirtschaftsunternehmen.

Gerade durch diese Doppelgleisigkeit des Post-Geschäftes, wie auch durch die Doppelschichtigkeit des Liquiditätsproblems stellt sich die Frage, inwieweit die Möglichkeit einer „Kredittransformation“ gegeben ist. Da von einem „gemeinwirtschaftlichen Unternehmen“ wohl grundsätzlich gefordert werden kann, daß ihre Erhaltung der Liquidität im Einklang mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen steht, obliegt ihr geradezu eine gewisse Verpflichtung, resultierend aus dem Postbankgeschäft, zur Kredittransformation. Das oben angeführte Sonderproblem verleiht dieser Forderung Gewicht, und zwar für das Unternehmen DBP selbst. Inwieweit und in welcher Form das möglich und zweckmäßig ist, kann im Rahmen der Arbeit nicht generell beantwortet werden. Wir kommen jedoch im folgenden auf diese Frage, wenn auch in einem engeren Sinne, zurück.

III. Grundsätzliches zum Problem der Investitions-Finanzierung bei der DBP.

Die besondere Bedeutung der im empirischen Teil aufgezeigten Finanzierungspraktiken ist wohl erst dann in ihrer Tragweite für das grundsätzliche Problem der Investitions-Finanzierung zu ermessen, wenn diese in einem größeren zeitlichen Rahmen gesehen werden. Gemäß den Wandlungen der Finanzierungsgepflogenheiten in den letzten Jahren erscheint uns zu ihrer richtigen Deutung als erforderlich, auch den Hintergrund der verschiedenen Perioden zu kennen. Erst dann glauben wir berechtigt zu sein, den Kern der Problematik aufzureißen und zu ihrer Klärung selbst einen kleinen Beitrag zu liefern.

1. Finanzierungsgepflogenheiten der DRP.

Bis zum Erlaß des RPFG bildete die Post, die, wie wir wissen, finanzwirtschaftlich unselbständig war, einen Bestandteil des Reichshaushaltes. Obwohl sie sich also bis dahin nicht direkt mit dieser Frage auseinandersetzen mußte, wollen wir auch die damals angewandten Praktiken in unsere Betrachtung einbeziehen. Das erscheint uns als begründet, weil man auch schon zu dieser Zeit den Versuch machte, für diese Institution besondere Maßstäbe anzulegen.

a) Die Periode von 1871 bis 1923¹⁾.

Während in den ersten 5 Jahren des Bestehens der Reichspostverwaltung grundsätzlich alle Investitionen aus ordentlichen Mitteln bestritten wurden, änderte sich dies bereits in den nächsten Jahren. Von 1875 bis 1881 kam es zur Aufnahme von 45 Mio. M (das sind jährlich ca. 7 Mio. M), und zwar in der Form von Anleihen. Sie dienten dem Bau der ersten großen unterirdischen Telegraphenlinien. Man begründete diesen Einsatz an Krediten damit, daß es dadurch zu einer dauernden Ersparnis bisher notwendiger Ausgaben käme und die Anlagen vor allem der Zukunft zugute kämen. Im Jahr 1882 wurde eine Anleihe in Höhe von 8,7 Mio. M zur Verstärkung der Betriebsmittel aufgenommen. Das war nötig, um die laufende Ausdehnung des postalischen Geschäfts zu ermöglichen; denn zu dieser Zeit waren die Postkasernen noch nicht durch ein Stückgeld sparendes Gironetz unter sich verbunden. Die Investitionen der folgenden Jahre konnten wieder durch ordentliche Einnahmen finanziert werden. In der Zeit von 1888 bis zur Jahrhundertwende wurden weitere Anleihemittel, und zwar 17 Mio. M zur Finanzierung unterirdischer- und unterseeischer Drahtverbindungen, die einen größeren ertragbringenden Kapitalzuwachs zur Folge hatten, aufgenommen. Außerdem wurden die Betriebsmittel auf diese Weise um weitere 4 Mio. M erhöht, die nun insgesamt 18 Mio. M betrugen. Im Jahre 1901 wurden keinerlei Kredite beansprucht, obwohl in diesem Jahr beispielsweise 45 Mio. M aus dem Eigenmittelaufkommen für Fernsprechzwecke eingesetzt wurden.

Für die Verweisung von Ausgaben auf Anleihe sind im Jahre 1902 gewisse Grundsätze aufgestellt worden, die weitgehend an die bisher geübte Praxis anknüpften. Sie zielten darauf ab, die Verwendung von Fremdmitteln auf die Fernmeldeanlagen zu beschränken. Es sollten aber auch hierfür Anleihen nur dann aufgenommen werden,

wenn diese vor allem der Zukunft zugute kommen,
wenn sie einen dauernden Wert besitzen und
wenn sie eine ausreichende Verzinsung verbürgen.

Des weiteren wurde hierfür vorausgesetzt, daß es sich um Ausgaben handelt, die nach Art und Umfang über den Rahmen der regelmäßig wiederkehrenden Ausgestaltung der Fernmeldeanlagen hinausgehen. So wurden denn auch von 1902 bis 1906 Anleihemittel in Höhe von 130 Mio. M und eigene Mittel in Höhe von 197 Mio. M für Telegraphen- und Fernmeldezwecke eingesetzt. Die im Jahre 1907 bereits wieder neu gefaßten Grundsätze besagen, daß von der Post- und Telegraphenverwaltung folgende Ausgaben auf Anleihe genommen werden „dürfen“:

¹⁾ Siehe hierzu: Ministerialrat Gebbe, RPM, Zu den Verhandlungen über die Erhöhung der Postgebühren, in: Deutsche Verkehrszeitung, Ausgabe A, Nr. 39/1927, S. 665 ff., vom BPM vervielfältigt.

- a) die Ausgaben zur Erwerbung von Telegraphenkabeln sowie zur Herstellung unterseeischer und unterirdischer Telegraphenlinien, letztere nur insoweit, als andere Telegraphenverwaltungen dabei interessiert sind oder militärische Interessen mit in Frage kommen oder Stadtfernsprechröhre unter die Erde verlegt werden müssen;
- b) die Ausgaben für solche Fernsprechanlagen, die vorzugsweise der Zukunft zugute kommen, einen dauernden Wert besitzen und auch eine ausreichende Verzinsung gewähren, soweit die Ausgaben nach Art und Umfang über den Rahmen der bloßen regelmäßig wiederkehrenden Ausgestaltung des Fernsprechwesens hinausgehen;
- c) die Ausgaben für zur Vermietung an minderbesoldete Beamte oder an Arbeiter bestimmte und sich angemessen verzinsende Gebäude, sofern ihre Einrichtung hauptsächlich aus Rücksichten der sozialen Fürsorge erfolgt und eine Verzinsung auf den im Etat des Reichsamtes des Innern ausgebrachten allgemeinen Fond nicht angängig ist¹⁾.

In den Jahren 1907 bis 1915 wurden so insgesamt 310 Mio. M aus Anleihenmitteln und 509 Mio. M aus ordentlichen Mitteln für Telegraphen- und Fernsprechwerte verwendet. Während von 1916 bis 1918 keine Kredite aufgenommen wurden, kam es von 1919 bis 1923 in ganz großem Stile dazu. Man setzte sich jedoch in dieser Zeit über die oben angeführten Grundsätze hinweg. Die Inflationszeit wollen wir jedoch nicht näher betrachten, da sie für unsere Fragestellung in diesem Abschnitt ohne große Bedeutung ist. Was die Ausstattung der Anleihen anbetrifft, so ist festzustellen, daß die seit dem Jahre 1907 aufgenommenen Anleihen binnen 30 Jahren zu tilgen waren und gewissermaßen dem Reich gegenüber verzinst werden mußten.

Wir ersehen aus diesem kursorischen Überblick, daß man den Besonderheiten dieses Teils der Reichsverwaltung Rechnung tragend, immer wieder daran ging, die Zwecke für die Aufnahme fremden Kapitals möglichst genau zu umreißen. Es zeigte sich, daß man dabei fast ausschließlich den Dienstzweig Fernmeldewesen im Auge hatte.

Dieser im Aufbau befindliche Dienstzweig machte zu jener Zeit gerade eine Art Systemwechsel durch, was entsprechend hohe Investitionen zur Folge hatte. Aber weniger die Höhe des Aufwands als der „außerordentliche“ Zweck wurde als das entscheidende Kriterium für die Frage angesehen, ob dafür Anleihen aufgenommen werden „dürfen“ oder nicht. Wenn man dabei insbesondere an die unterirdischen und unterseeischen Kabel dachte, so lag dem die Überlegung zu Grunde, daß diese „werbende Anlagen“ im besten Sinne des Wortes seien. Man rechnete so mit einer grundsätzlichen Verbesserung und Ausweitung des Fernmeldedienstes, was eine günstige Rendite erwarten ließ; denn die Nutzung der Anlagen war für Jahrzehnte möglich. Daraus folgte die Annahme, daß sie einen dauernden Wert besitzen. Aber selbst derartige Sachinvestitionen sollten nur durch Fremdmittel finanziert werden „dürfen“. Wie die Entwicklung zeigte, wurden tatsächlich derartige Mittel immer nur zum kleineren Teil eingesetzt. Soweit es darüber hinaus seit dem Jahre 1907 möglich war zur Beschaffung von Wohnungen für das Postpersonal Kredite aufzunehmen, mußte ihre „ange-

¹⁾ Gebbe, a. a. O., S. 9.

messene Verzinsung“ gesichert sein. Die so erläuterten Anleihegrundsätze können als sehr streng bezeichnet werden. Sie beschränken sich praktisch auf rentable Anlagen. Ja selbst diese sollten nur, wie gezeigt wurde, teilweise auf Anleihe genommen werden „dürfen“. Wir sehen also, daß man darauf achtete, durch Anleihen für Postzwecke der Reichskasse keinerlei zusätzliche Belastungen aufzuerlegen, wenn diese auch letztlich für die Schuldentilgung haftete.

b) Die Periode von 1924 bis 1932.

Mit dem Inkrafttreten des RPFG wurde die DRP, wie wir wissen, aus dem Reichshaushalt herausgelöst. Durch die nun erlangte finanzwirtschaftliche Autonomie erhielt die Fragestellung „In welchem Umfange können Fremdmittel aufgenommen werden?“ erst ihr volles Gewicht. Für Tilgung und Verzinsung haftete nun ausschließlich das „Sondervermögen DRP“. Da von nun ab Rechnung gelegt wurde, lassen sich die Finanzierungsgepflogenheiten genau erkennen. Betrachten wir nun die Brutto- und Netto - Investitionen, die nach den gleichen Grundsätzen ermittelt wurden, wie dies in der empirischen Untersuchung geschah¹⁾. Lediglich unter Ziffer I und IV wird im folgenden die Schuldentilgung hinzugerechnet, um durch Vergleich ihre Auswirkungen klar hervortreten zu lassen.

	Summe Mio. RM	Finanziert durch:			
		Fremdmittel	Eigenmittel		
		Mio. RM	v. H.	Mio. RM	v. H.
I. Brutto-Investitionen und Schuldentilgg. in der Zeit von					
1924 — 1932 ²⁾	3017.4	415.6	13.7	2601.8	86.3
II. Brutto-Investitionen in der Zeit von					
1924 — 1932 ²⁾	2934.8	415.6	14.1	2519.2	85.9
III. Ersatz-Investitionen in der Zeit von					
1924 — 1932 ²⁾	1463.2	—	—	1463.2	100.0
IV. Netto-Investitionen und Schuldentilgg. in der Zeit von					
1924 — 1932 ²⁾	1554.2	415.6	26.7	1138.6	73.3
V. Netto-Investitionen in der Zeit von					
1924 — 1932 ²⁾	1471.6	415.6	24.0	1056.0	76.0

¹⁾ Siehe S. 36 ff.

²⁾ Vgl. ZPF Nr. 2 / 1954, S. 46.

Hieraus entnehmen wir, daß trotz der langjährigen außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage (Weltwirtschaftskrise von 1930 bis 1932, sowie der Depression des Jahres 1926) die Brutto-Investitionen einschließlich Schuldentilgung zu 86 % durch das Eigenmittelaufkommen finanziert wurden. Dabei kam es, soweit Fremdkapital verwendet wurde, tatsächlich nur zum Einsatz von ausgesprochen langfristigen Krediten. Es zeigt sich weiterhin, daß während dieser Periode 82,6 Mio. RM für die Schuldentilgung aufzubringen waren. Das sind nicht einmal 3 % des Gesamtvolumens (I) und entspricht einer jährlichen Belastung von durchschnittlich 9 Mio. RM. Man kann daher mit einigem Recht behaupten, daß eine derartige Fremdfinanzierungsquote ihrer Höhe und Ausstattung (hauptsächlich Anleihen) nach für die Post in keiner Weise eine Gefahr darstellte. Der in Form der bilanzmäßigen Abschreibungen angesetzte Wertverzehr lag jährlich bei ca. 160 Mio. RM. Er umfaßte also ein Vielfaches der aufzubringenden Schuldentilgung. Für diese Zeitspanne waren die Ersatz- (Sach-) Investitionen durch Eigenmittel voll gedeckt. Nimmt man an, daß alle Neuinvestitionen Erweiterungszwecken dienten, so ist festzustellen, daß selbst diese, nach Aufbringung der fälligen Schuldentilgungsbeträge, noch zu 76 % aus eigenen Mitteln finanziert wurden. Wären jene Beträge umgeschuldet worden, so hätte der Anteil der Eigenfinanzierung 87 % betragen.

Wenn auch, soweit uns bekannt ist, in dieser Periode neue Grundsätze über die Aufnahme von Fremdkapital nicht aufgestellt wurden, so kann doch aus den nachfolgend wiedergegebenen Ausführungen von Dr. Sautter, Staatssekretär im RPM, erkannt werden, welche Anschauungen bei der Finanzierung der Investitionen zugrunde lagen.

„Der Grundgedanke jeder gesunden Finanzpolitik, möglichst wenig aus Anleihen zu bestritten, hat selbstverständlich auch für die öffentliche Verwaltung volle Geltung. . . . Über das Maß der durch Anleihe zu deckenden außerordentlichen Ausgaben besteht keine einheitliche Meinung. Manche Beurteiler, die in der Anleihe ein Mittel zur Niedrighaltung der Gebühren sehen, waren schon vielfach und sind zum Teil noch der Meinung, es sollten überhaupt alle Ausgaben für Investitionen als außerordentliche Aufwendungen aus Anleihenmitteln bestritten werden. . . . Alle derartigen Auffassungen gehen fehl. Denn die Ausgaben für Einrichtungen, die zur Durchführung des Betriebs, zu seiner regelmässigen Abwicklung und organischen Fortentwicklung, überhaupt zur Erfüllung seiner ordentlichen Aufgaben zu machen sind, müssen allgemein als „ordentlicher Bedarf“ aus den Betriebseinnahmen geschöpft werden. Dies gilt besonders für die Aufwendungen, die zur Erneuerung abgenutzter Gegenstände zu machen sind, und es gehören dazu in jedem Fall die Kosten für diejenigen Neuanlagen, die notwendig sind, um den gegenwärtigen Betrieb überhaupt durchführen zu können. . . . Anders liegt es bei den Ausgaben für Neuanlagen, die aus Zweckmäßigkeitsgründen in größerem Ausmaß hergestellt werden, als es für die nächste Zeit nötig wäre, . . . die also noch den Bedürfnissen einer späteren Generation dienen werden. Neben der Frage, ob es sachlich begründet ist, bestimmte Aufwendungen aus Kreditmitteln zu schöpfen, ist aber auch die Überlegung maßgebend, wieweit das Unternehmen nach seiner ganzen Vermögenslage und nach seinen künftig laufenden Einnahmen imstande ist, die mit der Kapitalaufnahme verbundenen Verbindlichkeiten, wie Verzinsung und Tilgung, ordnungsgemäß zu erfüllen. . . . aber sicher ist, daß die alljährliche Aufnahme von Anleihen beispielsweise in Höhe von $\frac{1}{10}$ oder auch $\frac{1}{20}$ des Vermögens den mehr oder weniger raschen Niedergang eines Betriebsunternehmens herbeiführen würde. Eine vorsichtige Finanzpolitik wird den jährlichen Durchschnittsbetrag des aus Kreditmitteln zu deckenden Kapitalbedarfs für gewöhnlich höchstens so bemessen, daß das Verhältnis des fremden Kapitals zum Eigenkapital nicht ungünstiger wird. Niemals

darf die Gefahr eintreten, daß bei einer gleichmäßigen Fortentwicklung der Finanzpolitik das Fremdkapital größer als das Eigenkapital werden könnte. Immer muß dafür gesorgt werden, daß das Eigenkapital in angemessenem Verhältnis mitsteigt¹⁾).

Hieraus wie auch aus der Finanzierungspraxis läßt sich wohl das unausgesprochene Motiv der Vorsicht deutlich erkennen. Für die Möglichkeit der Kreditaufnahme wurde weiterhin an dem Grundsatz festgehalten: Trennung in ordentliche und außerordentliche Ausgaben. Die Schwierigkeiten, die sich daraus für die Praxis ergeben, seien nur angedeutet. Zu ihrer Klärung leisten die obigen Ausführungen insoweit einen Beitrag, als die Ersatzinvestitionen und diejenigen Neuinvestitionen, „die notwendig sind, um den gegenwärtigen Betrieb überhaupt durchführen zu können“, als ordentliche Ausgaben bezeichnet werden. Insbesondere zur Frage der Finanzierung von Neuinvestitionen (speziell der Erweiterungs-Investitionen) sind jedoch die Ausführungen nur sehr vage. Daneben wird, wahrscheinlich aus der Selbstständigkeit der DRP folgend, ein zusätzliches Moment eingeführt, nämlich die Berücksichtigung der Lage des Unternehmens. Schließlich diene als Begrenzung des Ausmaßes der Fremdfinanzierung das Verhältnis vom Eigen- zum Fremdkapital, das nicht ungünstiger werden „dürfe“. Daraus erklärt sich wohl auch die Art der Investitions-Finanzierung für diese Periode.

Die nun folgende Periode bis zum Ende des 2. Weltkriegs, die formell unter dem Vereinfachungsgesetz stand, wollen wir ausklammern. Es kam auch in dieser Zeit kaum zu größeren Investitionen. Die in den Bilanzen ausgewiesenen Vermögens-Änderungen waren fast ausschließlich gebietsmäßig bedingt.

2. Das Finanzierungssystem der Aushilfen.

Betrachten wir nun die Finanzierung der Investitionen seit dem Jahre 1950 bei der DBP! Die folgenden Zahlen wurden nach den gleichen Grundsätzen zusammengestellt wie diejenigen für die Zeit von 1924 bis 1932.

¹⁾ Karl Sautter, Kapitalbedarf und Finanzierungsprobleme der Deutschen Reichspost, Sonderdruck aus: Bernhard Harms, Kapital und Kapitalismus, Berlin 1931, S. 303 ff.

	Summe Mio. DM	Finanziert durch:			
		Fremdmittel		Eigenmittel	
		Mio. DM	v. H.	Mio. DM	v. H.
I. Brutto-Investitionen und Schuldentilgung in der Zeit von 1950 – 55 ¹⁾	4247.8	2657.9	62.6	1589.9	37.4
II. Brutto-Investitionen in der Zeit von 1950 – 1955 ¹⁾	3298.4	2657.9	80.6	640.5	19.4
III. Ersatz-Investitionen in der Zeit von 1950 – 1955 ¹⁾	1159.7	519.2	44.7	640.5	55.3
IV. Netto-Investitionen und Schuldentilgung in der Zeit von 1950 – 1955 ¹⁾	3088.1	2657.9	86.0	430.2	14.0
V. Netto-Investitionen in der Zeit von 1950 – 1955 ¹⁾	2138.7	2138.7	100.0	—	—

Wir können daraus eine weitgehende Umkehrung der Finanzierungsgepflogenheiten gegenüber der Zeit von 1924 bis 1932 erkennen. Während zu der Zeit das Gesamtvolumen (I) zu 86.3 % aus eigenen Mitteln bestritten wurde, erfolgte die Finanzierung im Untersuchungszeitraum zu 62.6 % mit Kredit. Hält man an dem Grundsatz „Schuldentilgung durch Eigenmittel“ fest, so erhöht sich der Kreditanteil auf 80.6 %. Wie der Umfang der Schuldentilgung mit 949.4 Mio. DM zeigt, ist die Bedeutung dieses Faktors ganz erheblich gestiegen. Damals waren jährlich etwa 9 Mio. RM, das entspricht nicht einmal 3 % des Gesamtvolumens, aufzubringen; während des Untersuchungszeitraumes aber waren es jährlich ca. 158 Mio. DM; das sind bereits ca. 22.5 %, die verfügbar sein mußten. Eine Ursache hierfür bildete der Einsatz mittelfristiger Kredite für Investitionszwecke. Ihr Anteil betrug

in v. H. der eingesetzten Mittel

	1950	1951	1952	1953	1954	1955
I. Brutto-Investitionen einschließlich Schuldentilgung ²⁾	12	16	49	81	62	56
II. Brutto-Investitionen ³⁾	14	18	62	100	82	82

¹⁾ Quelle: Tabelle II.

²⁾ Selbst errechnet (Quelle: Tabelle II).

³⁾ Siehe S. 47.

Es wurden also etwa 60 % der Brutto-Investitionen durch mittelfristige Kredite finanziert. Diese Art der Investitionsfinanzierung hat erst nach dem 2. Weltkrieg bei der Post Eingang gefunden. Insgesamt konnten die nominalen Ersatzinvestitionen (= Abschreibungen), nach Verrechnung der Eigenmittel für die Schuldentilgung, nicht mehr voll durch eigene Mittel gedeckt werden. Ja, die bilanzmäßigen Abschreibungen deckten, wie wir wissen, im Jahre 1955 nicht einmal mehr die Tilgungsverpflichtungen.

Da sich das Netto-Investitionsvolumen etwa pro Jahr, gegenüber der untersuchten vorangegangenen Periode, verdoppelt hat, liegt die Vermutung nahe, daß sich nicht nur die Finanzierungs-, sondern auch die Investitionsgepflogenheiten geändert haben. Dazu läßt sich sagen, daß einmal der Nachholbedarf in den Neuinvestitionen enthalten ist, der rechnerisch in Höhe von 131.0 Mio. DM tatsächlich gedeckt wurde¹⁾. Eine weitere entscheidende Ursache kann darin gesehen werden, daß die DBP, bedingt durch die fortlaufende Nachfragesteigerung, zur Erweiterung ihrer Anlagen gezwungen wurde. Berücksichtigt man wertmäßig den Nachholbedarf und die wertmäßige Steigerung der Erträge²⁾, so gelangt man ungefähr zu dem Ergebnis, daß die Netto-Investitionen pro Jahr noch ca. 40 % höher waren als in der Zeit von 1924 bis 1932. Ohne daß wir in Einzelheiten weiter eindringen können, erscheint es uns jedoch nötig, einen Punkt noch besonders hervorzuheben. Wie im empirischen Teil festgestellt wurde, entfiel der weitaus größte Teil der Sachinvestitionen auf den Fernmeldesektor. Tatsächlich kann man aber gerade in diesem Bereich - bis zu einem gewissen Grade - von einem Systemwechsel sprechen, der sich dort momentan vollzieht. Insofern dürfte ein Teil der Erweiterungs-Investitionen auch diesem Zweck gedient haben. Eine klare Trennung der Netto-Investitionen nach diesen Gesichtspunkten kann auf Grund der fehlenden Unterlagen nicht vorgenommen werden.

Die Entwicklung des Untersuchungszeitraumes steht demnach im Widerspruch zu den aufgestellten Normen und Praktiken früherer Zeiten. Ja, nicht nur die Begrenzung für die Fremdfinanzierung durch Erhaltung des Verhältnisses von Eigen- und Fremdkapital wurde überschritten, sondern es kam auch soweit, daß das Fremdkapital über das Eigenkapital hinauswuchs. Diese Lage wurde von Sautter als eine „Gefahr“ bezeichnet „die niemals eintreten darf“³⁾.

Die Ursachen, die zu der aufgezeigten Finanzierungspraxis führten, können weitgehend darin gesehen werden, daß einerseits durch die sich verschlechternde Ertragslage Eigenmittel nur in immer kleiner werdendem Umfange

¹⁾ Siehe Geschäftsberichte der DBP für die Rechnungsjahre 1950 bis 1955, passim.

²⁾ Ein genauer Vergleich der Bruttoerträge ist nicht möglich, da sich die Berechnungsmethoden in dieser Zeit geändert haben.

³⁾ Siehe S. 100.

zur Verfügung standen, und andererseits langfristige Kredite nur in geringem Umfang beschafft werden konnten (besonders von Dritten). Diese Tatsache beruhte letztlich auf dem sich für die ganze Volkswirtschaft auswirkenden Mangel an langfristigen Kreditangeboten. Daß die DBP ständig nach Mitteln und Wegen suchte, längerfristige Kredite aufnehmen zu können, zeigte die Tendenz, die Laufzeiten der mittelfristigen Kredite zu verlängern. Die Folgen fehlender langfristiger Finanzierungsmittel spiegeln sich in dem steilen Anstieg der Schuldentilgungsquoten wieder. Es kann daher wohl mit einigem Recht behauptet werden, daß die Finanzierung der Investitionen während des Untersuchungszeitraumes durch „Aushilfen“ erfolgte.

So drängen sich zwei Fragen zur Beantwortung auf, die im folgenden zu betrachten sind, und zwar 1. inwieweit können die Investitionen der DBP aus eigenen Mitteln finanziert und 2. wie kann der langfristige Kreditbedarf dieser Institution gedeckt werden?

3. Die Zwecksetzung der Investitionen als Kriterium für ihre Finanzierung.

Für ein Unternehmen mit monopoloider Marktstellung, wie es die Post ist, müßte die Frage der Investitions-Finanzierung eigentlich eine untergeordnete Rolle spielen. Auf Grund der starken Anbieter-Position am Markt, wäre es ja dem Monopolisten möglich, mittels seiner Preispolitik restlose Selbstfinanzierung zu betreiben. Tatsächlich gilt das jedoch nicht für die DBP. Wir wollen wirklichkeitsnah bleiben und daher wiederholend feststellen, daß die „Post-Preise“ relativ starr sind. Das resultiert aus dem Bestreben nach einem stabilen Posttarifniveau und den zum Teil damit zusammenhängenden Einschränkungen des Dispositionsspielraums der Leitungsorgane in der Preisgestaltung. Bis zu einem gewissen Grade liegt auch die postalische Zielsetzung auf dieser Ebene. Sie wird von uns darin gesehen, daß die wirksam auftretende Nachfrage - nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen - bei gleichzeitiger Erhaltung des Vermögens zu befriedigen ist. Die Vermögenserhaltung ist wohl unumgänglich nötig, da der DBP ja sonst die wirtschaftliche Basis für die Erfüllung der Aufgaben entzogen wird. Hieraus ergeben sich nicht nur das Gewicht der Fragestellung, sondern auch die zu berücksichtigenden Besonderheiten.

Der Gedanke, die Trennung in ordentliche und außerordentliche Ausgaben als Maßstab bei der Aufstellung von Finanzierungs-Grundsätzen zu verwenden, durchzieht die Zeit von der Gründung der DRP bis zu ihrem Ende. Für die DRP als Hoheitsverwaltung war es naheliegend, auf dieses für den öffentlichen Haushalt fundamentale Unterscheidungsmerkmal zurückzugreifen. Wie schwer es aber ist, in der Praxis darnach vorzugehen, lassen die dargelegten abweichenden und teilweise unklaren Auffassungen hierzu, wie auch ihre vorsichtige Anwendung, erkennen. Wenn S a u t t e r, nachdem es

zur Verselbständigung der DRP gekommen war, auch noch die Berücksichtigung der Lage des Unternehmens forderte, so erscheint uns dies vollauf berechtigt. Es fragt sich jedoch inwieweit man mittels dieser gekennzeichneten Maßstäbe die Finanzierung der Investitionen heute noch zu steuern vermag und inwieweit diese ausreichend sind. Da das Volumen und die Bedeutung der Investitionen, bedingt durch die wirtschaftliche Entwicklung, sich in so hohem Maße gesteigert haben, ist es nötig, diese auch nach ihrer Zwecksetzung gesondert zu betrachten.

Gehen wir zunächst von der im empirischen Teil erarbeiteten Feststellung aus, daß die (Sach-) Investitionen der Erstellung von Anlagen dienen, deren Charakter als ausgesprochen langfristig zu bezeichnen ist. Diese

„Vermögensmittel sind im Betrieb während einer verschieden langen, aber zum voraus absehbaren Dauer gebunden. Während dieser Zeit müssen auch die dem Betrieb überlassenen Kapitalien zur Verfügung bleiben. Die Nichtbeachtung dieser Beziehungen kann den teilweisen oder gänzlichen Unterbruch der Betriebstätigkeit zur Folge haben“¹⁾.

Es gilt demnach für die zu betrachtende Finanzierung generell der Grundsatz:

„Zwischen der Dauer der Bindung des Vermögensmittels (der Investition)²⁾, also der Dauer des einzelnen Kapitalbedürfnisses, und der Dauer, während welcher das zur Deckung des Kapitalbedürfnisses herangezogene Kapital zur Verfügung steht, muß Übereinstimmung herrschen“³⁾.

Unter dieser **Mindestanforderung** ist zu verstehen, daß das für Investitionszwecke eingesetzte Geldkapital zumindest solange dem Betrieb verbleiben muß, wie es der Kreislauf der Wiedergeldwerdung jener Vermögensmittel erfordert. Demnach dürfte die Finanzierung der Investitionen bei der DBP nur mit Eigenkapital, das ja dauernd im Betrieb verbleiben kann, oder langfristigem Fremdkapital erfolgen. Für dieses ist noch zu berücksichtigen, daß seine Laufzeit zumindest nicht kürzer sein darf als die Kapitalisierungsdauer der damit zu erstellenden Anlagen. Auf diese Art und Weise soll die Tilgung der eingesetzten Fremdmittel verbürgt werden. So muß grundsätzlich die Investitions-Finanzierung durch kurz- und mittelfristige Kredite, wie es während des Untersuchungszeitraumes der Fall war, als negativ beurteilt werden⁴⁾.

Trennen wir nun die Investitionen nach ihrer Zwecksetzung! Es ist wohl unbestritten, daß die Ersatzinvestitionen, wenn man das Vermögen erhalten will, selbst zu finanzieren sind. Entsprechen die Preise den Selbstkosten, so werden auch die nötigen Beträge erwirtschaftet. Wird der Wertverzehr der Anlagen aber nicht voll kalkuliert, so entsteht eine Werteinbuße, ein Verlust. Nur der volle Kostenersatz der für die erbrachte Leistung zu entrichten ist, entspricht dem Grundsatz der Vermögenserhaltung. Da es in Zeiten günstiger Wirtschaftsverhältnisse vielfach zu einem Anstieg der Preise

¹⁾ H. Töndury und E. Gsell, Finanzierungen, Zürich 1948, S. 7.

²⁾ Vom Verfasser eingefügt.

³⁾ H. Töndury und E. Gsell, a. a. O., S. 37.

⁴⁾ Auf die Besonderheiten der Zwischenfinanzierung ist hier nicht einzugehen.

kommt, erhöhen sich also auch die Wiederbeschaffungspreise für Anlagen. Somit steigt der Geldmittelbedarf, der für die Realisierung der Erhaltungsinvestitionen erforderlich ist. Der betriebliche Wertverzehr, umgerechnet in Geldeinheiten, wird größer. Die Erwirtschaftung dieser Beträge wird der DBP insofern erleichtert, als mit einer steigenden Kapazitätsausnutzung zu rechnen ist. Tatsächlich wurden während des Untersuchungszeitraumes die für die Ersatzinvestitionen nötigen Geldbeträge nicht erwirtschaftet¹⁾, obwohl ein rechnerischer Gewinn erzielt wurde. Die Ursache hierfür liegt darin, daß die in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen bilanzmäßigen Abschreibungen wertmäßig mit dem Geldmittelbedarf für die Ersatzinvestitionen nicht übereinstimmen müssen. Rechnerisch folgt daraus, daß in solchen Zeiten ein nomineller Gewinn erzielt werden muß, der dieser Differenz entspricht. Dann erst umfassen die Post-Preise den vollen Kostenersatz, und so wird es möglich das Vermögen zu erhalten. Wenn es in ungünstigen wirtschaftlichen Zeiten zu Preissenkungen kommt (besonders der Wiederbeschaffungspreise), so werden auch die aufzubringenden Beträge für die Re-Investition kleiner. Damit kehren sich die oben geschilderten Vorgänge um. In diesem Zusammenhang sei auf die Bedeutung der Kostenrechnung hingewiesen, die wohl als unentbehrliches Hilfsmittel zur Errechnung der Kosten – und mit Einschränkung – auch der Preise, bezeichnet werden kann. Die Anstrengungen der DBP auf diesem Gebiet, die ihren sichtbaren Ausdruck in der „ADA BeWi“ finden, sind also durchaus berechtigt. Ohne auf die Schwierigkeiten der Kostenrechnung bei der DBP näher einzugehen, ist jedoch hervorzuheben, daß es darauf ankommt, die Kostendeckung insgesamt zu erzielen, d. h. die entsprechenden Differenzen der Zuschußdienstzweige sind anderweitig zu kompensieren. Schließlich ist festzustellen, daß wir uns mit dem Grundsatz: „Selbstfinanzierung der Ersatzinvestitionen“ durchaus auf dem Boden der früheren Finanzierungspraktiken und Grundsätze befinden; denn die Ersatzinvestitionen zählen zweifellos zu den „ordentlichen“ Ausgaben.

Erheblich schwieriger ist die Klärung der von uns gestellten Frage bei den Neuinvestitionen, zumal diese bei der DBP aus verschiedenartigen Gründen notwendig werden können. Daher erscheint es uns als zweckmäßig, sie auf Grund der Erfahrungen des Untersuchungszeitraumes weiter aufzugliedern.

Zunächst sind diejenigen Investitionen zu benennen, die als „Nachhol-Investitionen“ bezeichnet wurden. Die Gründe für diesen Bedarf sind, wie wir wissen, fast ausschließlich in den Kriegsfolgen zu suchen. Diesen Umstand haben wohl weder die Posteinrichtung, noch ihre Benutzer zu vertreten. Wenn wir von der Zielsetzung der DBP ausgehen, scheint uns daher weder die Selbstfinanzierung noch eine, aus der Fremdfinanzierung folgende Ko-

¹⁾ Siehe S. 73 ff.

stenbelastung gerechtfertigt; denn beide haben letztlich die Postbenutzer zu tragen. Es wäre doch wohl Aufgabe des Fiskus, die dazu nötigen Mittel in der Form der Eigenkapitalzuführung bereitzustellen, zumal der Bund ja gleichzeitig auch Eigentümer des „Sondervermögens DBP“ ist. Zu berücksichtigen ist auch noch, daß das von der öffentlichen Hand einzuschießende Geldkapital ihr ja in Vermögensform erhalten bleibt.

Auch diejenigen Neuinvestitionen, die fiskalischen Sonderinteressen dienen, sollten durch eine gesonderte Kapitalzuführung finanziert werden. Diese resultieren weitgehend aus politischen, strategischen u. a. Erfordernissen. Es erscheint uns daher als ein Verstoß gegen die postalische Zielsetzung, wenn derartige Investitionen den Postbenutzer in irgend einer Form belasten. Vielmehr wären durch die entsprechenden Haushalte (z. B. im Verteidigungsetat) die nötigen Mittel bereitzustellen.

Der entscheidende Anteil wird jedoch in der Regel auf die nachfragebedingten Erweiterungsinvestitionen und auf die aus dem technischen Fortschritt resultierenden Neuinvestitionen entfallen. Nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen sind diese „fremd“ zu finanzieren. Dabei wird allerdings „ausreichende Rentabilität“ vorausgesetzt. Darunter ist zu verstehen, daß Rückzahlung und Verzinsung des Fremdkapitals mittels der damit erstellten Anlagen gesichert sind. Dieses Prinzip hat nicht nur für die privaten Unternehmen, sondern auch für die öffentlichen Haushalte Gültigkeit. Das können wir den „finanzwissenschaftlichen Deckungsgrundsätzen“¹⁾ entnehmen. Dort wird dazu ausgeführt:

„Ausgehend von der Art der Ausgabe läßt sich sagen: **Kreditaufnahme und auch eine Häufung von Krediten gefährdet die Ordnung des öffentlichen Haushaltes nicht, sofern die Kredite der Finanzierung von rentablen Anlagen dienen.** Denn diese Kreditanlagen bringen ja dem öffentlichen Haushalt entsprechend erhöhte Einnahmen, die – das liegt im Wesen des Wortes rentabel – ausreichend sind, um die Lasten für Verzinsung und Tilgung der Kredite abzudecken“²⁾!

Es ist daher wohl gerechtfertigt, wenn diese Grundsätze auch als Maßstab für die DBP dienen.

Blicken wir nun auf die von uns untersuchte Periode, so ist gegen die Finanzierung der Neuinvestitionen durch Kredite nichts einzuwenden, falls man diesen Gesichtspunkten Rechnung getragen hätte. Tatsächlich wurde aber nicht einmal die „Mindestanforderung“, bezüglich der Dauer, während der das Kapital dem Betrieb zur Verfügung stehen soll, eingehalten. Außerdem fragt es sich, ob auch alle getätigten Investitionen als rentabel angesprochen werden können. Wir glauben hier gewisse Bedenken erheben zu müssen. Schon in der Entscheidung, ob in dem einen oder anderen Ort ein Postamt errichtet werden soll oder nicht, sind die zuständigen Organe der DBP stark

¹⁾ Vgl. Rudolf Stucken und Walter Sies, Finanzwissenschaftliche Deckungsgrundsätze und konjunkturpolitische Postulate, in: Finanzarchiv, NF. Bd. 12, S. 616 ff.

²⁾ Rudolf Stucken und Walter Sies, a. a. O., S. 627.

eingeeengt. Die Sonderinteressen der Gebietskörperschaften spielen dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Hier z. B. wäre es konsequent, wenn jene Interessen von der Post nur dann zu berücksichtigen wären, wenn auch die dazu nötigen Beträge von den Interessenten bereitgestellt würden.

Die Beachtung des oben aufgestellten Grundsatzes verlangt also, daß vor der Realisierung jeder Neuinvestition Rentabilitätsberechnungen angestellt werden. Dabei ist das Rentabilitätsminimum als Basis anzunehmen. Sollen darüber hinaus, auf Grund der gemeinwirtschaftlichen Aufgabenstellung, besondere Neuanlagen geschaffen werden – deren Rentabilität nicht ausreichend gesichert ist – so ist dafür grundsätzlich auch eine gesonderte Bereitstellung der Mittel zu fordern. Wenn etwa zur Erreichung der Rentabilitätsgrenze die Ersparnis der Zinskosten genügt, so kann die Finanzierung z. B. durch zinslos bereitgestelltes Fremdkapital erfolgen. Ist das nicht der Fall, so wäre die Finanzierung durch Einschub von Eigenkapital möglich. Bedient man sich derartiger Finanzierungsformen, dann bleibt nicht nur der Grundsatz der Vermögenserhaltung gewahrt, sondern es ist auch mit einer sehr gründlichen Prüfung bei „unrentablen“ Investitionsbedürfnissen zu rechnen. Das ist unbedingt nötig, um die hier in besonderem Maße vorliegende Gefahr der Kapitalfehlleitung zu mindern.

Neben der Frage nach der Zwecksetzung der Investition, ist stets auch gleichzeitig auf die Gesamtlage des Unternehmens zu blicken. Das gilt insbesondere dann, wenn man die Grenzen des Umfanges der Kreditfinanzierung im Auge hat. Da die Vermögenserhaltung als eine unumgängliche Voraussetzung bezeichnet wurde, gilt, daß die effektive Gesamtrentabilität auch die Begrenzung für das Ausmaß der Fremdfinanzierung darstellt. Innerhalb dieses Rahmens hat sich dann auch eine zusätzliche gemeinwirtschaftliche Betätigung – in diesem Falle etwa eine durch Kredit zu finanzierende Investition – zu halten. Auf diese Art und Weise soll, das ist ein besonderes Anliegen der finanzwissenschaftlichen Deckungslehre ¹⁾, das Eintreten von Liquiditätsschwierigkeiten rechtzeitig verhindert werden. Die besondere Berechtigung für die Einhaltung der dargelegten Normen durch die DBP ist einerseits darin zu sehen, daß der Fortbestand der Institution garantiert sein muß, andererseits gerade bei einem öffentlichen Unternehmen von derartigen Ausmaßen ein vorsichtiges Disponieren wohl am Platze ist. Nicht zuletzt ist die spezielle, außerordentlich hohe Fixkostenintensität ein Faktum, das dieses Vorsichtsmotiv weiterhin rechtfertigt. Das Verlangen nach einem gesunden Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital ergibt sich schon aus dem Auf und Ab des Wirtschaftslebens und der hohen Reaktionsempfindlichkeit der DBP. Neben einer ausreichenden Rentabilität, spielt dieser Sicherheitsfaktor auch für die Kreditwürdigkeit eine Rolle. Darüber hinaus hat das Ausmaß an Eigenkapital für

¹⁾ Vgl. Rudolf Stucken und Walter Sies, a. a. O., S. 626 ff.

ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen insofern besondere Bedeutung, als es das Kostenniveau vermindert; denn das Eigenkapital der Post verlangt keine Verzinsung. Aber auch hier muß gleich wieder auf die Gefahr der Kapitalfehlleitung verwiesen werden.

Blicken wir wieder auf den Untersuchungszeitraum, so ist wiederholend festzustellen, daß die Gesamtrendite als nicht ausreichend beurteilt wurde¹⁾. Es muß daher auch unter diesem Aspekt die Investitionsfinanzierung jener Periode als negativ bezeichnet werden. Zusammenfassend sei für diesen Zeitraum nochmals hervorgehoben: Der Umfang der Kreditfinanzierung war weder unter dem Rentabilitäts Gesichtspunkt gerechtfertigt, noch war der „Mindestanforderung“ bezüglich der Laufzeiten genügt worden. Es ist nun einmal nicht möglich, mittels derartiger Investitionen, einerseits eine ausreichende Rentabilität zu erzielen und andererseits die laufend steigenden Kosten, insbesondere die Lohnkosten, aufzufangen. Auch hier macht sich das Fehlen der Kostenrechnung wieder bemerkbar. Eine Fortsetzung derartiger Finanzierungspraktiken könnte durchaus, da die von uns gesetzten Grenzen bereits überschritten sind, mit einem totalen Investitionsstopp enden.

Abschließend wollen wir nochmals hervorheben:

„Solange der Betrieb seine Leistungen erbringen soll, ist er auf **ausreichende Vermögensmittel** angewiesen. Er muß daher Sorge tragen, sich seine **Werte zu erhalten**“²⁾.

4. Die Diskrepanz zwischen kurzfristigem Kreditangebot und langfristiger Kreditnachfrage.

Für die DBP erlangt die Fristigkeit des angebotenen Fremdkapitals eine immer größer werdende Bedeutung. Das folgt einerseits aus dem Trend des sich ausdehnenden Investitionsvolumens und der steigenden Fremdfinanzierungsrate. So wurden die Netto - Investitionen von der Währungsreform (21. Juni 1948) bis zum Ende des Rechnungsjahres 1955 restlos durch Kredit finanziert. Ja sogar bei einem kleinen Teil der Ersatzinvestitionen bediente man sich dieser Finanzierungsart³⁾. Andererseits ergab die empirische Untersuchung die Langlebigkeit und daher die langfristige Kapitalisierungsdauer der Anlagen. Da, wie wir wissen, der Kapazitätseffekt dieser Investitionen ein verhältnismäßig niedriger, die Bindung des eingesetzten Kapitals jedoch eine langfristige ist, können die Post - Investitionen als ausgesprochen „kreditabhängig“ charakterisiert werden⁴⁾.

¹⁾ Siehe S. 73 ff.

²⁾ H. Töndury und E. Gsell, a. a. O., S. 11.

³⁾ Vgl. Handbuch des Postwesens, a. a. O., Nachtrag, Spalte 2042.

⁴⁾ Analog zu den „kreditabhängigen Investitionen“ in der Terminologie von Ehrlicher.

Vgl. Werner Ehrlicher, Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956, S. 20 ff.

Die empirische Untersuchung ließ gleichfalls den Mangel an langfristig angebotenen Krediten erkennen. Tatsächlich kam es erstmals im Rechnungsjahr 1955 in der Form einer Anleihe zur Aufnahme eines langfristigen Kredits. Dagegen war es durchaus möglich in größerem Stile kürzerfristige Kredite (mittel- und kurzfristige) aufzunehmen. Hierin zeichnen sich deutlich die Auswirkungen jener deutschen Besonderheit auf eines der größten Unternehmen ab, die Stucken als die „Spaltung des Kreditmarktes“ bezeichnet¹⁾.

Es handelt sich hierbei darum, daß die Trennungslinien zwischen dem langfristigen, mittelfristigen und kurzfristigen Kreditmarkt bei uns verhältnismäßig exakt gezogen sind.

„Aber in vielen Ländern werden diese Linien mehr oder weniger verwischt dadurch, daß die Banken des kurzfristigen Passivgeschäftes entweder in größerem Stil direkt regelrechte langfristige Kredite geben oder aber daß sie in größerem Stil langfristige Wertpapiere in ihr Portefeuille nehmen; soweit das der Fall ist, ist der langfristige Kredit in solchen Ländern ganz anders ausweitungsfähig, insbesondere auch ausweitungsfähig durch Schöpfung zusätzlichen Geldes, als in Deutschland“²⁾.

Die hieraus folgende kapitalmarktpolitische allgemeine Problematik äußert sich darin,

„daß auf der einen Seite das Publikum zur verstärkten längerfristigen Anlage nicht mehr bereit ist, während auf der anderen Seite der Wirtschaftsfortschritt mit zunehmendem Reicherwerden einer Volkswirtschaft . . . eine fortschreitende Verlagerung der Investitionstätigkeit in die kreditabhängigen Bereiche erfordert“³⁾.

Je stärker also die Nachfrage nach längerfristigen Krediten wächst und je mehr nur noch kurzfristig gespart wird, um so breiter wird die Spaltung des Kreditmarktes.

Fragen wir nun, welche Folgerungen sich daraus für die Fragestellung dieses Abschnitts ergeben? Im empirischen Teil sahen wir, daß die DBP zur Finanzierung der Investitionen aus ihrer „Hausbank“ Beträge langfristig entnahm. Bei den Betrachtungen zum Liquiditätsproblem konnte darüber hinaus ein außerordentlich hoher Liquiditätsgrad der Postscheck- und Postsparkassen-Anlagen konstatiert werden. Liegen hier nicht noch erhebliche Möglichkeiten vor, die Kredittransformation und zwar momentan für eigene Zwecke auszuweiten? Es ist sicherlich außerordentlich schwierig theoretisch zu sagen, wie hoch die Liquiditätsreserve dieser Institution sein muß, zumal sie ja nur im Rahmen der allgemeinen Liquidität der DBP gesehen werden darf. Aber es kann wohl angenommen werden, daß eine derartige Reserve von etwa einem Drittel für Ansprüche aus dem Postscheck- und Postsparkassenvermögen ausreichen dürfte. Mit einer größeren Schrumpfung dieser Einlagen ist innerhalb kurzer Zeiträume wohl nicht zu rechnen, da es bei den Postscheckeinlagen im Verlauf des Jahres 1931, dem ungünstigsten Jahr, nur zu einer

¹⁾ Siehe hierzu: Rudolf Stucken, Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 bis 1953, Tübingen 1953, S. 252 ff.

²⁾ Rudolf Stucken, a. a. O., S. 253.

³⁾ Werner Ehrlicher, a. a. O., S. 242.

Verminderung um ca. 11 % kam ¹⁾). So kann festgestellt werden, daß die DBP mittels ihrer „Hausbank“ geradezu prädestiniert ist, einen Beitrag zur Überwindung der „Spaltung des Kreditmarktes“ zu leisten.

Den oben skizzierten Verhältnissen des Kreditmarktes Rechnung tragend, wollen wir auch die Postschätze auf ihre Verwendungsfähigkeit für die Finanzierung von Investitionen untersuchen. Dieses an und für sich mittelfristige Papier wurde erstmalig von der DBP eingesetzt. Da derartige Papiere verhältnismäßig leicht unterzubringen sind, war ihre Verwendung naheliegend. Jedoch erscheint uns der Einsatz dieser Kreditart für Investitionen nur insoweit als gerechtfertigt, wie auch ihre Tilgung, beispielsweise durch Abschreibungen, gesichert ist. Es wäre allerdings auch dann die Verwendung derartiger Mittel für Investitionszwecke möglich, wenn sich das vermittelnde Institut, nämlich die BDL, verpflichten würde, diese Papiere jederzeit in ihr Portefeuille zu nehmen. Dann könnte man analog zu den „Arbeitsbeschaffungswechseln“ der NS-Zeit vorgehen. Auf diese Art und Weise könnte durch eine Absprache mit der BDL ein bestimmter Betrag dieser an und für sich mittelfristigen Kredite der DBP faktisch langfristig zur Verfügung stehen. Aber auch diese Möglichkeit muß letztlich als eine „Aushilfe“ bezeichnet werden und käme nur für eine Überbrückungszeit in Frage.

Wir wollen abschließend nochmals hervorheben, daß das Maß ausreichender Liquiditätsvorsorge liquiditätspolitisch bestimmt ist ²⁾, was eine entsprechende Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Erfordernisse verlangt.

IV. Zur Sanierung der jetzigen Kapitalstruktur.

Während des Untersuchungszeitraumes, also innerhalb weniger Jahre, kam es zu einer völligen Veränderung der Kapitalstruktur. Die Relation von Eigen- zu Fremdkapital verschob sich von ca. 75 : 25 % (1912.3 Mio. DM zu 633.7 Mio. DM) zum Ende des Rechnungsjahres 1950 auf 46 : 54 % (2237.9 Mio. DM zu 2596.9 Mio. DM) zum Ende des Rechnungsjahres 1955 ³⁾. Wie wir wissen, ist diese außerordentliche Wandlung darauf zurückzuführen, daß sich das Anlagevermögen der DBP fast verdoppelte, während das Eigenkapital ungefähr konstant blieb. Damit ist jene Gefahrenzone erreicht worden, die nach Sautter niemals eintreten dürfe ⁴⁾.

¹⁾ Quelle: Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 328.

²⁾ Vgl. Rudolf Stucken, Liquidität der Banken, a. a. O., S. 136.

³⁾ Das Eigenkapital des Rechnungsjahres 1955 enthält auch den Vermögenszugang (226.9 Mio. DM) der LPD Berlin.

⁴⁾ Siehe S. 100.

Zweifelloso, und das soll nicht verkannt werden, fand die DBP bei ihrer Gründung im Jahre 1950 besonders schwierige Verhältnisse vor. Sie mußte nicht nur die Kriegsfolgeschäden beseitigen, sondern auch mit den Früchten des Investitionsstopps der dreißiger Jahre und ihren Auswirkungen fertig werden. Neben dem hieraus sich ergebenden zusätzlichen Investitionsbedarf bedingten auch die Trennung Deutschlands für den organisch gewachsenen Verbundbetrieb weitere Investitionen. All diese Schwierigkeiten sollte die Post aus eigener Kraft bewältigen. Wir haben unsere Bedenken hiergegen bereits an anderer Stelle geäußert ¹⁾).

Wenn es für den Untersuchungszeitraum, trotz jährlicher Steigerung des Dienstleistungsvolumens, nicht gelang, eine genügende Rentabilität zu erwirtschaften, so lag das grundsätzlich an dem Auseinanderklaffen von steigenden Kosten einerseits und gleibleibenden Erträgen andererseits ²⁾). Soll sich die oben angedeutete Entwicklung nicht weiter fortsetzen, dann ist wohl primär eine ausreichende Rentabilität zu fordern. Hierunter verstehen wir, daß es nach voller Deckung der Kosten auch noch möglich sein muß, die vom Eigentümer auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Die Zuführung der Ertragslage zum Gleichgewicht ist entweder durch die Erhöhung der „Post-Preise“ möglich, oder durch Verminderung der Aufwendungen.

Eine Senkung des Gesamtaufwands erscheint uns nicht nur möglich, sondern auch nötig. Das gilt zunächst für jene in steigendem Umfange anfallenden Belastungen, die mit der Aufgabenstellung der DBP nicht zu vereinbaren sind. Neben der Verzinsung der Ausgleichsforderung sind dies insbesondere die sozialen Aufwendungen für Flüchtlinge und Heimatvertriebene, ferner für Angehörige der ehemaligen DRP, soweit diese in Gebieten tätig waren, die vom Bundesgebiet abgetrennt sind ³⁾). Ob eine Übernahme dieser Lasten durch den Bund und größte Sparsamkeit ausreichend sind, um die Rentabilität der DBP wiederherzustellen, läßt sich theoretisch nicht sagen. In diesem Zusammenhang erscheint uns noch ein Hinweis bedeutsam. Zum Gesichtspunkt der Sparsamkeit zählt auch – und das ist gerade für einen Dienstleistungsbetrieb besonders wichtig – die Beachtung des Ausnutzungsgrades bei neu zu erstellenden Anlagen. Da die Gesamtrentabilität der DBP die erste Voraussetzung darstellt, um ein gesundes Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital zu erreichen, ist sie auch unter diesem Aspekt zu fordern. Soweit das durch Kostensenkung nicht möglich ist, muß eine Anpassung der Tarife an die Selbstkosten erfolgen.

¹⁾ Siehe S. 106 ff.

²⁾ Siehe S. 82

³⁾ Siehe hierzu S. 83.

Neben der ausreichenden Rentabilität stellt, auf Grund der vorangegangenen Ausführungen ¹⁾, die Umschuldung des Fremdkapitals den zweiten wichtigen Punkt dar. D. h., es ist die Verlängerung der Laufzeiten des Kreditvolumens anzustreben.

Wir denken hierbei einmal an eine Kapitalaufstockung durch den Eigentümer. Diese ist zumindest insoweit zu fordern, als es die Nachhol- und fiskalischen Sonderinteressen dienenden Investitionen bedingen ²⁾. Es wäre aber auch eine weitere Eigenkapitalzuführung von außen gerechtfertigt, denn selbst bei privaten Wirtschaftsunternehmen ist das vielfach üblich, falls es der Expansionsprozeß erfordert. Ist dieser Weg für ein gemeinwirtschaftlich orientiertes Unternehmen nicht ausgesprochen naheliegend, da die Wachstumsrate der Postleistungen in der untersuchten Periode außerordentlich hoch war? Allerdings ist diese Möglichkeit formell (im PVwG) überhaupt nicht vorgesehen. Im Gegenteil, der § 15 des Gesetzes spricht eher dafür, daß der Bund als Eigentümer sich bewußt dieser Möglichkeit verschließen wollte. Auch die Möglichkeiten sonstiger Zuwendungen, sei es in der Form der Subventionen oder der Zuschüsse durch den Eigentümer, sind formell bisher nicht gegeben. Wir wollen daher, gestützt auf unsere gesamte Untersuchung, feststellen, daß eine Änderung des Gesetzes in diesem Punkt wohl seine ökonomische Berechtigung hätte ³⁾.

Zum anderen sehen wir für die Umschuldung der mittelfristigen- in langfristige Kredite noch eine Möglichkeit, die zwar nicht als eine grundsätzliche Lösung, aber als Überbrückung betrachtet werden kann. Abgesehen von einer vielleicht noch stärkeren Heranziehung der eigenen „Hausbank“, denken wir an die Ablieferung der DBP. Sie betrug im Rechnungsjahr 1955 immerhin 238.7 Mio. DM. Wäre die öffentliche Hand bereit, für einige Zeit auf diese Einnahmen zu verzichten, so könnte sie jene Beträge dem eigenen Unternehmen langfristig zur Verfügung stellen. Damit käme es wohl zu einer nicht unerheblichen Entspannung der Finanzlage.

Schließen wir unsere Ausführungen, die zu dieser Frage zwangsläufig fragmentarisch bleiben müssen, mit der Feststellung ab, daß es wohl zweckmäßiger ist, in einer Zeit günstiger Wirtschaftsverhältnisse die dringend notwendige Gesundung der Finanzlage anzustreben. Nur dann kann damit gerechnet werden, daß die DBP auch bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage ist, ihre Aufgaben in vollem Umfange zu erfüllen. Eine rechtzeitige Therapie führt meist mit dem Einsatz relativ geringer Mittel zum Erfolg.

¹⁾ Siehe hierzu S. 104 ff.

²⁾ Siehe hierzu im besonderen S. 104 ff.

³⁾ Siehe hierzu S. 104 ff.

Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse.

Am Ende unserer Ausführungen angelangt, wollen wir die Ergebnisse der Arbeit kurz zusammenfassen.

Die Behandlung des Themas erforderte zunächst die Klärung der wirtschaftlichen Stellung der DBP. Auf Grund der historischen Entwicklung und der gesetzlichen Grundlage dieser Institution kamen wir zu dem Ergebnis, daß die DBP ein „öffentliches Unternehmen“ ist. Indem wir den Akzent auf die finanzwirtschaftliche Seite legten, konnten wir erhebliche Einschränkungen für die Dispositionsfähigkeit der Leitungsorgane erkennen. Diese beruhten vor allem auf ihrem Charakter als Hoheitsverwaltung.

Die empirische Untersuchung umfaßte den verhältnismäßig kurzen Zeitraum von der Gründung der DBP bis zum Ende des Rechnungsjahres 1955. Im I. Abschnitt zeigte sich die weitgehende Abhängigkeit des postalischen Investitionsbedarfs von der Wirtschaftslage und der technischen Entwicklung. Das Wachstum der Postleistungen ließ darüber hinaus eine Strukturverschiebung zu Gunsten der anlageintensiven Dienstzweige erkennen. Tatsächlich war die Investitionstätigkeit aber während des Untersuchungszeitraumes weniger an dem hieraus resultierenden Bedarf, sondern vielmehr an den vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten ausgerichtet worden. Dieser Maßstab erscheint uns jedoch keinesfalls als ausreichend; denn die DBP ist verpflichtet, die wirksam auftretende Nachfrage zu befriedigen. Auch der Zwang zur Rationalisierung, der sich aus ihrer Aufgabenstellung ergibt, verleiht der Bedeutung der Investitionstätigkeit ein langfristig wachsendes Gewicht. So konnte herausgearbeitet werden, daß es während des betrachteten Zeitraumes zumindest nicht zu einer Überinvestition kam; weit näher liegt es, von einer Unterinvestition zu sprechen.

Die Auswertung der Kapitalrechnungen ließ deutlich die fast ausschließliche Kapitalverwendung zur Finanzierung der Brutto-Investitionen einschließlich der Schuldentilgung hervortreten. Ihr Volumen, das von Jahr zu Jahr stieg, hatte sich 1955 im Verhältnis zu dem des Jahres 1950 mehr als verzweieinhalbfacht. Die dazu erforderlichen Mittel konnten im Ausgangsjahr noch zu 87.4 % aus Eigenem aufgebracht werden, dann sank ihr Anteil ganz rapid ab. So betrug er im Rechnungsjahr 1953 nur noch ca. 11 %. Nun kam es zwar in den folgenden Jahren wieder zu einem Anstieg; aber auch 1955 waren es nur 30.2 %. Diese extrem hohe Fremdfinanzierungsquote, die aus der ungünstigen Ertragslage resultierte, und der Mangel an langfristigen Kreditangeboten hatten den Einsatz mittelfristiger Kredite zur Folge. Letztere bildeten gleichzeitig die Ursache für die kräftige Zunahme der aufzubringenden Schuldentilgungsbeträge. Die mittelfristigen fremden Mittel waren im Rechnungsjahr 1950 mit 12.6 %, im Rechnungsjahr 1953 mit 81 % und im Rechnungsjahr 1955 mit 55.3 % an der Realisierung des Gesamtvolumens betei-

ligt. Der sich so vollziehende Wandel der Finanzierungsgepflogenheiten war nicht nur Ursache, sondern auch Folge der sich verschlechternden Finanzlage. Das verlangte die Auswertung der Vermögens- und Erfolgsrechnungen.

Die Betrachtung der Vermögensausweise ließ eine erhebliche Verschlechterung der bilanzmäßigen Liquidität in diesem Zeitraum deutlich werden. Einerseits erhöhten sich die illiquiden Aktiva von 85 auf 90.5 % des Bilanzvolumens, das sich in dieser Periode fast verdoppelte, andererseits verminderte sich das Eigenkapital von 75 auf 46.5 %. Betrachtet man die „Vorräte“ als eisernen Bestand, dann standen dem langfristigen-, wie auch dem mittelfristigen Fremdkapital ausschließlich illiquide Aktiva gegenüber. Aber selbst die langfristigen Passiva entstammen gewissermaßen der Post, nämlich aus dem Postscheck- und dem Postsparkassenvermögen. Nur im Jahr 1955 gelang es, einen größeren langfristigen Kredit von außen hereinzunehmen.

Die Ertragslage ist durch ein stärkeres Ansteigen der Aufwendungen als der Erträge, bei kontinuierlicher Ausdehnung des Leistungsvolumens, charakterisiert. In den Rechnungsjahren 1952 und 1953 wurde ein rechnerischer Reinverlust ausgewiesen. So gingen wir dazu über, die einzelnen Kostenarten näher zu durchleuchten. Daraus ergab sich der relativ hohe Personalkostenanteil mit stets ca. 70 %. Dieser ist, bedingt durch den Charakter der DBP, nicht nur als außerordentlich starr anzusprechen, sondern reagiert auch in ganz besonders großem Umfang auf Lohnerrhöhungen. Wir konnten so den Sonderfall des eindeutigen Vorherrschens fixer Personalkosten feststellen. Dies ergibt sich einerseits aus den bestehenden beamtenrechtlichen Bindungen usw., andererseits aus den Besonderheiten des Dienstleistungsbetriebes, der bekanntlich eine Vorratshaltung an Leistungen nicht ermöglicht. Für den Untersuchungszeitraum zeigte sich, daß die Zunahme des Personalaufwands weniger auf einer Erweiterung des Personalbestandes, als auf einer Erhöhung der Löhne und Gehälter beruhte. Dadurch erhöhte sich gleichzeitig der besonders große Sozialaufwand. Auch sonst waren erhebliche Einschränkungen für eine Kostenbeeinflussung (Schienentreue, Besonderheiten der Auftragsvergabe u.a.) gegenüber privaten Unternehmen festzustellen. Die Analysierung der Erfolgsausweise, die für die untersuchte Periode einen nominalen Gewinn von 330 Mio. DM auswiesen, ließ uns erkennen, daß jene Beträge nicht ausgereicht haben dürften, um den betrieblichen Wertverzehr zu decken. Die Rentabilität wurde daher als unzureichend beurteilt.

Da die DBP durch die Nachfrage nach Postleistungen gewissermaßen zur Investitionstätigkeit gezwungen werden kann, ohne daß die hierzu erforderliche Rentabilität und Liquidität gegeben ist, erschien es uns nötig, beide Problemkreise näher zu analysieren. Darüber hinaus bestehen zwischen diesen und dem der Investitionsfinanzierung enge Wechselbeziehungen. Das Rentabilitätsproblem sahen wir in der sich immer weiter öffnenden Schere von

steigenden Kosten einerseits und starren Preisen andererseits. Dazu treten allerdings noch besondere Lasten hinzu, die bis zu einem gewissen Grad aus der gemeinwirtschaftlichen Zielsetzung dieser Institution resultieren.

Für die allgemeine Liquiditätsproblematik glaubten wir zwei Wurzeln zu sehen, die aus der Doppelgleisigkeit ihrer Betätigung folgen. Einerseits entspricht es demjenigen sonstiger Wirtschaftsunternehmen, andererseits demjenigen der Banken. Die besondere Problematik, die sich zumindest für den Untersuchungszeitraum ergibt, liegt darin, daß in steigendem Umfange mittelfristige Kredite für langfristige Zwecke eingesetzt wurden.

Die Finanzierungsgepflogenheiten, die bis zur Gründung der DRP im Jahre 1871 zurückverfolgt wurden, ließen den sich während des Untersuchungszeitraumes vollziehenden Wandel – der grundsätzlicher Art war – deutlich hervortreten. So kann festgestellt werden, daß es in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zur Fremdfinanzierung kam und erstmalig von der **DBP** mittelfristige Kredite zur Finanzierung von Investitionen herangezogen wurden. Jene Entwicklung ließ uns in den Versuch eintreten, die grundsätzliche Frage: Wie sind die Investitionen der DBP zu finanzieren, aufzurollen? Als „Mindestanforderung“ ergab sich die Übereinstimmung der Laufzeiten des eingesetzten Geldkapitals mit dem Kreislauf der Wiedergeldwerdung der entsprechenden Vermögensmittel. Ausgehend von der Zwecksetzung der Investitionen, als einem Kriterium für ihre Finanzierung, gelangten wir zu der weiteren Feststellung, daß die Erhaltung des Vermögens dann verbürgt ist, wenn die Erhaltungsinvestitionen selbst finanziert werden. Die „Post-Preise“ müssen demnach die vollen Selbstkosten beinhalten. Abgesehen von speziellen Investitionen (Nachhol- und fiskalischen Sonderinteressen dienende Investitionen) können die Neuinvestitionen insoweit fremd finanziert werden, wie sie rentabel sind. Darunter ist zu verstehen, daß durch sie die Verzinsung und Tilgung gesichert sind. Schließlich erkannten wir eine letzte Begrenzung für den Umfang der Kreditfinanzierung in der effektiven Gesamtrentabilität des Unternehmens. Denn nur, solange dies der Fall ist, kann mit der Erhaltung des Vermögens gerechnet werden.

Auf Grund all dieser Ergebnisse glauben wir gegen eine Fortführung des „Finanzierungssystems der Aushilfen“ Bedenken erheben zu müssen. Das folgt einerseits aus der nicht als ausreichend zu beurteilenden Rentabilität, andererseits aus den mit zu kurzen Laufzeiten ausgestatteten aufgenommenen Krediten. Wenn wir für die Liquiditätsvorsorge zu einem günstigeren Urteil gelangten, so deshalb, weil die Liquidität des Postscheck- und Postsparkassenvermögens außerordentlich hoch war. Hier, wie auch in den „sonstigen durchlaufenden Geldern“ steht der DBP ein Instrument zur Verfügung, das für die Erhaltung der postalischen Zahlungsfähigkeit von besonderer Bedeutung ist.

Bedingt durch die „Spaltung des Kreditmarktes“ ist wohl auch in den kommenden Jahren nicht damit zu rechnen, daß die DBP in genügendem Umfange langfristige Fremdmittel aufnehmen kann. Besteht nicht aber die Möglichkeit, die eigene „Hausbank“ hierzu noch stärker heranzuziehen? Uns erscheint gerade diese Einrichtung für eine weitere Kredittransformation als prädestiniert. Ihre Begrenzung findet diese letztlich in der Gesamtliquidität der DBP. Das Ausmaß der Liquiditätsvorsorge ist aber liquiditätspolitisch bestimmt und sollte daher auf die volkswirtschaftlichen Erfordernisse ausgerichtet sein.

Die Gesundung der Kapitalstruktur setzt wohl zunächst eine ausgeglichene Ertragslage voraus, die anzustreben ist. Dazu könnte bereits mit der Übernahme der betriebsfremden Lasten durch die öffentliche Hand ein Beitrag geleistet werden. Letztlich kann sie wohl nur durch eine Verminderung der Kosten oder durch eine Erhöhung der Preise erreicht werden. Da sich die DBP in einem Expansionsprozeß befindet und außerdem von ihr besondere Schwierigkeiten zu überwinden waren und noch zu überwinden sind, wäre für ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen erst recht eine Zuführung von Eigenkapital durch den Eigentümer zu fordern. Insoweit erscheint uns eine Änderung des PVwG's als nötig und berechtigt. Außerdem sollte der Bund zur Überbrückung dieser Verhältnisse wenigstens die Ablieferung in ein langfristiges Darlehen umwandeln. Wäre diese Möglichkeit bei der momentanen Haushaltslage des Bundes nicht realisierbar?

Fordert man von dem öffentlichen Unternehmen DBP die zielsetzungsgemäße Erfüllung ihrer Aufgaben in Gegenwart und Zukunft, so muß auch die Erhaltung des dazu erforderlichen Vermögens verbürgt sein. Da diese Anforderungen in einer Zeit ungünstiger Wirtschaftsverhältnisse weiter steigen werden, sollte in Zeiten guter Konjunktur darüber hinaus auch noch entsprechend vorgesorgt werden. Das macht eine Abstimmung von Rentabilität, Liquidität, Investitionstätigkeit und der Finanzierung unbedingt nötig.

Schließlich ist wohl die tiefere Ursache für die dabei entstandenen und entstehenden Schwierigkeiten in der Diskrepanz von öffentlichem Unternehmen einerseits und hoheitlicher Verwaltung andererseits zu suchen.

Literaturverzeichnis.

A: Einzelwerke

- | | |
|--------------------|---|
| Beckmann, Liesel | Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, München 1949 |
| Bode, Rudolf | Betrachtungen zur Finanzpolitik der Deutschen Reichspost 1924–1926, Marburger Diss. 1927 |
| Busch, Heinz | Die Besonderheiten der Organisation der Rechnungsführung bei der Deutschen Bundespost im Hinblick auf die Vermögenserhaltung, Münster Diss. 1955 (vervielfältigt) |
| Duhmer, Wilhelm | Das öffentliche Vermögen in Deutschland und seine Bewirtschaftung, Göttingen 1952 |
| Ehrlicher, Werner | Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956 |
| Fourastié, Jean | Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln 1954 |
| Gebbe, O. | Das Wesen der Bilanz und die Aufstellung der Bilanzen bei der Deutschen Reichspost nach dem Stande der Rechnungsführung von 1934, 6. Aufl., Berlin 1934 |
| Gutenberg, E. | Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1. Bd., „Die Produktion“, Berlin 1951 |
| Hellmuth, H. | Die Betriebswirtschaftslehre der Deutschen Reichspost im Grundriß, Stuttgart 1929 |
| Hoellring, Günther | Poststatistik, Münchner Diss. 1930 |
| Oehler, Reinhard | Die Finanzen der Deutschen Reichspost 1900–1927 unter besonderer Berücksichtigung ihrer finanzwirtschaftlichen Rentabilität, Leipziger Diss. 1929 |
| Schmölders, Günter | Finanzpolitik, Heidelberg 1955 |
| Schnettler, Albert | Öffentliche Betriebe, Essen 1956 |
| Strickrodt, Georg | Die gewerblichen Staatsunternehmen, in ihrer verfassungsrechtlichen und unternehmenswirtschaftlichen Bedeutung, Tübingen 1954 |

Stucken, Rudolf	Konjunkturen im Wirtschaftsleben, Jena 1932
Stucken, Rudolf	Liquidität der Banken, Berlin 1940
Stucken, Rudolf	Geld und Kredit, Tübingen 1949
Stucken, Rudolf	Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 bis 1953, 2. Aufl., Tübingen 1953
Timm, K.	Tarifwesen und Tarifpolitik der Deutschen Reichspost, Berlin 1939
Töndury, H. und Gsell, E.	Finanzierungen, Das Kapital in der Betriebswirtschaft, Zürich 1948
Ulmschneider, Walter	Die Rechnungslegung der Deutschen Reichspost, Heidelberger Diss. 1934
Utsch, Richard	Die wirtschaftliche Umstellung der Reichspost nach dem Reichspostfinanzgesetz, Kölner Diss. 1935
Voigt, Fritz	Beiträge zur Finanzwissenschaft und Geldtheorie, Festschrift für Rudolf Stucken, Göttingen 1953
Walter, Arno	Grundzüge des Finanzwesens der Deutschen Reichspost, Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen, Berlin 1943

B: Aufsätze und Beiträge

Balke, Siegfried	Die Deutsche Bundespost, ihre wirtschaftlichen und technischen Probleme, in: Wirtschaftliche Mitteilungen der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel, 12. Jahrg., Nr. 8/1956, S. 184 ff.
Engel, U. und Schubel, K.	Die Kapitalrechnung der Deutschen Bundespost als Mittel der dynamischen Liquiditätskontrolle, in: ZPF Nr. 11/1953, S. 385 ff.
Engel, U. und Schubert, M.	Die Investitionsfinanzierung der Deutschen Bundespost, in: ZPF Nr. 24/1952, S. 927 ff.
Ermer, Siegfried	Der autonome Wirtschaftskörper, Die Deutsche Reichspost unter dem Reichspostfinanzgesetz, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 176. Bd., I. Teil, München 1932, S. 278 ff.

- Garbe, Georg Die Bundespost als wirtschaftliches Unternehmen, in ZPF Nr. 11/1956, S. 412 ff.
- Gebbe, O. Zu den Verhandlungen über die Erhöhung der Postgebühren, in: Deutsche Verkehrs Zeitung, Ausg. A, Nr. 39/1927, S. 665 ff.
- Keller, Theo Die Einnahmen aus privatwirtschaftlich betriebenen und öffentlich - wirtschaftlichen Unternehmungen, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. II, 2. völlig neu bearb. Auflage, Tübingen 1953, S. 161 ff.
- Kull, Ernst Der Finanzhaushalt der Schweizerischen Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung, in: Schweizerisches Archiv für Verkehrswissenschaft u. Verkehrspolitik, 3. Jahrg. 1948, S. 39 ff.
- Lohmann, M. Die Morphologie der Organisationsformen der öffentlichen Unternehmung, in: Schriften des Vereins f. Sozialpolitik, 176. Bd., I. Teil, München 1932, S. 81 ff.
- Sautter, Karl Kapitalbedarf und Finanzierungsprobleme der Deutschen Reichspost, in: Kapital und Kapitalismus, Berlin 1931, S. 302 ff.
- Seischab, Hans Die Investitionspolitik der westdeutschen Industrie von 1948 bis 1954, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 26. Jahrg., 1956, S. 65 ff.
- Schubel, Oberpostrat Die Finanzierung der Investitionen bei der früheren Deutschen Reichspost und bei der Deutschen Bundespost, in: ZPF Nr. 2/1954, S. 45 ff.
- Schubel, Oberpostdirektor Der Jahresabschluß der Deutschen Bundespost für das Rechnungsjahr 1955, in: ZPF Nr. 15/1956, S. 565 ff.
- Schubert, Manfred Der volkswirtschaftliche Wirkungsgrad des Postgiralgeldes, in: ZPF Nr. 22/1951, S. 831 ff.
- Stucken, Rudolf Grundsätze für die Anleihepolitik, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 57. Bd., Tübingen 1927, S. 746 ff.
- Stucken, Rudolf Kredit als finanzwirtschaftliches Deckungsmittel, in: Finanzarchiv, NF. Bd. 5, 1938, S. 529 ff.

- | | |
|-------------------------------------|---|
| Stucken, Rudolf und
Sies, Walter | Finanzwissenschaftliche Deckungsgrundsätze und
konjunkturpolitische Postulate, in: Finanzarchiv,
NF. Bd. 12, 1951, S. 616 ff. |
| Thiess, Erich | Kameralistische Abschlußtechnik, in: Zeitschrift
für Betriebswirtschaft, Jahrg. 1934, S. 446 ff. |
| Timm, K. | Die Organisationsform und Finanzverwaltung
der Deutschen Reichspost unter dem Gesetz zur
Vereinfachung und Verbilligung, in: Finanzar-
chiv, NF. Bd. 5, 1938, S. 635 ff. |

C: Handbücher, Berichte etc.

- Deutsche Bundesbahn „Studienkonferenz-Schriften“, Bd. 2
Rüdesheimer Tagung 1948
- Deutsche Bundespost, Voranschläge für die Rechnungsjahre 1950 bis 1955
- Die Deutsche Bundespost, Ihre Leistungen und ihre Bedeutung für die Wirt-
schaft, Frankfurt/Main 1956
- Handbuch der Finanzwissenschaft, Band I (1952), Band II (1953)
- Handwörterbuch des Postwesens, Frankfurt (Main) 1953
- Posthandbuch für die Wirtschaft, — Inlandsverkehr —
- Individuum und Gemeinschaft, Festschrift zur Fünfzigjahrfeier der Handels-
Hochschule St. Gallen 1949
- Jahrbuch für Post und Telegraphie 1926/27
- Jahrbuch des Postwesens, 1937 bis 1939
- PTT Jahrbuch 1954 (Schweizerische Post-Telegraphen- und Telephonverwal-
tung)
- Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich, 1937–1954
- „Statistische Ergebnisse“ der Deutschen Bundespost
- Post-Dienstanweisung für Betriebswirtschaft (DA BeWi)
- Kommentar „Das Reichspostfinanzgesetz“ erläutert von Walter Scheda,
Berlin 1932
- Geschäftsberichte der Deutschen Reichspost für die Rechnungsjahre
1924 bis 1932

Verwaltungsberichte der Deutschen Reichspost für die Rechnungsjahre
1933 bis 1940

Verwaltungsbericht über das Rechnungsjahr 1948, Verwaltung für Post- und
Fernmeldewesen des Vereinigten Wirtschafts-
gebietes

Geschäftsberichte der Deutschen Bundespost für die Rechnungsjahre
1949 bis 1954

Geschäftsberichte der Bank Deutscher Länder für die Jahre 1949 bis 1955

D: Zeitschriften

Archiv für das Post- und Fernmeldewesen

BULLETIN des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung

„Der Volkswirt“ Wirtschafts- und Finanz-Zeitung

Frankfurter Allgemeine Zeitung

PTT Zeitschrift (Schweizerische Post-Telegraphen- und Telephonverwaltung)

Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen

E: Die einschlägigen Gesetzestexte, Verordnungen und Veröffentlichungen.

Verzeichnis der gebrauchten Abkürzungen.

BDL	Bank Deutscher Länder
BPMin	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
DBP	Deutsche Bundespost
DRP	Deutsche Reichspost
GPK	Generalpostkasse
LPD Berlin	Landespostdirektion Berlin
LZB	Landeszentralbank
Mio.	Millionen
PVwG	Postverwaltungsgesetz
RPFG	Reichspostfinanzgesetz
U-Schätze	Unverzinsliche Schatzanweisungen
ZPF	Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen

L e b e n s l a u f .

Ich bin am 3. Juni 1926 als Sohn des Oberstudienrats Eduard Schneider und seiner Ehefrau Magdalene, geb. Ellerwald, in Danzig - Langfuhr geboren. Die Volksschule besuchte ich von 1932 bis 1936 in Danzig - Oliva und ab Januar 1937 in Günzburg/D. Im Herbst des gleichen Jahres legte ich die Aufnahmeprüfung am Neuen Gymnasium Bamberg ab und trat 1939 in die Aufbauschule für Jungen ein. 1944 wurde ich nach Erhalt des Reifevermerks zur Luftwaffe eingezogen. Nach Absolvierung der Kriegsschule war ich zuletzt in der Tschechoslowakei eingesetzt. Dort geriet ich nach der Kapitulation in russische Kriegsgefangenschaft.

Nach meiner Rückkehr legte ich die Kaufmannsgehilfenprüfung ab und war dann in verschiedenen Stellungen in Industrie und Handel tätig. Als ich mich finanziell unabhängig gemacht hatte, nahm ich im Sommersemester 1952 an der Phil.-Theol. Hochschule in Bamberg das Studium der Staats- und Wirtschaftswissenschaften auf. Im ersten Semester besuchte ich die Förderkurse und erhielt nach bestandener Prüfung im Juli 1952 das Reife-Abschlußzeugnis. Zum Sommersemester 1954 wechselte ich nach dem 4. Fachsemester an die Universität Erlangen über. Im November 1955 bestand ich dort die Diplomprüfung für Volkswirte mit dem Prädikat „gut“.

Seither habe ich mich mit der Anfertigung dieser Dissertation befaßt.

Tabelle I

Jährliches Wachstum der Post – Verkehrsleistungen und des Index der gesamten Industrieproduktion
in v. H. des Vorjahresbestandes für die Jahre 1926 – 1938 und 1950 – 1955.

Jahr	Brief- sendungen	Paket- sendungen	Zahlkarten und Postanweisungen in St. Ein- zahlungen	Postcheck- Buchungen	Wagen -km	Kraftpostdienst beförderte Pers.	Orts- gespräche St.	Fern- gespräche St.	Tele- gramme	Durchschnitt der Post- leistungen (Sp. 2-11)	Index der ges. Indust- rieproduk- tion ²⁾	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1926												
1927	13.5	11.6	10.2	7.4	13.4	.	47.2	10.2	3.8	2.2	13.3	28.6
1928	1.2	-6.8	6.0	3.4	6.0	.	30.2	8.8	4.1	-8.9	5.0	-1.2
1929	-1.4	-2.8	4.4	3.3	5.0	.	24.6	7.0	6.4	-9.8	4.0	0.9
1930	-15.7	-6.1	1.5	1.6	2.2	.	2.3	-1.7	-5.3	-13.5	-3.9	-11.9
1931	-8.3	-10.3	-4.7	-0.8	-2.5	.	-19.3	-6.3	-7.7	-21.9	-9.1	-18.1
1932	-5.5	-0.9	-6.5	-4.8	-4.0	.	-15.5	-8.6	-12.2	-16.0	-8.2	-19.4
1933	-1.7	9.1	-2.6	-2.6	0.4	.	.	0.4	2.2	.	0.6	11.6
1934	1.1	4.7	7.1	3.4	8.3	.	8.3	5.0	6.8	-9.5	4.0	27.2
1935	3.6	6.4	5.4	4.2	5.5	.	6.2	6.2	6.8	.	5.0	15.0
1936	11.6	6.7	4.8	4.8	6.3	.	8.7	5.1	6.7	5.3	6.7	11.4
1937	6.0	3.6	3.4	2.2	5.4	.	17.3	6.1	7.0	-5.2	5.9	9.4
1938	16.3	13.5	16.6	23.9	11.9	.	44.3	8.5	15.3	31.5	20.2	6.8

Tabelle II

Brutto-Investitionen der DBP und ihre Finanzierung in den Rechnungsjahren 1950 – 1955.

In Mio. DM

	1950	1951	1952	1953	1954 ¹⁾	1955	1950-1955
KAPITALVERWENDUNG							
1. Sachanlagevermögen							
A) Grundstücke, Gebäude, Postbeförderungsanlagen	68.1	84.3	80.2	72.9	59.0	83.2	447.7
B) Fernmeldeanlagen	233.7	313.0	304.6	361.8	427.9	622.7 ²⁾	2263.7
C) Fahrzeuge	55.3	47.3	52.1	81.0	33.1	76.6	345.4
D) Maschinen	9.9	7.1	10.2	7.3	8.1	18.0	60.6
Zwischensumme 1	367.0	451.7	447.1	523.0	528.1	800.5	3117.4
2. Umlaufvermögen							
A) Vorräte.	—	4.9	—	—	7.7	—	12.6
B) Sonstiges	21.2	15.3	—	47.2	3.0	11.9	98.6
Zwischensumme 2	21.2	20.2	—	47.2	10.7	11.9	111.2
3. Rücklagen	—	89.3	2.1	—	—	—	91.4
4. Beteiligungen u. Darlehen	45.3	31.1	13.1	19.3	29.2	43.0	181.0
5. Schuldentilgung	42.7	63.4	118.5	129.1	185.1	410.6	949.4
INSGESAMT (1-5)	476.2	655.7	580.8	718.6	753.1	1266.0	4450.4

KAPITALAUFBRINGUNG

1. Aus der Verwertung eigener Bestände

A) Verkauf von Sachwerten	1.1	3.2	3.0	1.5	1.6	3.5	13.9
B) Aus Rücklagen	—	21.2	98.6	—	—	0.1	119.9
C) Sonstiges	19.7	3.5	29.5	26.1	7.1	18.4	104.3
Zwischensumme 1	20.8	27.9	131.1	27.6	8.7	22.0	238.1
2. Finanzwirtschaftlicher Überschub							
A) Reingewinn / -Verlust	249.4	57.4	-51.0	-220.7 ³⁾	135.7	158.8	329.6
B) Abschreibungen	136.1	159.5	180.0	212.6	178.6	292.9	1159.7
C) Sonstiges	-8.6	2.2	-16.0	52.6 ⁴⁾	-73.1 ⁵⁾	-94.6	-137.5
Zwischensumme 2	376.9	219.1	113.0	44.5	241.2	357.1	1351.8

I. Eigenmittel

Zwischensummen (1 + 2)	397.7	247.0	244.1	72.1	249.9	379.1	1589.9
------------------------	-------	-------	-------	------	-------	-------	--------

3. Anleihen

—	—	—	—	—	—	124.4	124.4
---	---	---	---	---	---	-------	-------

4. Schuldscheindarlehen

A) Aus Postscheckmitteln	—	212.0	50.9	31.0	—	17.6	311.5
B) Aus Postsparkmitteln	—	—	—	24.5	35.5	40.0	100.0
C) Aus ERP-Mitteln	20.0	—	13.6	12.3	47.1	—	93.0
D) Sonstiger Kreditgeber	40.4	114.6	154.3	290.4	314.1	405.3	1319.1
E) Abzahlungskredite b. Ankauf von Kraftfahrz.	14.8	15.1	27.1	41.4	0.2	—	98.6
F) Sonstige Lieferantenkred.	—	—	3.2	45.6	—	—	48.8

Zwischensumme 3 (3 + 4)

75.2	341.7	249.1	445.2	396.9	587.3	2095.4
—	62.6	87.4	201.3	106.3	299.6	757.2
5. Schatzanweisungen	3.3	4.4	0.2	—	—	—
6. Sonstiges	—	—	—	—	—	—

II. Fremdmittel

Zwischensumme (3, 5 + 6)	78.5	408.7	336.7	646.5	503.2	886.9	2860.5
--------------------------	------	-------	-------	-------	-------	-------	--------

INSGESAMT (1-6)	476.2	655.7	580.8	718.6	753.1	1266.0	4450.4
------------------------	-------	-------	-------	-------	-------	--------	--------

Quelle: Zusammengestellt und berechnet aus den Geschäftsberichten der DBP und der ZPF Nr. 13/1956.

Anmerkungen: 1) Rumpfgeschäftsjahr (9 Monate).

2) Enthält 57.4 Mio. DM an innerbetrieblichen Leistungen, da Aufschlüsselung fehlt.

3) Enthält 108.9 Mio. DM aus der Umstellung von Vorkriegs-Auslandsanleihen.

4) Erhöht um den Betrag „aus der Umstellung von Vorkriegs-Auslandsanleihen“.

5) Vermindert um den durch Wertberichtigungen entstandenen Buchgewinn von 58 Mio. DM.

Tabelle III

Bilanzübersichten der DBP für die Rechnungsjahre 1950 – 1955.

In Mio. DM

	1950	1951	1952	1953	1954	1955
AKTIVA						
I. Anlagevermögen						
Grundstücke und Gebäude	646.2	704.6	761.4	808.7	847.1	998.5
Maschinen, Ausstattung und						
Geschäftsbedürfnisse	43.1	47.5	73.9	94.7	99.5	132.2
Postbeförderungsanlagen	8.3	12.2	15.3	17.1	19.2	29.5
Fahrzeuge	143.4	170.7	197.7	246.1	252.4	269.7
Fernmeldeanlagen	1207.9	1402.0	1573.5	1780.0	2133.8	2699.7
Summe I	2048.9	2337.0	2621.8	2946.6	3352.0	4120.9
Kapitalbeteiligungen	2.9	4.0	5.6	8.1	11.2	15.0
Darlehen	118.9	148.8	160.7	177.4	203.5	245.5
Wertpapiere	4.5	59.9	13.4	14.1	13.4	14.1
Summe des Anlagevermögens	2175.2	2549.7	2801.5	3146.2	3580.1	4395.5
II. Umlaufvermögen						
Vorräte	156.5	158.8	134.5	115.7	124.0	141.9
Andere Aktiva	115.7	112.0	105.7	159.3	155.9	173.3
Kasse und Guthaben	98.5	126.3	76.2	75.5	76.3	75.7
Summe des Umlaufvermögens	370.7	397.1	316.4	350.5	355.4	390.9
III. Posten der Rechnungsabgrenzung	—	1.1	1.9	25.5	24.8	48.4
Bilanzsumme	2546.0	2948.0	3119.9	3522.2	3960.4	4834.8
PASSIVA						
I. Fremdkapital						
Anleihen	—	—	—	237.1	237.1	361.5
Kredite aus dem Postscheck- u. Postsparkvermögen	163.1	375.1	426.0	481.6	513.0	620.3
Andere langfr. Verpflichtg.	20.0	20.0	33.6	36.5	82.6	96.9
Hypothekengewinnabgabe	1.2	1.0	1.9	1.7	0.6	1.5
Andere Kredite	56.1	127.4	185.6	380.8	598.5	819.7
Schatzanweisungen	—	62.6	150.0	351.3	402.4	478.6
Lieferantenkredite	18.5	18.7	23.9	40.8	20.1	5.3
Sonstige Verbindlichkeiten	28.7	28.2	31.3	77.3	70.7	90.6
Summe I	287.7	632.9	852.3	1607.1	1925.1	2474.4
II. Posten der Rechnungsabgrenzung	—	19.4	10.4	21.9	28.3	9.8
III. Rückstellungen	346.0	326.0	320.0	176.9	154.8	112.7
Summe des Fremdkapitals (I bis III)	633.7	978.3	1182.7	1805.8	2108.2	2596.9
IV. Eigenkapital ohne Rückl. Rücklagen	1905.6	1872.0	1922.6	1701.8	1779.5	2137.7
	6.7	97.7	14.6	14.6	72.7	100.2
Bilanzsumme	2546.0	2948.0	3119.9	3522.2	3960.4	4834.8

Quelle: Wie bei Tabelle II.

Tabelle IV

Übersicht über die Erfolgsrechnungen der DBP in den Rechnungsjahren 1950 – 1955.
In Mio. DM

	1950	1951	1952	1953	1954	1955
I. Betriebsrechnung.						
AUFWENDUNGEN						
1. Persönliche Kosten	1324.8	1576.4	1783.7	2000.9	1568.0	2387.0
2. Sächliche Kosten						
Betriebsführung u. Unterhaltung	311.5	373.4	431.0	471.7	363.6	536.7
Erneuerung (Abschreibungen)	136.1	159.5	180.0	212.6	178.6	292.9
3. Wertschaffende Gehälter und Unkosten	-33.3	-30.9	-28.2	-34.5	-36.6	-57.4
Summe der Personal- und Sachkosten	1739.2	2078.4	2366.5	2650.7	2073.5	3159.2
4. Ablieferung an den Bund	143.2	156.4	173.1	186.4	160.4	238.7
Betriebsgewinn / -Verlust	234.7	102.4	35.2	-39.9	159.7	198.1
ERTRÄGE	2117.1	2337.2	2574.8	2797.2	2393.6	3596.0

II. Gewinn- und Verlustrechnung.

AUFWENDUNGEN						
1. Verzinsung der Ausgleichsforderung der BDL	21.7	22.1	21.8	27.3	16.9	22.6
2. Verzinsung von Anleihen, Darlehen und Hypotheken	3.1	9.4	35.9	41.8	49.8	81.1
3. Verlust der LPD-Berlin	—	27.9	57.4	56.2	44.8	—
4. Aus der Umstellung von Auslandsanleihen	—	—	—	108.9	—	—
5. Außerordentliche Aufwendungen	3.8	11.5	1.8	0.1	0.3	10.5
Reingewinn / -Verlust	249.4	57.4	-51.0	-220.7	135.7	158.8
INSGESAMT	278.0	128.3	65.9	13.6	247.5	273.0

ERTRÄGE						
1. Zinsen	6.7	5.1	9.7	5.6	5.7	5.5
2. Aus Rückstellungen	20.0	20.0	20.0	24.1	22.1	42.5
3. Außerordentliche Erträge	16.7	0.8	1.0	23.8	59.9	26.9
Ergebnis der Betriebsrechnung	234.7	102.4	35.2	-39.9	159.7	198.1
INSGESAMT	278.0	128.3	65.9	13.6	247.5	273.0

Quelle: Wie bei Tabelle II.

Tabelle V

Die Beteiligungen der DBP zum Ende der Rechnungsjahre 1950 – 1954.
In Tsd. DM ¹⁾

	1950	1951	1952	1953	1954
Deutsche Postreklame G. m. b. H., Bielefeld	6.7	6.7	12.6	12.6	12.6
Elektrotechn. Werkstätten G. m. b. H., Rielasingen ²⁾	283.9	283.9	150.0	150.0	—
Stader Verkehrsbetriebe G. m. b. H., Stade ²⁾	937.7	916.5	916.5	916.5	916.5
Zentral-Autobus-Bahnhof G. m. b. H., Hamburg	40.0	40.0	40.0	40.0	40.0
Stader Autowerkstätten G. m. b. H., Stade	—	5.0	5.0	5.0	5.0
Elektro-Optik G. m. b. H. Berlin,	—	—	158.5	148.5	148.5
Zweigniederlassung Rielasingen	—	—	10.0	10.0	10.0
Zentral-Omnibus-Bahnhof G. m. b. H., Bremen	—	—	0.5	0.5	0.5
Zentral-Omnibus-Bahnhof G. m. b. H., Flensburg	—	—	—	—	—
Zwischensumme	1268.3	1252.1	1293.1	1283.1	1133.1
Wasserleitungsgenossenschaften	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾
Elektrizitätsgenossenschaften	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾
Bekleidungsgenossenschaft des Postpersonals in Bayern e. G. m. b. H., Nürnberg	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾
Postspar- und Darlehensverein Freiburg	—	—	—	³⁾	³⁾
Postspar- und Darlehensverein Stuttgart	—	—	—	³⁾	³⁾
Postspar- und Darlehensverein Karlsruhe	—	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾
Badische Beamtenbank e. G. m. b. H. Karlsruhe	—	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾
Deutsche Bau- und Bodenbank A. G., Frankfurt	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾
Beamten Baugesellschaft Bremen m. b. H.	100.0	186.0	236.0	400.0	600.0
Gemeinnützige Postbaugesellschaft m. b. H., Düsseldorf	545.0	945.0	1245.0	1645.0	1945.0
Baugesellschaft Hanau,	—	—	—	—	—
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft m. b. H. „Stiege“, Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft für das Verkehrspersonal G. m. b. H., Darmstadt-Eberstadt	1.3	1.3	1.2	1.2	1.2
Gemeinnützige Postbau- u. Wohnungsges. Köln m. b. H.	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6
Gemeinnützige Baugesellsch. Bayern m. b. H. München	936.2	1486.8	2447.9	4060.1	5676.4
Gemeinnützige Baugesellsch. Bayern m. b. H. München	81.2	81.2	81.2	81.2	81.2
„Heimstätten“, Gemeinnütz. Baugesellschaft	—	—	—	—	—
m. b. H., Bamberg	7.7	14.0	14.0	14.0	14.0
Landesbaugenossensch. Württembergischer Verkehrs- beamter u. Arbeiter e. G. m. b. H., Stuttgart	3.1	7.3	7.3	7.3	7.3
„Daheim“, Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft m. b. H., Darmstadt	—	60.0	60.0	160.0	215.0
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellsch. des Hess. Handwerks, A. G. in Darmstadt	—	—	180.0	180.0	280.0
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellsch. Lindau m. b. H.	—	—	5.0	5.0	5.0
A. G. „Hellerhof“, Gemeinnütz. Baugesellsch. Frankfurt	—	—	—	300.0	300.0
Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbaugesellschaft m. b. H., Berlin - Hamburg - Frankfurt	—	—	—	—	1000.0
INSGESAMT	2945.8	4036.7	5573.7	8140.0	11261.1

Quelle: Geschäftsberichte der DBP, passim.

Anmerkungen: ¹⁾ Auf- und abgerundet.

²⁾ Während dieser Periode kam es zur Änderung des Firmennamens.

³⁾ Unter 500.— DM.

Tabelle VI

Abschreibungstabelle der DBP.

GEGENSTAND	Lebensdauer	Abschreibungssatz in %
1. Grundstücke und Gebäude		
Grundstücke	—	—
Gebäude		
Wohngebäude und Gebäude die vorwiegend Verwaltungszwecken dienen	80	1 1/4
Betriebsgebäude	60	1 2/3
Kraftwagenhallen, Werkstattgebäude, Lagerhäuser	30	3 1/3
Holzbaracken u. a. leichtgebaute Anlagen	10	10
2. Fahrzeuge		
Bahnpost- und Straßenbahnpostwagen	40	2 1/2
Kraftfahrzeuge (Post)	8	12 1/2
Sonstige Fahrzeuge ¹⁾	20	5
3. Fernmeldeanlagen		
Technische Einrichtungen der Telegrafie	10	10
Technische Einrichtungen der Fernsprechvermittlungstellen für den Ortsdienst	20	5
Technische Einrichtungen der Fernsprechvermittlungstellen für Bezirks- und Ferndienst	15	6 2/3
Technische Einrichtungen der Teilnehmer- und öffentl. Sprechstellen	12	8 1/3
Oberirdisches Liniennetz einschließlich Luftkabel	—	einmalig im Anschaffungsjahr
Unterirdisches Ortsnetz und Kabelkanäle sowie unterirdische Fernlinien	25	40
Hochwertiges Fernmeldebaugerät, Kraftfahrzeuge des Fernmeldedienstes	8	4
Gegenstände für Funk und Fernsehen	5	12 1/2
4. Maschinen usw.		
Maschinen und technische Einrichtungen d. Hilfsbetriebe	12	8 1/3
Technische Einrichtungen des Postscheck- u. Postsparkassendienstes	12	8 1/3
Postbeförderungsanlagen und Stadtröhrepostanlagen	15	6 2/3
5. Sonstiges		
Ausstattungsgegenstände und Geräte, Geschäftsbedürfnisse und Büchereien, Druckerzeugnisse, geringwertige Fernmeldebaugeräte, Werkzeuge usw. werden mit einem Festwert geführt. Gewöhnliche Abschreibungen werden für diese Gegenstände nicht berechnet. In größeren Zeitabständen wird auf Grund von Inventuren der Wert dieser Gegenstände neu festgelegt.		

Für Grundstücke werden soweit erforderlich Wertberichtigungen vorgenommen.

Quelle: Die Deutsche Bundespost. Ihre Leistungen und ihre Bedeutung für die Wirtschaft, Frankfurt/Main 1956, Übersicht 6.

Anmerkung: ¹⁾ Insbesondere Handwagen.

